Institut für
Wirtschaftsforschung
Halle

Wirtschaft im Wandel

1/2008

23.01.2008, 14. Jahrgang

Udo Ludwig
Editorial

Jutta Günther, Björn Jindra, Johannes Stephan
Aktuelle Trends:
Gute Gründe für ausländische Direktinvestitionen in Ostdeutschland

Arbeitskreis Konjunktur
Konjunktur aktuell:
Aufschwung stockt: Warten auf die „zweite Luft“

Jutta Günther, Björn Jindra, Johannes Stephan
Ostdeutsches Innovationssystem attraktiv für ausländische Investoren

Gerhard Heimpold, Martin T. W. Rosenfeld
Was bringt eine Zentralisierung gemeindlicher Verwaltungsstrukturen? – Befunde aus Fallstudien in sachsen-anhaltischen Kommunen

Brigitte Loose
IWH-Bauumfrage im Dezember 2007

Editorial

Politiker, hört wenigstens auf Messalinas Rat!

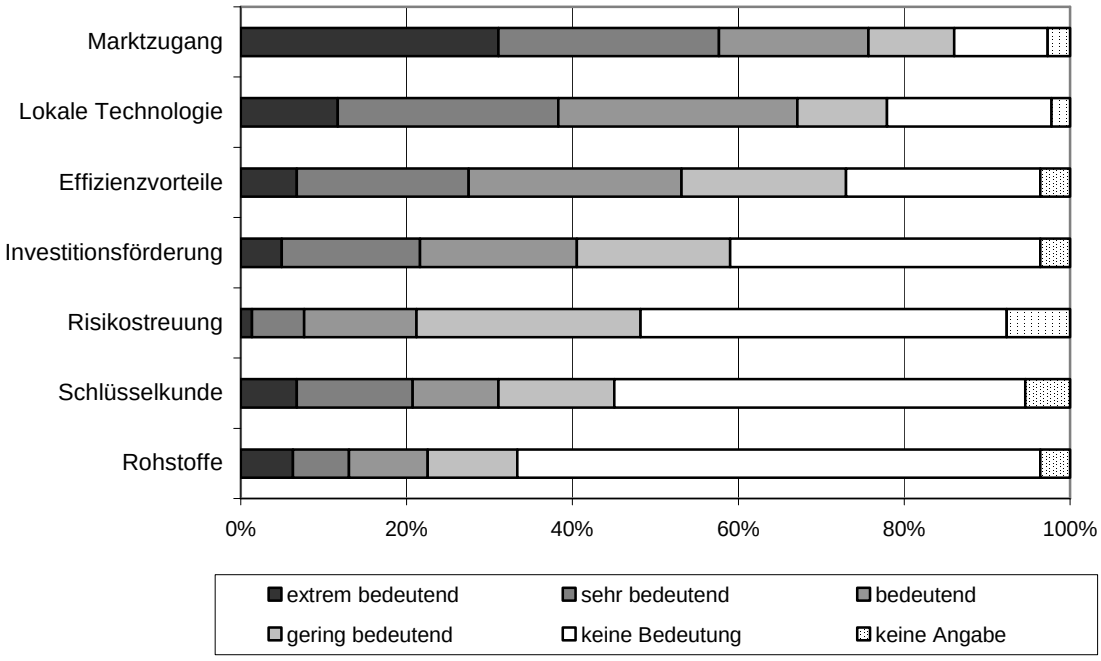
Gegen den Rat führender deutscher Wirtschaftsforschungsinstitute setzt die Bundesregierung die Einführung branchenspezifischer Mindestlöhne fort. Die Realisierung ihres eigentlichen Ziels „Politik für mehr Arbeit in Deutschland“ gerät damit zunehmend in Gefahr. So verständlich der Wunsch ist, Erwerbsarbeit als Grundlage für den Lebensunterhalt zu bewahren, so gilt genauso, daß auch Mindestlöhne am Markt verdient werden müssen. Wenn sich die Politik für Mindestlöhne entschieden hat, bleibt die Findung der rechten Höhe das Problem. Liegen sie über dem Grenzprodukt der Arbeit, steigen die Kosten, und das drückt auf die Gewinne. Gelingt es den Unternehmen, die Kostensteigerung über die Preise weiterzureichen, dann zahlen alle Verbraucher mit dem Verlust an Realeinkommen. Der Druck auf die Gewinne kann aber auch unmittelbar den Abbau der unrentabel gewordenen Arbeitsplätze nach sich ziehen. Dann steigt die Arbeitslosigkeit sofort.

Die Abwägung der rechten Höhe hat die Bundesregierung den Tarifparteien überlassen. Hier wird der „Bock zum Gärtner“ gemacht. Die Tarifparteien vertreten die Interessen ihrer Klientel, der Besitzer von Arbeitsplätzen bzw. der am Markt etablierten Unternehmen. Sie werden in Versuchung geführt, eine marktbeherrschende Position auszunutzen und die Barriere für den Markteintritt möglichst hoch zu legen. Das belegt die Einführung von Mindestlöhnen bei der Post. Das Interesse von derzeit über 3,5 Millionen registrierten Arbeitslosen wird nicht durch die Tarifparteien vertreten. Das Gemeinwohl, zu dessen Kernbereich „Arbeit für alle“ gehört, bleibt bei der Suche branchenspezifischer Mindestlöhne schnell auf der Strecke. Wenn ein Mindestlohn politisch gewollt war, so hätte die Bundesregierung von vornherein auf die Findung eines gesetzlichen, einheitlichen Mindestlohns setzen sollen und dabei auf internationale Erfahrungen beispielsweise in den angelsächsischen Ländern, in Österreich oder in Skandinavien verweisen können. Zwar lassen sich diese Erfahrungen aufgrund der institutionellen Unterschiede, aber auch die Liberalisierung am Arbeitsmarkt nicht direkt auf die Situation in Deutschland übertragen, sie zeigen aber, daß der Schaden für die Beschäftigung minimiert werden kann. Dazu hätte auch Messalina geraten: Wenn die Wahl zwischen verschiedenen Übeln zu treffen ist, wähle das kleinste. Die Höhe des Mindestlohns, so er politisch gewollt ist, sollte einem Markttest unterworfen werden, bei dem mit einem niedrigen Niveau um fünf Euro je Stunde begonnen wird und die beobachtbaren Folgen für die Beschäftigung evaluiert werden. Dann kann beispielsweise Jahr für Jahr korrigiert und an das veränderte Umfeld angepaßt werden. Reicht der Mindestlohn nicht zum Lebensunterhalt, sind Instrumente aus dem Bereich der Sozialpolitik und nicht der Wirtschaftspolitik gefragt.

Udo Ludwig
Leiter der Abteilung Makroökonomik

Gute Gründe für ausländische Direktinvestitionen in Ostdeutschland

– Häufigkeiten der Angaben in Prozent* –



* Mehrfachnennungen waren möglich.

Quellen: FDI-Datenbank des IWH 2007; Berechnungen des IWH.

Das IWH hat eine aktuelle Befragung ausländischer Investoren im Verarbeitenden Gewerbe in den Neuen Bundesländern (einschließlich Berlin) durchgeführt (siehe S. 35-44 in diesem Heft). Die antwortenden Unternehmen gaben dabei auch die relative Bedeutung verschiedener Investitionsmotive der jeweiligen ausländischen Eigentümer zum Zeitpunkt der Neugründung eines Tochterunternehmens bzw. der Beteiligung an einem bereits existierenden Unternehmen an.

Die Auswertung zeigt, daß Markterschließung oder die Erhöhung von Marktanteilen mit 86% am häufigsten als Grund für ausländische Investitionen in Ostdeutschland genannt wird. Am zweithäufigsten verweisen ausländische Investoren auf den Zugang zu lokalem Wissen, Qualifikation und Technologie (78%). Dies kann als deutlicher Hinweis darauf verstanden werden, daß technologische Kompetenz und Humankapital in Ostdeutschland als starker Standortfaktor gelten. Als drittstärkstes Investitionsmotiv wird die Steigerung von Effizienz im Gesamtunternehmen genannt (73%). Zu dieser Kategorie zählen zum Beispiel Lohn-, Arbeits- oder Vertriebskosten. Für insgesamt 59% der ausländischen Investoren spielt die ortsgebundene Investitionsförderung (Fördermittel, Besteuerung, Zulagen etc.) eine Rolle. Weniger Bedeutung haben Motive zur Risikodiversifizierung sowie Investitionen, die ihren Schlüsselkunden folgen oder durch lokale Rohstoffvorkommen erklärt werden. Das Gesamtbild zeigt also zum einen die deutliche Dominanz nachfrageseitiger und technologieorientierter Motive, zum anderen aber die Wirkung wirtschaftspolitischer Maßnahmen auf Entscheidungen ausländischer Investoren für den Standort Ostdeutschland.

Jutta Günther (Jutta.Günther@iwh-halle.de)
Björn Jindra (Bjoern.Jindra@iwh-halle.de)
Johannes Stephan (Johannes.Stephan@iwh-halle.de)

Konjunktur aktuell:
Aufschwung stockt: Warten auf die „zweite Luft“*

– Kurzfassung –

Konjunktur in den Industrieländern verliert stark an Fahrt

In den Industrieländern kühlt sich die Konjunktur zum Ende des Jahres 2007 spürbar ab. Hauptgrund der Eintrübung ist die erneute Zuspitzung der Lage auf den internationalen Finanzmärkten, deren Hintergrund eine weitere Verschärfung der US-Immobilienkrise ist. Überraschend hohe Abschreibungen großer Banken haben jüngst deutlich gemacht, daß die Krise der Märkte für hypothekenbesicherte Titel noch nicht am Abklingen ist. Die Finanzmarktturbulenzen bringen nicht nur erhöhte Liquiditätsrisiken mit sich, auch die Eigenkapitalquoten sind zum Teil schon gesunken. Die drohende Verschlechterung der Bilanzpositionen von Banken in den USA und in Europa hat sich bereits im Herbst in einer Verschärfung der Kreditkonditionen niedergeschlagen. In der Folge wird sich im nächsten Jahr die Kreditschöpfung deutlich verlangsamen; die Güternachfrage wird dadurch spürbar gedämpft.

Der Aufschwung in den Industrieländern wird sich im Jahr 2008 aber auch wegen der Kaufkraftverluste der Verbraucher aufgrund der neuerlich stark gestiegenen Preise für Energie und auch für Lebensmittel nicht fortsetzen. Freilich kommt es auch nicht zu einer Rezession. Wirtschaftspolitische Eingriffe werden in den USA die schlimmsten Auswirkungen der Immobilienkrise abfedern, und die Weltfinanzmärkte werden schon gegenwärtig davon gestützt, daß die Staatsfonds von Schwellenländern wie China von ihrer strikten Sicherheitsorientierung abrücken und langfristig renditeträchtigere Anlagen suchen.

In den USA wird eine Rezession durch das Eingreifen der Wirtschaftspolitik, aber auch mit Hilfe von außenwirtschaftlichen Impulsen dank des schwachen Dollar verhindert. In der Europäischen Union sind die konjunkturellen Risiken für Großbritannien besonders hoch. Der wirtschaftlichen Entwicklung im Euroraum helfen die günstige Ertragslage der Unternehmen und strukturelle Verbesserungen auf den Arbeitsmärkten dabei, die Belastungen durch Finanzmarktturbulenzen und durch die Aufwertung des Euro im Lauf des Jahres 2008 zu bewältigen. In den mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländern dämpft die weltwirtschaftliche Verlangsamung die Wachstumsdynamik nur wenig.

Die Risiken sind freilich überall beträchtlich. So steht die Kommunikationsstrategie der Zentralbanken in den USA und im Euroraum vor einer besonderen Herausforderung: Die Inflationsraten in den beiden Währungsräumen werden die längste Zeit des Jahres 2008 deutlich über der von der Geldpolitik implizit oder explizit angestrebten Teuerung von etwa 2% liegen. Die Zentralbanken werden darauf nicht mit einer Verschärfung ihres geldpolitischen Kurses reagieren und müssen die Öffentlichkeit davon überzeugen, daß sie das Ziel der Preisniveaustabilität trotzdem im Auge behalten. Wenn das nicht gelingt, droht ein Rückfall in die makroökonomischen Turbulenzen der siebziger und achtziger Jahre.

Aufschwung in Deutschland stockt

Im Unterschied zu den angelsächsischen Ländern scheint Deutschland bislang wenig in die Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten verwickelt zu sein. Gleichwohl hat sich das konjunkturelle Umfeld eingetrübt. Die Expansion der für Deutschland wichtigen Außenmärkte hat sich verlangsamt, und die Bedingungen der Kreditvergabe haben sich verschärft.

Hinzu kommt, daß sich die Binnennachfrage im Jahr 2008 nicht so kräftig entwickelt wie bisher erwartet. Beschäftigung und Erwerbseinkommen steigen zwar, der Einkommenszuwachs hat jedoch einen großen Teil der privaten Haushalte noch nicht erreicht. Außerdem befindet sich die Teuerung auf einem Stand, bei dem Einkommen und Konsum in realer Rechnung zurückbleiben. Überdies verliert die Investitionstätigkeit an Dynamik, auch weil sich die Unternehmen mit Anlageinvestitionen infolge der Verschlechterung der Abschreibungsbedingun-

* Dieser Beitrag wurde bereits als IWH-Pressemitteilung 43/2007 am 18. Dezember 2007 veröffentlicht.

gen zunächst zurückhalten. Infolge der nachlassenden Dynamik der Weltkonjunktur und der leichten Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit steigen die Exporte ebenfalls langsamer. So wird auch die gegenseitige Verstärkung der konjunkturellen Impulse von Exportgeschäft, Investitionstätigkeit und Konsum schwach ausfallen, und die Dynamik der gesamtwirtschaftlichen Aktivität läßt im Jahr 2008 zunächst nach. Der Aufschwung ist damit aber in diesem Konjunkturzyklus nicht beendet, sondern lediglich unterbrochen. Ähnlich wie in den Jahren 1998/1999 sind es äußere Schocks von den Finanzmärkten, die dafür verantwortlich zeichnen. Sie treffen auf eine Verfassung der deutschen Wirtschaft, deren Vertrauen in die Fortsetzung der konjunkturellen Aufwärtsentwicklung am fortwährenden Beschäftigungsaufbau deutlich wird.

Der Beschäftigungsaufbau dürfte sich auch während der kurzzeitigen wirtschaftlichen Schwäche fortsetzen. Allerdings darf die Politik die erreichte Flexibilität am Arbeitsmarkt nicht weiter untergraben. Die Einführung branchenspezifischer Mindestlöhne und die Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld für ältere Arbeitnehmer sind der falsche Weg. Auch die Festlegung eines Mindeststundenlohns in Höhe von nur fünf Euro brächte reichlich zwei Mio. Arbeitsplätze in Gefahr, darunter ¾ Mio. in Ostdeutschland.

Nach dem Schwinden der Schocks dürfte sich die konjunkturelle Aufwärtsbewegung in der zweiten Hälfte des Jahres 2008 wieder verstärken. Zwar regen die monetären Rahmenbedingungen nicht an, die Finanzpolitik wird aber nicht mehr bremsen. Auch gibt die Teuerung im Zeitablauf nach und belastet dann weniger stark als derzeit. Schließlich wird die konjunkturelle Delle überwunden; der Aufschwung setzt sich fort und erreicht dann 2009 sein Spätstadium. Die Neuen Bundesländer werden ihren geringfügigen Wachstumsvorsprung behalten, obgleich auch dort die gesamtwirtschaftliche Produktion langsamer als im vergangenen Jahr steigen wird.

Die deutsche Wirtschaftspolitik befand sich in den vergangenen Jahren auf einem mutigen und notwendigen Reformkurs. Damit hat sie ihren Teil zur derzeitigen Verbesserung der wirtschaftlichen Lage beigetragen. Die Erfolge bieten eine gute Grundlage, und die Gelegenheit ist günstig, das

Tabelle:
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2008 und 2009

	2007	2008	2009
	reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Private Konsumausgaben	-0,2	1,3	1,5
Staatskonsum	2,3	2,2	1,9
Anlageinvestitionen	5,0	1,6	2,2
Ausrüstungen	8,0	3,0	4,0
Bauten	2,6	0,3	0,6
Sonstige Anlagen	5,2	4,0	3,5
Inländische Verwendung	1,4	1,7	2,0
Exporte	8,0	6,4	6,9
Importe	6,2	7,2	7,5
Bruttoinlandsprodukt	2,5	1,7	2,0
dar.: Ostdeutschland*	2,9	2,0	2,2
Nachrichtlich: USA	2,2	2,2	2,8
Euroraum	2,6	1,7	2,0
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Arbeitsvolumen, geleistet	1,3	0,8	0,4
Tariflöhne je Stunde	1,5	1,8	2,0
Effektivlöhne je Stunde	1,6	2,2	2,2
Lohnstückkosten[a]	0,0	0,9	0,6
Verbraucherpreisindex	2,2	2,3	1,8
	in 1 000 Personen		
Erwerbstätige (Inland)[b]	39 749	39 951	40 151
Westdeutschland**	34 009	34 181	34 346
Ostdeutschland*	5 740	5 770	5 805
Arbeitslose[c]	3 794	3 548	3 331
Westdeutschland**	2 760	2 598	2 436
Ostdeutschland*	1 034	950	895
	in %		
Arbeitslosenquote[d]	8,7	8,2	7,7
Westdeutschland**	7,5	7,1	6,6
Ostdeutschland*	15,3	14,1	13,4
	in % zum nominalen BIP		
Finanzierungssaldo des Staates	0,0	-0,2	0,4

[a] Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – [b] Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen. – [c] Nationale Definition. Einschließlich aller Arbeitslosen in den optierenden Gemeinden. – [d] Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). – * Ohne Berlin. – ** Mit Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat, Bureau of Economic Analysis; Prognose des IWH (Stand: 20.12.2007).

Erreichte für die Zukunft auszubauen. Zur Zeit geschieht aber eher das Gegenteil. Nicht nur der Reformdruck, sondern auch der Reformwille hat nachgelassen. Die Politik ist zur Zeit eher damit beschäftigt, die nur unter harten Einschnitten erkämpften Gewinne zu verteilen, statt sie in die Zukunft zu investieren.

Arbeitskreis Konjunktur (Seite 8)

Ostdeutsches Innovationssystem attraktiv für ausländische Investoren

– Kurzfassung –

Ausländische Direktinvestitionen gelten als wichtige Impulsgeber für den wirtschaftlichen Aufholprozeß in Ostdeutschland. Dabei stellen die von ausländischen Investoren erhofften Beschäftigungs- und Nachfrageeffekte weiterhin eine wichtige Zielmarke dar. Vor dem Hintergrund des zunehmenden internationalen Standortwettbewerbs sollte aber auch ihrem Beitrag zur technologischen Leistungsfähigkeit im ostdeutschen Innovationssystem Aufmerksamkeit geschenkt werden. In der bisherigen Diskussion ist dem ostdeutschen Standort diesbezüglich wenig Potential bescheinigt worden. Belastbare empirische Befunde dafür fehlen bisher jedoch. Der vorliegende Beitrag geht daher der Frage nach, ob und inwiefern ausländische Investoren am ostdeutschen Standort technologische Aktivitäten (FuE und Innovation) durchführen und ob diese in das ostdeutsche Innovationssystem integriert sind, das heißt mit lokalen Akteuren (Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen) interagieren. Grundlage der empirischen Untersuchung ist eine aktuelle repräsentative Befragung ausländischer Investoren im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands. Die empirische Untersuchung zeigt, daß sich die ausländischen Investoren im Vergleich zum gesamten Verarbeitenden Gewerbe durch eine höhere technologische Aktivität (gemessen an FuE und Innovation) auszeichnen und mit diesen Aktivitäten keineswegs isolierte Inseln bilden, sondern klar in das ostdeutsche Innovationssystem eingebettet sind. Ausländische Investoren messen dabei besonders den ostdeutschen Wissenschaftseinrichtungen Bedeutung bei. Untersucht man die Integration der Investoren in Abhängigkeit von ihrer technologischen Leistungsfähigkeit, zeigt sich im Einklang mit der theoretischen Literatur, daß es gerade die technologisch leistungsfähigen Investoren sind, die den Austausch mit lokalen Akteuren suchen. Dabei ist jedoch im Hinblick auf mögliche Spillover-Effekte zugunsten einheimischer Unternehmen festzustellen, daß lediglich Zulieferer als potentielle Adressaten firmieren.

Entgegen existierenden Annahmen kann dem ostdeutschen Innovationssystem also bescheinigt werden, daß es für ausländische Investoren mit FuE- und Innovationsaktivitäten durchaus attraktiv ist und damit im Vergleich zu ostmitteleuropäischen und asiatischen Aufhol-Ländern Standortvorteile zu bieten hat.

Jutta Günther,
Björn Jindra,
Johannes Stephan
(Seite 35)

Was bringt eine Zentralisierung gemeindlicher Verwaltungsstrukturen? – Befunde aus Fallstudien in sachsen-anhaltischen Kommunen

– Kurzfassung –

Wenn Städte und Gemeinden im interregionalen Standortwettbewerb mithalten und ihre Leistungen effizient und effektiv anbieten wollen, benötigen sie auch eine geeignete Organisationsform. Der vorliegende Beitrag stellt am Beispiel Sachsen-Anhalts im Rahmen von Fallstudien ermittelte Ergebnisse zu wichtigen Aspekten der Effizienz und Effektivität zentralistischer und föderativ organisierter Ge-

meindeformen vor. Die Konzentration auf Sachsen-Anhalt erklärt sich nicht zuletzt durch die dort in Gang gesetzte Gemeindegebietsreform, die eine möglichst flächendeckende Bildung von sogenannten Einheitsgemeinden vorsieht. Die Befunde liefern kein Bild, das eindeutig zugunsten der untersuchten zentralistisch organisierten „Einheitsgemeinden" ausfällt, wenngleich dort, wie theoretisch erwartet, Indizien für effizienzfördernde Economies of Scale vorhanden sind, die sich allerdings nicht im Selbstlauf erschließen. Zudem gibt es auch in den untersuchten föderativ organisierten Kommunen in der Form von „Verwaltungsgemeinschaften" Hinweise auf Effizienz- und Effektivitätsvorteile, die aus dem föderativen Wettbewerb und der Bürgerbeteiligung herrühren. In Anbetracht der für die Zukunft erwarteten zunehmenden Erosion der Bevölkerung und Abnahme des finanziellen Handlungsspielraums der Kommunen in weiten Teilen Sachsen-Anhalts spricht einiges dafür, den Aspekt der Effizienzsteigerung durch räumliche Konzentration von kommunalen Einrichtungen mit einem hohen Gewicht zu versehen. Dies spräche für eine Entscheidung zugunsten der Einheitsgemeinden. Damit müßte auf die Vorteile der heutigen Verwaltungsgemeinschaften verzichtet werden. Zwar könnten gemeindliche Einrichtungen auch innerhalb von Verwaltungsgemeinschaften räumlich konzentriert werden, indem die entsprechenden Kompetenzen auf die „übergeordnete" Ebene der Verwaltungsgemeinschaft übertragen werden. In den sachsen-anhaltischen Verwaltungsgemeinschaften wurde aber bislang nur zögerlich von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Zudem stehen verfassungsrechtliche Schranken einer umfangreichen Zentralisation innerhalb von Verwaltungsgemeinschaften entgegen. Vor diesem Hintergrund ist zu empfehlen, sich nicht ausschließlich auf die Einführung von Einheitsgemeinden zu konzentrieren, sondern auch nach Alternativen zu suchen, welche die Vorteile der zentralistischen Gemeindeorganisation mit jenen der föderativen Modelle verknüpfen könnten.

Gerhard Heimpold,
Martin T. W. Rosenfeld
(Seite 45)

Konjunktur aktuell:
Aufschwung stockt: Warten auf die „zweite Luft“*

Internationale Konjunktur

Konjunktur in den Industrieländern verliert stark an Fahrt

Zum Ende des Jahres 2007 fallen die jüngsten Daten zur Lage der Weltwirtschaft und die Aussichten für das kommende Jahr weit auseinander: Zwar haben in den USA, in der Europäischen Union und in Japan Angebot und Nachfrage im dritten Quartal des Jahres schneller als im langjährigen Durchschnitt zugenommen. In den Schwellenländern wächst die Produktion weiter mit hoher Dynamik und der Welthandel hat im Sommer kräftig zugelegt. Jedoch deuten die jüngsten Indikatoren auf eine deutliche Abkühlung in den Industrieländern hin.

Probleme des Bankensektors nehmen zu

Hauptgrund der Eintrübung ist die erneute Zuspitzung der Lage auf den internationalen Finanzmärkten. Die wieder gewachsene Sorge, daß wie schon im Spätsommer einzelne Banken in Liquiditätsnöte geraten könnten, zeigt sich an den hohen Risikoaufschlägen für unbesicherte Interbankenkredite gegenüber Staatstiteln gleicher Fristigkeit: Die Aufschläge haben in den USA und in der Europäischen Union im Dezember einen neuen Höchststand erreicht. Nach einer zwischenzeitlichen Beruhigung Anfang Oktober hatten überraschend hohe Abschreibungen großer Banken auf ihre forderungsbesicherten Titel deutlich gemacht, daß die Krise auf den Märkten für diese *asset backed securities* noch nicht abklingt. Hintergrund ist die weitere Verschärfung der US-Immobilienkrise im Herbst: Die Häuserpreise fallen beschleunigt und die Zahlungsausfälle, besonders für Hypotheken minderer Bonität (*subprime mortgages*), nehmen weiter zu. Eine marktnahe Bewertung von *asset backed securities*, deren Wert zum Teil auf Hypotheken dieses Typs beruhen, ist weiterhin kaum möglich, weil diese Produkte kaum mehr nachgefragt werden.

Immobilienkrise und Finanzmarktturbulenzen ziehen sich in die Länge; ein Ende ist derzeit nicht abzuschätzen. Das liegt daran, daß beide Fälle von sich selbst verstärkenden Prozessen getrieben werden: Immobilien insolventer Hypothekenschuldner werden in der Regel bald zum Verkauf angeboten. Das verstärkt den Preisverfall und dieser erhöht die Zahl der Insolvenzen. Im Fall der Finanzmärkte entfaltet sich eine Vielzahl von sich selbst verstärkenden Prozessen. So müssen manche Inhaber von durch Kreditforderungen abgesicherten Vermögenstiteln bei Herabstufung der Bonität die Titel verkaufen, was deren Preis noch weiter drückt und deren Bonität schwächt. Ein anderes Beispiel ist die jüngst zu beobachtende Verschlechterung der finanziellen Situation von Versicherern, die auf die Garantie von Schuldtiteln spezialisiert sind: Sollte deren Bonität von den großen Rating-Agenturen herabgestuft werden, zöge dies Bewertungsverluste sämtlicher von den Versicherern garantierten Titel nach sich.

Die Finanzmarktturbulenzen bringen nicht nur erhöhte Liquiditätsrisiken mit sich, auch die Eigenkapitalquoten haben sich zum Teil schon merklich verschlechtert. Das liegt nicht nur an den Abschreibungen. Manche Banken müssen auch Aktiva in ihre Bilanzen aufnehmen, die vorher in sogenannte Zweckgesellschaften ausgelagert waren, denn einige dieser Gesellschaften sind mittlerweile in finanzielle Not geraten. Außerdem müssen einige Aktiva heute als riskanter bewertet werden und benötigen daher eine stärkere Eigenkapitalunterlegung. Die drohende Verschlechterung der Bilanzposition von Banken in den USA und in Europa hat sich schon im Herbst in einer Verschärfung der Kreditkonditionen niedergeschlagen. In der Folge wird sich im nächsten Jahr die Kreditschöpfung deutlich verlangsamen; die Güternachfrage wird dadurch spürbar gedämpft.

Konjunkturelles Gefälle verschärft währungspolitische Spannungen

Die Zentralbanken können die strukturellen Probleme der Finanzmärkte nicht lösen, aber mit liquiditätspolitischen Maßnahmen dabei helfen, den Ausbruch einer regelrechten Bankenkrise zu verhindern und mit ihrer Zinspolitik die realwirtschaftlichen Folgen abzumildern. Die US-Notenbank hat im Herbst entsprechend ihren Leitzins dreimal um insgesamt einen Prozentpunkt auf 4,25% gesenkt. Die Finanzmärkte rechnen mit weiteren Schritten; die Geldpolitik wird in den USA damit im Jahr 2008 expansiv sein. Die EZB ist vorerst von ihrer im Sommer eingeplanten Leitzinserhöhung abge-

* Dieser Beitrag wurde bereits als IWH-Pressemitteilung 43/2007 am 18. Dezember 2007 veröffentlicht.

kommen. Dabei hat der starke Anstieg der Preise für Energie und Nahrungsmittel in diesem Jahr die Inflationsrate im Euroraum auf 3,1% und in den USA auf 3½% hochschnellen lassen. Dahinter stehen neben dürrebedingten Angebotsausfällen in der Landwirtschaft die längerfristigen Trends eines starken Anstiegs der Nachfrage aus den Schwellenländern für Energie sowie die dadurch angeregte Umwidmung von landwirtschaftlicher Fläche für die Produktion von Biokraftstoffen.

Kasten 1:
Annahmen für die Prognose

Der Prognose liegen folgende Annahmen zugrunde:
- Der US-Dollar-Kurs des Euro beträgt 1,50 im Jahr 2008 und 1,40 im Jahr 2009.
- Die Europäische Zentralbank läßt den maßgeblichen Leitzins im Prognosezeitraum konstant bei 4%.
- Der Welthandel expandiert im Jahr 2008 mit 6% und im Jahr 2009 mit knapp 7%.
- Der Ölpreis (Marke Brent) liegt im Jahr 2008 bei 94 US-Dollar pro Barrel und im Jahr 2009 bei 100 US-Dollar.

Die Wechselkursbewegungen der vergangenen Monate dämpfen den Preisanstieg für Konsumenten im Euroraum, nicht aber für amerikanische Verbraucher. Denn die Zinssenkungen der US-Notenbank haben zusammen mit der Verschlechterung der Renditeaussichten in den USA den Dollar weiter abwerten lassen – gegenüber dem Euro auf etwa 1,45 Mitte Dezember. Damit greift ein wichtiger Marktmechanismus zur Verringerung des hohen US-Leistungsbilanzdefizits: Die Dollarschwäche macht in den USA die Umlenkung von Ressourcen in die Produktion handelbarer Güter attraktiv. Zugleich verringert der boomende US-Export die dortigen Rezessionsgefahren. Allerdings haben ausgerechnet die Währungen von Ländern, die durch ihre Überschüsse das US-Leistungsbilanzdefizit zu einem Großteil finanzieren, kaum gegenüber dem Dollar gewonnen: Die Golfstaaten halten (mit Ausnahme von Kuwait) vorerst an der Bindung ihrer Währungen an den Dollar fest und China läßt den Renminbi nur gemächlich aufwerten, seit Jahresbeginn um knapp 6% und damit um halb soviel wie der Euro. Die künstliche Schwächung ihrer Währungen bekommen die Länder durch gestiegenen Inflationsdruck zu spüren. Eine reale Aufwertung scheint unvermeidlich – sei es durch Inflation oder durch eine behutsame Lösung der Währungen von ihrer engen Bindung an den Dollar.

Aussichten für 2008 eingetrübt

Im Jahr 2008 wird sich der weltwirtschaftliche Aufschwung erst einmal nicht fortsetzen. Die Gründe dafür liegen in der anhaltenden US-Immobilienkrise, in den durch sie ausgelösten Belastungen der Finanzmärkte und auch in Kaufkraftverlusten der Verbraucher in den Industrieländern aufgrund der neuerlich stark gestiegenen Energiepreise. Freilich ist auch nicht mit einer Rezession zu rechnen. Wirtschaftspolitische Eingriffe werden in den USA die schlimmsten Auswirkungen der Immobilienkrise abfedern, und die Weltfinanzmärkte profitieren schon gegenwärtig davon, daß die Staatsfonds von Schwellenländern wie China von ihrer strikten Sicherheitsorientierung abrücken und langfristig renditeträchtigere Anlagen suchen.

Die Risiken sind freilich beträchtlich: Die angesprochenen Belastungsfaktoren können gravierender ins Gewicht fallen als hier unterstellt. Darüber hinaus steht die Kommunikationsstrategie der Geldpolitik in den USA und im Euroraum vor einer besonderen Herausforderung: Die Inflationsraten in den beiden Währungsräumen werden die längste Zeit des Jahres 2008 deutlich über der von den Notenbanken implizit oder explizit angestrebten Teuerung von etwa 2% liegen, und die Zentralbanken werden gute Gründe haben, darauf nicht mit einer Verschärfung ihres geldpolitischen Kurses zu reagieren. Sie müssen aber dabei der Öffentlichkeit glaubhaft machen, daß sie das Ziel der Preisniveaustabilität trotzdem im Auge behalten. Wenn das nicht gelingt, droht ein Rückfall in die makroökonomischen Turbulenzen der siebziger und achtziger Jahre.

USA: Rezession wird trotz Immobilienkrise und Finanzmarktturbulenzen vermieden

Am Jahresende 2007 haben die Sorgen um die US-Konjunktur erheblich zugenommen. Noch im dritten Quartal expandierte das Bruttoinlandsprodukt, auch dank starker Exporte, mit einer Rate von fast 5%. Jedoch konnte die Inlandsnachfrage ohne Lageraufbau lediglich um 2,2% steigen. Die bisher treibende Kraft der amerikanischen Konjunktur, der private Konsum, dürfte nun von der Immobilienmarktkrise und der Verteuerung von Energie gedrückt werden. Aber auch bei den Investitionen gibt es Hinweise für eine Verlangsamung.

Für das kommende Jahr muß mit zusätzlichen dämpfenden Wirkungen von den durch die Immobilienkrise ausgelösten Finanzmarktturbulenzen gerechnet werden. Restriktivere Kreditvergaberichtlinien und eine stagnierende oder gar sinkende Vermögensposition von Haushalten und Unternehmen werden die inländische Nachfrage belasten. Ein Ende der Hypothekenkrise ist nicht abzusehen, schon weil ein großer Teil der Zinsanpassungen nach oben bei Hypotheken mit variablen Zinssätzen noch bevorsteht. Darüber hinaus gibt es in jüngster Zeit auch Anzeichen dafür, daß neben Hypotheken auch Konsumentenkredite, etwa im Bereich der Automobilfinanzierung, vermehrt von Ausfällen betroffen sind.

Die Kreditkrise hat auch die Wirtschaftspolitik auf den Plan gerufen. So hat die Regierung vor, die Hypothekenfinanzierer zu einem kollektiven Einfrieren des Zinsniveaus für bestimmte Schuldnergruppen zu bewegen, um die Zahl der Insolvenzen zu begrenzen. Es ist nicht damit zu rechnen, daß dabei dauerhaft auf öffentliches Geld verzichtet werden kann. Deshalb, aber auch wegen der im nächsten Jahr anstehenden Präsidentschaftswahlen, ist nach einem Budgetdefizit des Bundes von 1,2% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt im Fiskaljahr 2007 für das laufende Fiskaljahr mit einem Anstieg der Fehlbetragsquote auf rund 2% zu rechnen.

Die Geldpolitik befindet sich in einer Zwickmühle. Auf der einen Seite bestehen erhebliche Inflationsrisiken aufgrund des Rohstoffpreisanstiegs; die Inflationsrate, gemessen am Konsumentenpreisindex, betrug zuletzt wieder deutlich mehr als 3%. Auf der anderen Seite hat sich die Lage auf den Kreditmärkten im Spätherbst eher noch einmal verschlechtert, und die konjunkturellen Aussichten sind trübe. Die Zentralbank hat deshalb seit September ihre Inflationssorgen zurückgestellt und den Leitzins dreimal um insgesamt einen Prozentpunkt gesenkt. Bis zum Frühjahr 2008 wird wohl noch ein weiterer halber Punkt folgen. Mit 3,75% wird der Leitzins für den Rest des Jahres damit auf deutlich expansivem Niveau liegen.

Eine schwache Entwicklung des privaten Konsums wird auch im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums die gesamtwirtschaftliche Nachfrage belasten. Zum einen begrenzen der hohe Verschuldungsgrad der privaten Haushalte und die ungünstigeren Kreditkonditionen die Konsummöglichkeiten. Zum anderen werden die privaten Einkommen wohl deutlich langsamer steigen als in den vergangenen Jahren. In diesem Umfeld werden auch die Unternehmensinvestitionen nur schwach ausgeweitet, und die Wohnungsbauinvestitionen werden noch bis in den Sommer 2008 hinein schrumpfen. Neben der Wirtschaftspolitik wird es wohl auch den günstigen außenwirtschaftlichen Bedingungen zu verdanken sein, daß es bei alldem nicht zu einer Rezession kommt. Denn die Dollarschwäche bewirkt, daß Importgüter zunehmend durch heimische Produkte ersetzt werden und daß die Exporte, auch gestützt von der recht robusten Konjunktur in den Schwellenländern, weiter kräftig expandieren. Im Lauf des Jahres entfalten die wirtschaftspolitischen Maßnahmen mehr und mehr ihre Wirkung und die US-Konjunktur beschleunigt sich wieder. Zuwächse in Größenordnung des Potentialwachstums, also zwischen 2½ und knapp 3%, dürften freilich nicht vor 2009 erreicht werden. Das Leistungsbilanzdefizit wird im Jahr 2008 unter 5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt fallen.

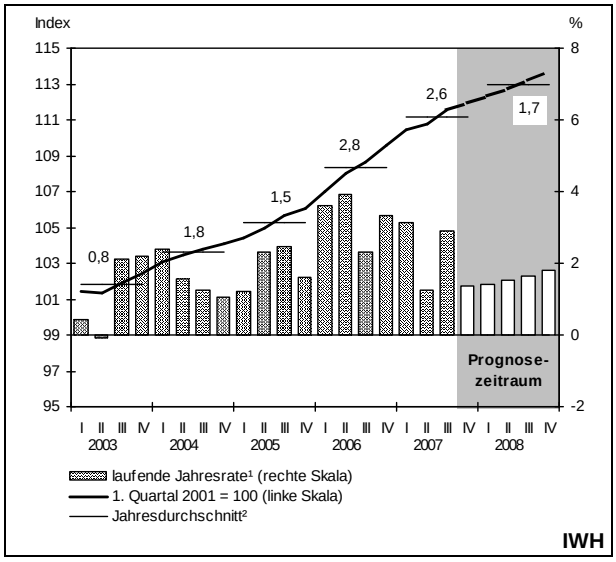
Europäische Union

Konjunktur im Euroraum bewältigt Belastungen

Auch im Euroraum sind Unternehmen und Haushalte am Jahresende bezüglich der kurzfristigen wirtschaftlichen Aussichten skeptischer geworden. Dabei war der Aufschwung vor allem dank lebhafter Investitionstätigkeit im dritten Quartal noch intakt. Mittlerweile ist aber deutlich geworden, daß die Wirtschaft im Euroraum im Jahr 2008 eine Reihe von Belastungen bewältigen muß.

Die Globalisierung der Finanzmärkte bringt es mit sich, daß das europäische Bankensystem in kaum geringerem Maß als das amerikanische von der Krise des US-Hypothekarkredits und den Finanzmarktturbulenzen betroffen ist. Eine Umfrage der EZB zum Kreditgeschäft im Oktober zeigte, daß die Banken per saldo bereits zu diesem frühen Zeitpunkt mit einer Verschärfung der Vergabekonditionen für Unternehmen und für den Wohnungsbau privater Haushalte reagiert haben. Diese Tendenz wird sich im Winter wohl fortsetzen. Die schon im Verlauf des Jahres 2007 über gestiegenen Finanzierungskosten werden im Winter noch einmal zunehmen. In Irland und Spanien fällt dieser Kostenanstieg mit dem Ende eines langjährigen Immobilienpreis- und Baubooms zusammen. Auch im Euroraum als Ganzes wird sich der Investitionsaufschwung der vergangenen Jahre wohl nicht fortsetzen.

Abbildung 1:
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum
- Saisonbereinigter Verlauf -



[1] Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet. – [2] Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des IWH; ab 4. Quartal 2007: Prognose des IWH.

Die Aufwertung des Euro im abgelaufenen Jahr belastet vornehmlich Produzenten, die unter starkem internationalen Wettbewerbsdruck stehen. Andererseits bringt sie auch einen Terms-of-Trade-Gewinn, der die Kaufkraftverluste der Haushalte infolge des starken Anstiegs der Energiepreise im Jahr 2007 dämpft. Die Verbraucherpreise, gerade auch für Lebensmittel, haben zum Jahresende kräftig angezogen. Trotz günstiger Beschäftigungsentwicklung und vereinzelt höherer Tarifabschlüsse bleiben die Lohnzuwächse insgesamt offensichtlich sehr moderat. Auch im Jahr 2008 werden die Pro-Kopf-Realeinkommen der Arbeitnehmer im Euroraum kaum mehr als stagnieren und der private Konsum wird keine hohe Dynamik entfalten.

Begrenzte Impulse für den privaten Konsum gehen aber von einer recht hohen Arbeitsplatzsicherheit aus, denn die Beschäftigung entwickelt sich gut und die Arbeitslosenquote fällt seit nunmehr zweieinhalb Jahren stetig. Ein Grund dafür sind sicher die geringen Reallohnsteigerungen. Sie sind das Spiegelbild der guten Gewinnentwicklung im Unternehmenssektor, welche die Investitionstätigkeit auch im Jahr 2008 stützen wird. Auch dürften Anbieter aus dem Euroraum wiederum in besonderem Maß vom Nachfrageanstieg aus wichtigen Ölförderländern profitieren. Diese Faktoren sprechen dafür, daß die Konjunktur nach einem deutlichen Abfall im Winter im Lauf des Jahres nach und nach wieder Fahrt aufnehmen wird. Dabei ist unterstellt, daß sich ab dem Sommer die Finanzmarktturbulenzen legen werden. Anfang 2009 expandiert die Produktion dann wieder mit einer Rate, die nahe am Wachstumstrend von gut 2% liegt.

Tabelle 1:
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose für den Euroraum in den Jahren 2007 bis 2009

	2007	2008	2009
	reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Bruttoinlandsprodukt	2,6	1,7	2,0
Private Konsumausgaben	1,5	1,7	1,7
Staatskonsum	2,0	1,8	1,5
Anlageinvestitionen	4,6	2,2	3,3
Außenbeitrag[a]	0,4	0,0	0,0
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Verbraucherpreise[b]	2,2	2,5	2,0
	in % der Erwerbspersonen		
Arbeitslosenquote[c]	7,4	7,2	7,1

[a] Veränderung des Außenbeitrags gegenüber dem Vorjahr in % des realen Bruttoinlandsprodukts des Vorjahres. – [b] Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – [c] Standardisiert.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des IWH; ab 2007: Prognose des IWH (Stand: Dezember 2007).

Großbritannien: hohe Verwundbarkeit

Im Jahr 2007 expandierten Angebot und Nachfrage in Großbritannien bis zum dritten Quartal mit hohem Tempo. Mittlerweile ist aber deutlich geworden, daß das Land von den gegenwärtigen Belastungsfaktoren für die Industrieländer, also von der Schwäche der Immobilienmärkte und den Finanzmarktturbulenzen, in stärkerem Maß betroffen ist als etwa das europäische Festland. Wie in den USA, so scheinen nämlich auch in Großbritannien die Immobilienpreise nach jahrelangem Boom jetzt nachzugeben, und wie in den USA müssen sich viele hochverschuldete Hausbesitzer auf einen starken Anstieg ihrer Hypothekenzinsen einstellen. Allerdings sind die besonders gefährdeten Hypothekenkredite niedrigerer Bonität (*non-conforming loans*) wohl doch deutlich solider als ihre amerikanischen Entsprechungen, also die *subprime loans.* Der zweite große Belastungsfaktor sind die realisierten und noch zu erwartenden Verluste im Finanzsektor, welcher mit dem Weltfinanzzentrum London für die britische Wirtschaft eine überragende Bedeutung hat.

Weil die Haushaltslage schon seit einigen Jahren recht angespannt ist, sind die Handlungsspiel-

räume der Finanzpolitik begrenzt. Dagegen hat die Bank of England Anfang Dezember ihren Leitzins von dem im internationalen Vergleich recht hohen Niveau von 5,75% um einen viertel Prozentpunkt gesenkt. Im Zuge einer kräftigen konjunkturellen Abkühlung wird sie im Jahr 2008 diesem Schritt wohl noch weitere folgen lassen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird mit 1,8% deutlich langsamer zulegen als im Jahr 2007 (geschätzte 3%), die Konsumentenpreise werden wie im Jahr 2007 mit 2,3% zulegen.

Dynamik in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländern schwächt sich etwas ab

Bislang wenig beeindruckt von den Finanzmarktturbulenzen expandierte die gesamtwirtschaftliche Produktion in Mittelosteuropa mit einer Rate von etwa 6% wiederum kräftig. Eine Ausnahme bildet Ungarn, das seit 2006 in einer Stabilisierungskrise steckt. Die Ausweitung der Wirtschaftsaktivität wurde in der Region ganz überwiegend von der Binnennachfrage gestützt. Insbesondere die Anlageinvestitionen profitierten von gestiegenen Unternehmensgewinnen, ausländischen Direktinvestitionen und der EU-Förderung von Infrastrukturinvestitionen. Der private Konsum wurde durch die Zunahme der Beschäftigung und kräftig expandierende Reallöhne gestützt. In den meisten Ländern ging die hohe Binnennachfrage mit einem stärkeren Anstieg der Importe einher, der zur Passivierung der Handelsbilanzen führte.

Der Preisanstieg hat sich fast überall im Zuge der konjunkturellen Dynamik beschleunigt, wozu in vielen Ländern, etwa in Polen und in der Tschechischen Republik, der Anstieg der Lohnstückkosten beitrug. Die Inflationsraten liegen derzeit im Durchschnitt über jener im Euroraum.

Im nächsten Jahr wird sich das Expansionstempo in den mittel- und osteuropäischen Ländern leicht verlangsamen, nicht zuletzt wegen der stark gestiegenen Energiekosten. Andererseits sind die Folgen der voraussichtlichen Abschwächung in den USA eher gering, weil die USA für die mittel- und osteuropäischen Länder als Absatzmarkt nicht sehr bedeutend sind. Zudem sind die neuen Mitgliedsländer bisher von den Finanzmarktturbulenzen recht wenig tangiert worden. Allerdings dominieren westliche Großbanken vielerorts über Tochterinstitute den Finanzsektor und es ist damit zu rechnen, daß diese Institutionen ihre Kreditkonditionen ebenso wie die Konzernmütter verschärfen. Zudem bedeutet die Verunsicherung auf den internationalen Finanzmärkten auch eine Zunahme des Finanzkrisenrisikos in Ländern mit hohen Leistungsbilanzdefiziten. Hier sind neben den baltischen Staaten Bulgarien und vor allem Rumänien zu nennen.

Deutsche Konjunktur

Aufschwung stockt

In Deutschland hat sich das konjunkturelle Umfeld zum Jahresende eingetrübt. Zwar scheint der deutsche Bankensektor insgesamt trotz einiger bekannt gewordener Einzelfälle bislang wenig in die Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten verstrickt zu sein, die verlangsamte Expansion von für Deutschland wichtigen Außenmärkten und die Verschärfung der Bedingungen der Kreditvergabe dämpfen jedoch die konjunkturellen Aussichten.

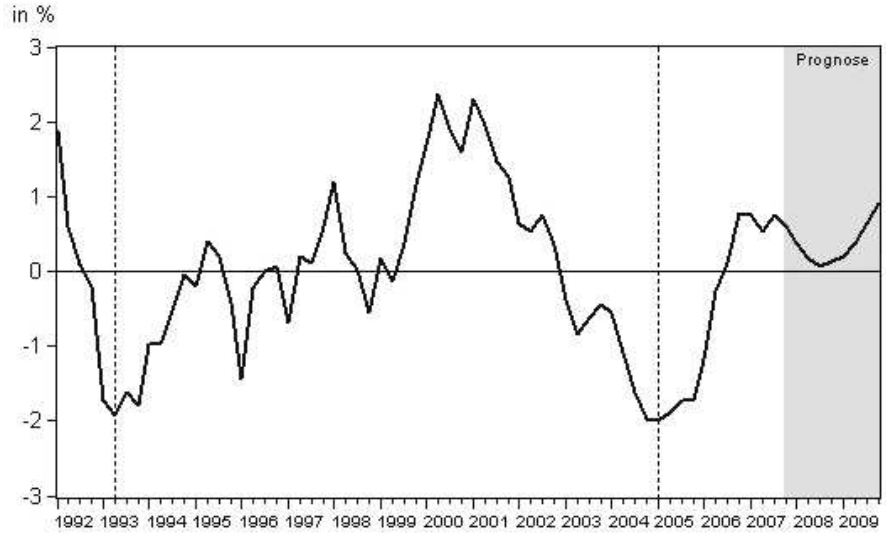
Hinzu kommt, daß die Konsummöglichkeiten zwar infolge des anhaltenden Anstiegs der Beschäftigung und der Erwerbseinkommen ausgeweitet werden, der Einkommenszuwachs einen großen Teil der privaten Haushalte jedoch nicht erreicht und die Teuerung auf einem Stand ist, bei dem Einkommen und Konsum real hinter den bisher prognostizierten Entwicklungen deutlich zurückbleiben werden.[1] So wird die gegenseitige Verstärkung der konjunkturellen Impulse von Exportgeschäft, Investitionstätigkeit und Konsum vertagt, und die Dynamik der gesamtwirtschaftlichen Aktivität läßt im Jahr 2008 zunächst nach. Unabhängig davon spielt in den ersten Monaten des neuen Jahres die Zurückhaltung der Unternehmen mit Anlageinvestitionen infolge der Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen eine Rolle.

Der Aufschwung ist mit der vorübergehenden Verlangsamung des Expansionstempos nicht beendet, sondern lediglich unterbrochen. Ähnlich wie 1998/1999 sind es Schocks von den Finanzmärkten, die dafür verantwortlich zeichnen. Auch diesmal kommen sie von außen und treffen auf eine robuste Verfassung der deutschen Wirtschaft. Erst nach dem Schwinden der Schocks dürfte sich die konjunkturelle Aufwärtsbewegung in der zweiten Hälfte des Jahres 2008 wieder verstärken. Zwar regen die monetären Rahmenbedingungen nicht an, aber die Finanzpolitik dürfte nicht mehr bremsen. Auch gibt die Teuerung im Zeitablauf nach und be-

[1] Vgl. ARBEITSKREIS KONJUNKTUR: Aufschwung in Deutschland ungebrochen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 8/2007, S. 290 ff.

Kasten 2:
Output-Lücke[a] und Konjunkturzyklen seit 1992

Das Konzept der Output-Lücke beschreibt die Abweichung der realisierten Produktion (Bruttoinlandsprodukt) vom Produktionspotential. Diese Größe dient üblicherweise zur Positionsbestimmung der Konjunktur. So werden etwa die Hoch- und Tiefpunkte der Output-Lücke herangezogen, um Konjunkturzyklen abzugrenzen. Die obige Abbildung veranschaulicht die Entwicklung der Output-Lücke seit 1992. Dabei kann man zwei ausgeprägte Tiefpunkte – das zweite Quartal 1993 und das erste Quartal 2005 – identifizieren, innerhalb derer ein abgeschlossener Konjunkturzyklus beschrieben werden kann.



[a] Definiert als Abweichung des Bruttoinlandsprodukts vom Produktionspotential in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

Das zur Ermittlung der Output-Lücke benötigte Produktionspotential läßt sich nicht beobachten und muß geschätzt werden. Neben verschiedenen Filtermethoden (z. B. Hodrick-Prescott-Filter, Baxter-King-Filter, Christiano-Fitzgerald-Filter) eignen sich dafür vor allem strukturell orientierte Ansätze. Der hier zugrundeliegende Schätzansatz basiert auf einer gesamtwirtschaftlichen Cobb-Douglas-Produktionsfunktion mit den Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital. Der Faktor Arbeit, das langfristige Arbeitsvolumen, wird dabei über eine NAIRU-Schätzung gewonnen, während der Faktor Kapital mit dem gesamtwirtschaftlichen Kapitalstock (ohne Wohnbauten) beschrieben wird. Zudem wird der technische Fortschritt über einen linearen Trend abgebildet. Im Prognosezeitraum wird die Entwicklung des Produktionspotentials mit dem makroökonometrischen Modell des IWH bestimmt. Für die Produktion wird die aktuelle Konjunkturprognose bis 2009 unterstellt.

lastet dann weniger stark als derzeit. Schließlich wird die konjunkturelle Delle überwunden, der Aufschwung setzt sich fort und erreicht dann 2009 sein Spätstadium.

Ein Indiz für das Vertrauen der Wirtschaft in die Fortsetzung der konjunkturellen Aufwärtsentwicklung ist die Lage am Arbeitsmarkt. Der Beschäftigungsaufbau dürfte sich auch während der kurzzeitigen Schwäche fortsetzen. Allerdings darf die Politik die erreichte Flexibilität am Arbeitsmarkt nicht weiter untergraben.

Verlangsamung der Weltkonjunktur bremst Exportanstieg

Nach den kräftigen Zuwächsen im Vorjahr hat sich die Dynamik im Außenhandel 2007 abgeschwächt und die Warenausfuhren expandieren seit Jahresbeginn deutlich langsamer. Verantwortlich dafür waren die weltweite konjunkturelle Verlangsamung und die kontinuierliche Aufwertung des Euro seit Anfang 2006. Die deutsche Wirtschaft hat gegenüber wichtigen Fremdwährungsländern an preis-

licher Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt. So gingen die Warenlieferungen in die USA, nach Japan und in weitere ostasiatische Länder zurück.[2] Erst im dritten Quartal haben sich die Exporte in die USA wieder stabilisiert. Auch die Ausfuhren in die EU expandierten nicht mehr so stark; gleichwohl waren sie weiterhin aufwärtsgerichtet. Neben dem relativ robusten konjunkturellen Aufschwung in den meisten Mitgliedstaaten machte sich auch die weiterhin günstige Entwicklung der Arbeitskosten in Deutschland bemerkbar. Die Wettbewerbsposition Deutschlands innerhalb der EU verbesserte sich dadurch erneut.

Trotz der nach wie vor vorhandenen Auftriebskräfte bestehen vor allem in der kurzen Frist einige Risiken für die Exportentwicklung. Diese ergeben sich zum einen aus den Rückwirkungen der Krise an den Finanzmärkten auf die ausländische Konsum- und Investitionsnachfrage, in deren Folge vor allem die Ausfuhren in die USA, aber auch in andere wichtige Industrieländer bis zur Mitte des Jahres 2008 gedämpft werden. Zum anderen wird die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Anbieter weiterhin durch den starken Euro beeinträchtigt.

Im weiteren Verlauf des Jahres 2008 wird die Weltkonjunktur wieder Fahrt aufnehmen und den deutschen Export anregen. Insbesondere die EWU-Mitglieder und die mittel- und osteuropäischen Länder werden mit dem allmählichen Abklingen der Finanzmarktkrise ihre Nachfrage nach deutschen Gütern wieder deutlich ausweiten. Gleiches gilt für die Ölförderländer, die weiterhin von hohen Öleinnahmen profitieren, und auch die Ausfuhren nach Ostasien fassen wieder Tritt. Im Jahr 2009 wird sich die konjunkturelle Entwicklung auch in den USA festigen und die Impulse aus dem weltwirtschaftlichen Umfeld verstärken sich weiter. Zudem dürfte sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft dann wieder leicht verbessern, so daß die Ausfuhren 2009 um 6,9% zunehmen werden, nach 6,4% im Jahr 2008.

Die Einfuhren standen in der ersten Jahreshälfte 2007 im Zeichen der verhalteneren Produktionsentwicklung. Die Konsumzurückhaltung infolge der Anhebung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer dämpfte die Importnachfrage. Erst ab Mitte des Jahres verliehen die Binnennachfrage und der Export den Einfuhren wieder Auftrieb. Dieser wird sich jedoch in der ersten Hälfte des Jahres 2008 vorübergehend abschwächen. Vor allem die dann schwach expandierende Investitionstätigkeit bremst die Einfuhr von Investitionsgütern, die über ein Drittel des gesamten Warenimports ausmachen. Zudem dämpft die schwächere Exportentwicklung die Vorleistungsimporte. Die zunehmende Belebung der Gesamtnachfrage im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums wird die Importe jedoch nach und nach wieder anregen. Alles in allem werden aufgrund der insgesamt schwächeren Impulse vom weltwirtschaftlichen Umfeld und der wechselkurs- und lohnstückkostenbedingt ungünstigeren Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen die Importe über den gesamten Pro-

Tabelle 2:
Deutsche Exporte nach Regionen
- Spezialhandel in jeweiligen Preisen; saisonbereinigt -

Ländergruppen	*Veränderung gegenüber Vorzeitraum in %*			
	2006	2007		
		1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.
EU 25	11,7	5,8	0,3	2,1
Neue EU-Länder[a]	23,1	4,8	2,6	4,0
NAFTA[b]	12,9	-9,7	-2,2	3,1
USA	12,9	-10,5	-2,3	2,9
Ostasien[c]	17,9	-13,2	3,1	-1,9
China	29,9	-13,5	7,8	-0,7
Übrige Welt	20,0	-10,0	3,0	1,1
Rußland	35,6	-5,2	5,0	1,1
Insgesamt	13,9	-0,2	0,9	1,8
	in % des nominalen BIP in Deutschland			
	2006	2007		
		1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.
EU 25	23,9	25,5	25,3	25,6
Neue EU-Länder[a]	3,6	4,0	4,0	4,1
NAFTA[b]	3,9	3,6	3,5	3,6
USA	3,4	3,1	3,0	3,1
Ostasien[c]	3,1	3,0	3,1	3,0
China	1,2	1,2	1,2	1,2
Übrige Welt	7,4	7,5	7,7	7,7
Rußland	1,0	1,1	1,2	1,2
Insgesamt	38,4	39,7	39,6	40,0

[a] Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Zypern. – [b] USA, Kanada, Mexiko. – [c] Japan, China, Hongkong, Taiwan, Singapur, Thailand, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Südkorea. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

[2] Wesentliche Ursache hierfür ist jedoch das aufgrund von Nachmeldungen statistisch überzeichnete vierte Quartal des Vorjahres. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum fallen die Rückgänge bei den Ausfuhren in die USA und die NAFTA-Länder deutlich geringer aus; die Warenexporte in die übrigen Länder und Regionen haben sich im Vorjahresvergleich erhöht.

gnosezeitraum hinweg stärker zunehmen als die Exporte. Folglich fallen die Wachstumsbeiträge des Außenhandels im Prognosezeitraum deutlich geringer aus als in den beiden Jahren zuvor.

Tabelle 3:
Reale Exporte und Importe Deutschlands an Waren und Dienstleistungen

	2006	2007	2008
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Exporte	12,5	8,0	6,4
Importe	11,2	6,2	7,2
	in % zum BIP		
Exporte	47,6	50,2	52,5
Importe	41,7	43,3	45,6
	Außenbeitrag		
Wachstumsbeitrag[a]	1,1	1,1	0,0

[a] Veränderung des Außenbeitrags gegenüber dem Vorjahr in % des realen Bruttoinlandsprodukts des Vorjahres.

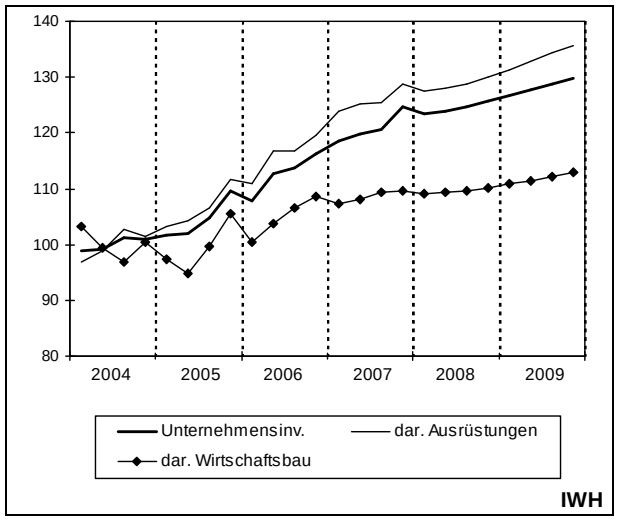
Quellen: Statistisches Bundesamt; 2007 und 2008: Prognose des IWH.

Seit Beginn des Jahres 2007 haben sich die Rohstoffpreise, die maßgeblichen Einfluß auf die Entwicklung der deutschen Einfuhrpreise nehmen, auf US-Dollar-Basis um 50% erhöht. Allerdings hat die Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar den Anstieg der Importpreise abgemildert. Die derzeit angespannte Situation an einigen Rohstoffmärkten wird sich nicht weiter verschärfen und der Druck auf die Einfuhrpreise Anfang 2008 wird nachlassen. Erst 2009 dürfte die Dynamik aufgrund der anziehenden Weltkonjunktur wieder etwas zunehmen. Auch die Ausfuhrpreise werden 2008 nur geringfügig, im Jahr 2009 aufgrund der zunehmenden Nachfrageausweitung auf den Weltmärkten wieder etwas beschleunigt zunehmen. Die Terms-of-Trade bleiben im Prognosezeitraum nahezu konstant.

Dynamik der Unternehmensinvestitionen läßt vorübergehend nach

Im Jahr 2007 haben die Unternehmen infolge fortbestehender Engpässe ihre Investitionen in die Erweiterung und Modernisierung der Produktionskapazitäten kräftig ausgeweitet. Zwar hatte sich die Dynamik der Ausrüstungsinvestitionen im Verlauf des Sommerhalbjahres etwas abgeschwächt. Da jedoch die Vorteile der degressiven Abschreibung nur für bis zum 31. Dezember 2007 angeschaffte Ausrüstungsgüter in Anspruch genommen werden

Abbildung 2:
Reale Unternehmensinvestitionen in Deutschland
- Kettenindex 2004 = 100, saison- und arbeitstäglich bereinigt -



Quellen: Statistisches Bundesamt; 2006: Schätzung, 2007, 2008, 2009: Prognose des IWH.

Tabelle 4:
Reale Anlageinvestitionen in Deutschland
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -

	2006	2007	2008
Ausrüstungsinvestitionen	8,3	8,0	3,0
Sonstige Anlagen	6,7	5,2	4,0
Bauinvestitionen	4,3	2,6	0,3
Wohnbauten	4,3	0,7	-1,0
Nichtwohnbauten			
Gewerbliche Bauten	4,0	4,5	2,0
Öffentliche Bauten	4,9	6,7	1,5
Anlageinvestitionen insgesamt	6,1	5,0	1,6

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2007: Schätzung, 2008: Prognose des IWH.

können, dürften zum Jahresausklang nochmals vermehrt Investitionsvorhaben umgesetzt worden sein. Darauf deuteten die zuletzt eingegangenen Bestellungen aus dem Inland bei den Investitionsgüterproduzenten hin. Zudem hat die zum 1. Oktober 2007 in Kraft getretene strengere Emissionsnorm die Anschaffung neuer Nutzfahrzeuge angetrieben. Im Rahmen der Erweiterung des Ausrüstungsbestands haben auch die Investitionen in sonstige Anlagen und Wirtschaftsbauten deutlich zugelegt.

Im Prognosezeitraum werden die Unternehmen ihre Investitionen nicht mehr in dem hohen Tempo ausweiten. Zu Beginn des Jahres 2008 fehlen die vorgezogenen Investitionen. Zugleich trüben sich die Absatzperspektiven der Unternehmen wegen der schwächeren Nachfrageimpulse aus dem Ausland ein. Dies reduziert mit den steigenden Energieprei-

sen und den erhöhten Lohnstückkosten die Gewinnerwartungen der Unternehmen. Auch die Finanzierungsseite betreffend ist mit einer Dämpfung der Investitionsdynamik zu rechnen. Zwar ist die Ertrags- und Bilanzsituation eines großen Teils der Unternehmen aufgrund der in den zurückliegenden Jahren erwirtschafteten Gewinne noch respektabel. Einerseits wird die Nachfrage nach Krediten seitens der Unternehmen nicht mehr so stark zunehmen wie in den zurückliegenden Quartalen. Andererseits dürfte auch die stärkere Berücksichtigung der Risiken in den Kreditkonditionen die Investitionsbereitschaft bis weit in das Jahr 2008 hinein dämpfen.[3] Auch sinkt die Möglichkeit für Unternehmen, Anleihen auszugeben. Alles in allem expandieren die Investitionen in Ausrüstungen und Wirtschaftsbauten im Jahr 2008 weniger als halb so stark wie im Jahr zuvor. Die sonstigen Anlagen behalten allerdings wegen eines kontinuierlich steigenden Bedarfs an Softwareprodukten ein immer noch vergleichsweise hohes Expansionstempo bei.

Im Jahr 2009 wird die Investitionsnachfrage der Unternehmen wieder leicht anziehen. Die Absatzerwartungen im In- und Ausland verbessern sich und die Kreditkonditionen lockern sich wieder etwas. Die Lohnstückkosten nehmen zwar nochmals zu; ihr moderater Anstieg dürfte die Gewinnaussichten aber nur wenig dämpfen.

Differenzierte Entwicklung der Bauinvestitionen

Nach einer länger anhaltenden Talfahrt sind die Bauinvestitionen nun bereits das zweite Jahr in Folge gestiegen. Anders als im Jahr 2006, als alle Bausparten am Aufschwung teilhaben konnten, kam der Impuls im Jahr 2007 nur noch aus der Errichtung von gewerblichen und öffentlichen Bauten. Ausschlaggebend war die allgemeine konjunkturelle Besserung.

Die Wohnungsbauinvestitionen haben im Verlauf des Jahres 2007 einen Rückschlag erhalten. Die dafür verantwortlichen Nachfrageausfälle wegen der Mehrwertsteuererhöhung und wegen des Wegfalls der Eigenheimzulage werden bis in die Mitte des Jahres 2008 nachwirken. Allerdings zeichnen sich bislang keine Probleme bei der Immobilienfinanzierung wie in anderen Ländern Europas und in den USA ab. Dies stützt die Prognose, daß im späteren Verlauf des Jahres 2008 und 2009 die Erholung am Arbeitsmarkt mit einer größeren Arbeitsplatzsicherheit und gestiegenen Einkommenserwartungen in einer wieder allmählich steigenden Wohnungsbaunachfrage zum Tragen kommt. Dies dürfte vor allem den Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen im Wohnungsbestand Impulse verleihen. Wegen der weiter steigenden Energiepreise und gestützt durch staatliche Förderung sind im Prognosezeitraum vor allem verstärkt Baumaßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz zu erwarten. Auch der Neubau von Eigenheimen und der Geschoßwohnungsbau werden sich – wenn auch allmählich und insbesondere in Regionen mit Zuzügen – beleben. Den negativen Folgen von Seiten der demographischen Entwicklung wirken dabei hohe Qualitätsansprüche, die noch zunehmende Haushaltszahl und der steigende Flächenbedarf entgegen.

Die öffentlichen Bauinvestitionen werden im Jahr 2008 nochmals zunehmen, wenn auch nicht so kräftig wie im Jahr zuvor. Verantwortlich sind die weniger stark steigenden Einnahmen der öffentlichen Haushalte. Die zusätzlichen Investitionsausgaben werden vor allem dem Aus- und Neubau von Kindertagesstätten zugute kommen. Bei den laufenden Investitionsvorhaben spielen vor allem der Verkehrswegebau und die energetische Sanierung öffentlicher Bauten eine große Rolle.

Alles in allem nehmen die Bauinvestitionen im Jahr 2008 mit 0,3% nur noch wenig zu. Im Verlauf des Jahres ist allerdings eine Aufwärtsbewegung angelegt.

Konsumdynamik bleibt hinter Erwartungen zurück

Zu Beginn des Jahres 2007 war der private Konsum – sowohl aufgrund der in das Jahr 2006 vorgezogenen Anschaffungen als auch durch den Kaufkraftentzug der Mehrwertsteuererhöhung – regelrecht eingebrochen. Im späteren Verlauf des Jahres wurde allerdings das Verbrauchsniveau vom Vorjahr wieder erreicht. Dies gilt jedoch nicht für die Käufe von neuen PKW, denn bei diesen hochwertigen Konsumgütern waren die Vorzieheffekte besonders ausgeprägt. Inzwischen wird der Rückgang der PKW-Neuanschaffungen durch den Konsumzuwachs in anderen Segmenten fast ausgeglichen.

Gestützt wurden die Konsumkäufe durch die Zunahme der verfügbaren Einkommen, welche den Preisanstieg infolge der Mehrwertsteuererhöhung und die Verteuerung aufgrund der Energiepreise überwog. Die Bruttolöhne und -gehälter haben auf-

[3] Nach dem Bank Lending Survey vom Oktober 2007 werden sich die Kreditrichtlinien (credit standards) an Unternehmen in Deutschland in den nächsten Monaten etwas verschärfen. Dies trifft in besonderem Maß auf Großunternehmen und langfristige Kredite zu.

grund der allgemeinen Tariferhöhungen und Einmalzahlungen in einigen Branchen, der damit verbundenen Effektivlohnzuwächse, aber auch wegen des Beschäftigungsaufbaus nominal mit 3% zugenommen. Da zudem der kumulierte Sozialversicherungsbeitragssatz gesenkt worden ist, stiegen die Nettolöhne und -gehälter um 2,5%. Besonders stark haben sich die Einkommen der Selbständigen und das Vermögenseinkommen erhöht. Die monetären Sozialleistungen sind hingegen zurückgegangen – vor allem aufgrund der günstigen Entwicklung am Arbeitsmarkt. Auch wurden die Renten nur geringfügig angehoben.

Der private Konsum wird sich im Jahr 2008 beleben. Allerdings bleibt der Anstieg hinter den bisherigen Erwartungen zurück, was vor allem an der schwächer als bisher angenommenen Entwicklung der verfügbaren Realeinkommen liegt. Die Verbraucherpreise bewegen sich auf einem hohen Niveau und die Verdienste steigen nominal nur in einigen Branchen deutlich.

Die Einkommensentwicklung verläuft höchst uneinheitlich zwischen den privaten Haushalten. Damit haben nicht alle Haushalte die gleichen Möglichkeiten, ihre Konsumausgaben zu erhöhen.

Facharbeiter, Spezialisten und Führungskräfte dürften aufgrund von Verknappungstendenzen hohe Einkommenszuwächse erfahren. Auch die Gewinnentnahmen der Selbständigen steigen überproportional.

In einigen Branchen wie der Metallindustrie, die vom Aufschwung profitiert haben, wurden Tarifvereinbarungen getroffen, die eine relativ starke Einkommenssteigerung bis ins Jahr 2008 gewährleisten. In anderen Wirtschaftszweigen hingegen sind bislang weder neue Tarifverträge abgeschlossen, noch Tarifverhandlungen überhaupt begonnen worden, so daß hier für viele Beschäftigte ein realer Einkommensverlust zu erwarten ist.

Die Transferbezieher werden hingegen im kommenden Jahr im allgemeinen eine geringere Leistung in realer Rechnung beziehen, denn die meisten Sozialleistungssätze wie das Arbeitslosengeld II oder das Kindergeld werden nominal nur wenig oder gar nicht erhöht. Auch die Rentenzahlung wird durchschnittlich um weniger als die Teuerung zunehmen. Diese Art von Einkommen empfangen mehr als 30% der Bevölkerung in Deutschland. Die monetären Sozialleistungen insgesamt steigen lediglich um 0,4% in nominaler Rechnung. In dieser Bevölkerungsgruppe befinden sich häufig Haushalte mit einem geringen Einkommen, die eine hohe Konsum- und eine niedrige Sparquote haben. Aufgrund dessen sind die Spielräume gering, den realen Einkommensverlust durch eine Verringerung der Sparquote auszugleichen. Daher werden von dieser Bevölkerungsgruppe kaum Impulse auf den privaten Konsum im Jahr 2008 ausgehen. Die Steigerungen im privaten Konsum kommen vorrangig von dem Teil der Bevölkerung, der an dem derzeitigen konjunkturellen Aufschwung partizipiert.

Tabelle 5:
Verfügbare Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte[a] in Deutschland
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -

	2006	2007	2008
Verfügbare Einkommen, nominal	1,9	1,9	3,2
darunter:			
Nettolöhne und -gehälter (Summe)	0,4	2,5	1,6
Monetäre Sozialleistungen	-0,2	-1,9	0,4
Selbständigen-, Vermögenseink.	6,6	5,0	5,8
Sparen	1,4	5,7	3,7
Private Konsumausgaben, nominal	2,3	1,6	3,2
Nachrichtlich: Bruttolöhne und -gehälter (Summe)	1,5	3,0	1,9
Sparquote (in %)	10,5	10,8	10,9
Preisindex des privaten Konsums	1,4	1,8	1,8
Private Konsumausgaben, real	1,0	-0,2	1,3

[a] Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

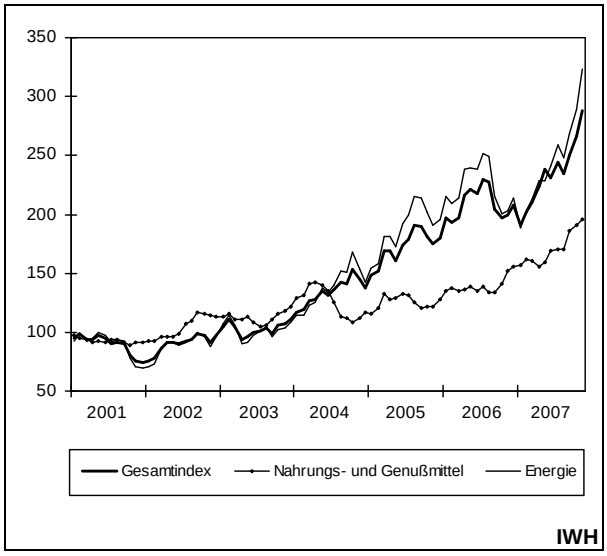
Quellen: Statistisches Bundesamt; 2007: Schätzung, 2008: Prognose des IWH.

Die Bruttolöhne und -gehälter werden im Jahr 2009 ähnlich zunehmen wie im Jahr zuvor. Da aber keine weiteren Senkungen der Abgabenbelastung zu erwarten sind, werden die Nettolöhne und -gehälter im Jahr 2009 langsamer steigen als im Vorjahr und auch die Transferleistungen insgesamt nehmen nur wenig zu. Der Zuwachs der verfügbaren Einkommen wird sich daher etwas abschwächen.

Anziehende Inflation vorübergehend

Die Verbraucherpreise stiegen im Jahr 2007 jahresdurchschnittlich um knapp 2,2%. Dabei hat die Dynamik im Jahresverlauf deutlich zugenommen; im November lag die Inflationsrate bei 3,0%. Obgleich sich die Teuerung zuletzt auf nahezu alle Gütergruppen bezog, ist sie in diesem Jahr vom spürbaren Anstieg der Energiepreise und, seit Jahresmitte, der Weltmarktpreise für Nahrungsmittel geprägt worden. Die Kerninflationsrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) blieb das gesamte Jahr im Vorjahresvergleich zwar unter 2%, die Preisdynamik zog aber auch hier im Herbst leicht an.

Abbildung 3:
Weltmarktpreise für Rohstoffe (US-Dollar-Basis)
- Index, 2000 = 100 -



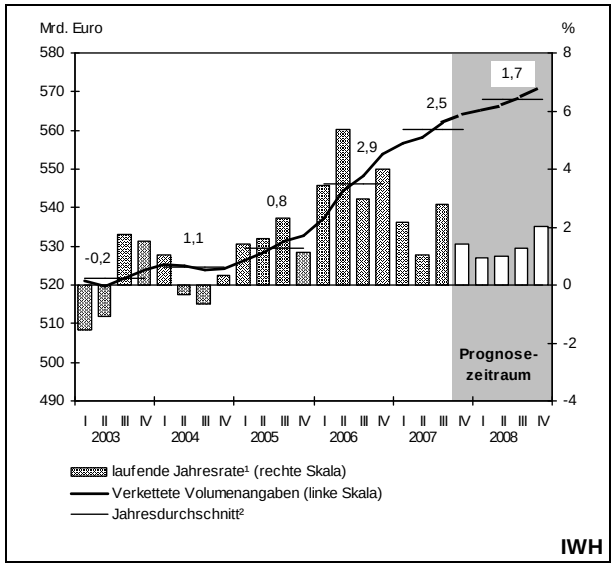
Quellen: HWWI; Darstellung des IWH.

Für den Prognosezeitraum ist mit einer Beruhigung des Preisklimas zu rechnen. Von konjunktureller Seite geht zwar vorübergehend vom Anziehen der Lohnstückkosten ein Druck auf die Erzeugerpreise aus. Dem gegenüber steht aber das Abschmelzen der Produktionslücke und damit der von den Unternehmen erwarteten Preissetzungsspielräume. Auch die Zuwachsraten der deutschen Kredit- und Geldmengenkomponenten deuten auf keinen anhaltend starken Preisauftrieb. Vor diesem Hintergrund wird es zunächst bis weit in das Jahr 2008 hinein bei Inflationsraten von merklich über 2% bleiben; sie werden erst zum Herbst 2008 deutlich gesunken sein. Der Anstieg der Verbraucherpreise wird in der ersten Jahreshälfte aufgrund von Basiseffekten weiterhin vor allem die Bereiche Energie und Nahrungsmittel betreffen. Mit dem angenommenen Ende des Anstiegs der Rohölpreise sowie einer im Frühjahr einsetzenden Beruhigung an den Agrarmärkten werden dann auch die Verbraucherpreise insgesamt weniger stark steigen. Alles in allem wird die Inflationsrate im Durchschnitt des Jahres 2008 noch bei 2,3% liegen, im Jahr 2009 aber nur noch etwa 1,8% betragen.

Produktion verliert vorübergehend an Schwung

Die Dynamik der gesamtwirtschaftlichen Aktivität hat sich im vierten Quartal des Jahres 2007 nach einem deutlichen Anstieg in den Monaten Juli bis September wieder abgeschwächt. Im Verlauf des Jahres nahm damit das Bruttoinlandsprodukt nur um 1,8% zu.[4] Gebremst hat insbesondere der Rückgang der privaten Konsumnachfrage im Jahresverlauf um 0,5%, in dem vor allem die Anhebung der Mehrwertsteuer ihre tiefen Spuren hinterlassen hat. Im Jahresdurchschnitt stieg das Bruttoinlandsprodukt um 2,5%.

Abbildung 4:
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
- Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



[1] Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet. – [2] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; ab 4. Quartal 2007: Prognose des IWH.

Trotz der schwachen Konsumausgaben der privaten Haushalte kamen die Impulse für die Produktion vorrangig aus dem Inland, und dort von den Investitionen der Unternehmen und des Staates. Die treibenden Kräfte des Aufschwungs richteten sich vor allem auf die Industrie. Besonders die Produktion von Investitionsgütern expandierte kräftig. Dies steht auch im Zusammenhang damit, daß Käufe infolge der zu Beginn des Jahres 2008 verschlechterten Abschreibungsbedingungen vorgezogen wurden. Die Zunahme der Produktion von Investitionsgütern kurbelte auch die Erzeugung von Vorleistungsgütern an. Hingegen ging die Erzeugung von Gebrauchsgütern etwas zurück. Dies ist auch der kräftigen Preissteigerung bei vielen Gütergruppen geschuldet. Das Baugewerbe konnte im vierten Quartal seine Produktion leicht ausdehnen. Die Wertschöpfung im Handel nahm infolge

[4] Die Verlaufsrate ist hier eine Meßgröße für den Zuwachs des saison- und kalendertäglich bereinigten Werts des Bruttoinlandsprodukts zwischen den 4. Quartalen 2006 und 2007.

der Konsumschwäche nur wenig zu. Dies betraf auch die Nachfrage der privaten Haushalte nach Dienstleistungen.

Im Jahr 2008 verringert sich die Dynamik der gesamtwirtschaftlichen Produktion infolge der nachlassenden Weltkonjunktur sowie der Verschärfung der Finanzierungsbedingungen zunächst etwas. Hinzu kommt, daß ein Teil der Erzeugung von Investitionsgütern in das Jahr 2007 vorgezogen wurde. Die insgesamt schwächere Expansion der Produktion in der Industrie führt auch bei unternehmensnahen Dienstleistern und im Bereich Verkehr und Nachrichtenvermittlung zu geringeren Zuwächsen an Wertschöpfung. Nach Überwindung der konjunkturellen Delle wird sich der Produktionsanstieg verstärken, so daß das Bruttoinlandsprodukt im Jahresverlauf um 1,3% steigen wird. Dank der größeren Zahl an Arbeitstagen erhöht es sich im Jahr 2008 allerdings um 1,7%. Im darauffolgenden Jahr setzt sich der Aufschwung im Zuge der Belebung der Nachfrage aus dem Inland nach Konsum- und Investitionsgütern und aus dem Ausland fort. Das Bruttoinlandsprodukt steigt dann um 2%.

Beschäftigungsaufbau setzt sich abgeschwächt fort

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich im Jahr 2007 infolge der kräftigen Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktion und begünstigt durch die moderate Lohnentwicklung in den vergangenen Jahren weiter gebessert. Die Erwerbstätigkeit nahm um 661 000 Personen bzw. 1,7% gegenüber dem Vorjahr zu. Positiv auf die Entwicklung der Beschäftigung wirkte sich auch die Senkung der Lohnnebenkosten aus.[5]

Zum überwiegenden Teil resultierte der Beschäftigungsaufbau aus weiteren Einstellungen von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, deren Zahl den Vorjahresstand um ca. 568 000 Personen bzw. 2,2% überstieg. Die in den vergangenen Jahren erfolgte Verdrängung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen durch „atypische“ Beschäftigungsverhältnisse wie beispielsweise Mini-Jobs ist damit vorerst zum Stillstand gekommen. Dafür spricht auch, daß etwa die Hälfte des Zuwachses an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen Vollzeitstellen sind.[6] Trotz des kräftigen Anstiegs liegt die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aber noch deutlich unter dem Höchststand im vergangenen konjunkturellen Zyklus in den Jahren 2000/2001.

Beschäftigung wurde – mit Ausnahme des Kredit- und Versicherungsgewerbes sowie des öffent-

Tabelle 6:
Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in Deutschland 2006 und 2007

	2006	2007	Veränderung
	1 000 Personen		
Arbeitnehmer (Inland)	34 696	35 300	604
SV-pflichtig Beschäftigte	26 366	26 934	568
Geförderte[a]	175	199	24
Nicht geförderte	26 191	26 735	544
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4 819	4 840	21
1-Euro-Job (Variante: Mehr-aufwandsentschädigung)	306	301	-5
Sonstige	3 204	3 225	21
Selbständige einschließlich mithelfende Familienangehörige	4 392	4 445	53
Geförderte Selbständige	300	237	-63
Ich-AG	210	123	-87
Überbrückungsgeld	63	3	-60
Einstiegsgeld (Variante: Selbständigkeit)	19	20	1
Gründungszuschuß	8	91	83
Nicht geförderte Selbständige	4 092	4 208	116
Erwerbstätige (Inland)	39 088	39 749	661
Darunter:			
Geförderte Erwerbstätige	781	736	-45
Nachrichtlich:	Mio. Stunden		
Arbeitsvolumen	56 001	56 719	718

[a] Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen; Arbeitnehmer mit Eingliederungszuschüssen, Einstellungszuschüssen bei Vertretung, Einstellungszuschüssen bei Neugründung, Arbeitsentgeltzuschuß bei beruflicher Weiterbildung; Einstiegsgeld für abhängig Beschäftigte; 1-Euro-Job (Entgeltvariante).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH; 2007: Schätzung des IWH.

[5] Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung wurde zwar deutlich reduziert, zur gleichen Zeit wurden die Beitragssätze zur Renten- und zur Krankenversicherung jedoch erhöht.

[6] Vgl. hierzu BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT: Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland – November 2007. Nürnberg. Die zur Zeit aktuellsten veröffentlichten Angaben zu den voll- bzw. teilzeitbeschäftigten SV-pflichtigen liegen für Ende März des Jahres 2007 vor. Danach betrug der Zuwachs an SV-pflichtig Beschäftigten gegenüber dem Vorjahresstichtag ca. 666 000 Personen, von denen 65% Vollzeitstellen waren. Vgl. BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT: Arbeitmarkt in Zahlen, Beschäftigte Ende März 2007 in Deutschland. Nürnberg 2007.

Tabelle 7:
Eckdaten des Arbeitsmarkts in Deutschland
- Jahresdurchschnitt in 1 000 Personen -

	Deutschland			Westdeutschland (mit Berlin)			Ostdeutschland (ohne Berlin)		
	2006	2007	2008	2006	2007	2008	2006	2007	2008
Erwerbstätige (Inland)	39 088	39 749	39 951	33 452	34 009	34 181	5 636	5 740	5 770
darunter:									
ABM-Beschäftigte[a]	52	43	40	17	18	22	35	25	18
Zusatzjobs	324	320	270	202	204	175	122	116	95
Berufliche Vollzeitweiterbildung	101	105	105	73	75	77	28	30	28
Vorruheständler[b]	256	230	230	185	165	172	71	65	58
Arbeitslose[c]	4 487	3 794	3 548	3 300	2 760	2 598	1 187	1 034	950
Arbeitslosenquote[d] (in %)	10,3	8,7	8,2	9,0	7,5	7,1	17,4	15,3	14,1

[a] Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungs- und traditionellen Strukturanpassungsmaßnahmen und Beschäftigungsschaffenden Infrastrukturmaßnahmen. – [b] Einschließlich der Arbeitslosen nach § 428 SGB III. – [c] Nationale Definition. Einschließlich aller Arbeitslosen in den optierenden Gemeinden. – [d] Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen (Inland).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Rechenstand: August 2007); Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH; 2007: Schätzung, 2008: Prognose des IWH.

lichen Sektors – in allen Branchen aufgebaut. Besonders starke Zuwächse gab es bei den wirtschaftsnahen Dienstleistern und hier – nach Einschätzung der Bundesagentur für Arbeit – vor allem im Bereich der Zeitarbeit.[7]

Einige Personengruppen, deren Arbeitsmarktchancen oftmals ungünstig sind, partizipieren von der Besserung der Arbeitsmarktlage überproportional. So war die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die 55 Jahre und älter sind, Ende März des Jahres 2007 – neuere Daten liegen nicht vor – um 8,4% höher als im Jahr zuvor.[8] Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt stieg hingegen nur um 2,6%. Auch die Zahl der Arbeitnehmer unter 25 Jahren nahm mit 3,4% überproportional zu. Die Beschäftigungssituation von Personen ohne Berufsausbildung hat sich hingegen nicht verbessert.

Die Zahl der Mini-Jobs hat gegenüber dem Vorjahr geringfügig zugenommen. Die Erhöhung der vom Arbeitgeber zu entrichtenden Pauschalbeiträge für Steuern und Sozialabgaben Mitte vergangenen Jahres hatte zwar diese Beschäftigungsform weniger attraktiv gemacht. Die Nachfrage nach Mini-Jobbern blieb jedoch nahezu unverändert, da diese bei konjunkturbedingten Auftragsspitzen flexibel besetzt werden können.

Durch arbeitsmarktpolitische Instrumente wurden erheblich weniger Personen gefördert als in den Jahren zuvor. So nahm die Zahl der geförderten Selbständigen im Jahr 2007 um 63 000 Personen gegenüber dem Vorjahr ab. Dies ist maßgeblich dadurch bedingt, daß die Förderinstrumente Ich-AG und Überbrückungsgeld eingestellt und durch den Gründungszuschuß ersetzt wurden. Die Förderdauer für Personen, die einen Gründungszuschuß in Anspruch nehmen, ist deutlich niedriger als im Fall einer Ich-AG. Auch die Zahl der Zusatzjobs (1-Euro-Jobs) nahm leicht ab. Im Jahr 2007 wurden insgesamt 45 000 Beschäftigungsverhältnisse weniger gefördert als im Jahr zuvor.

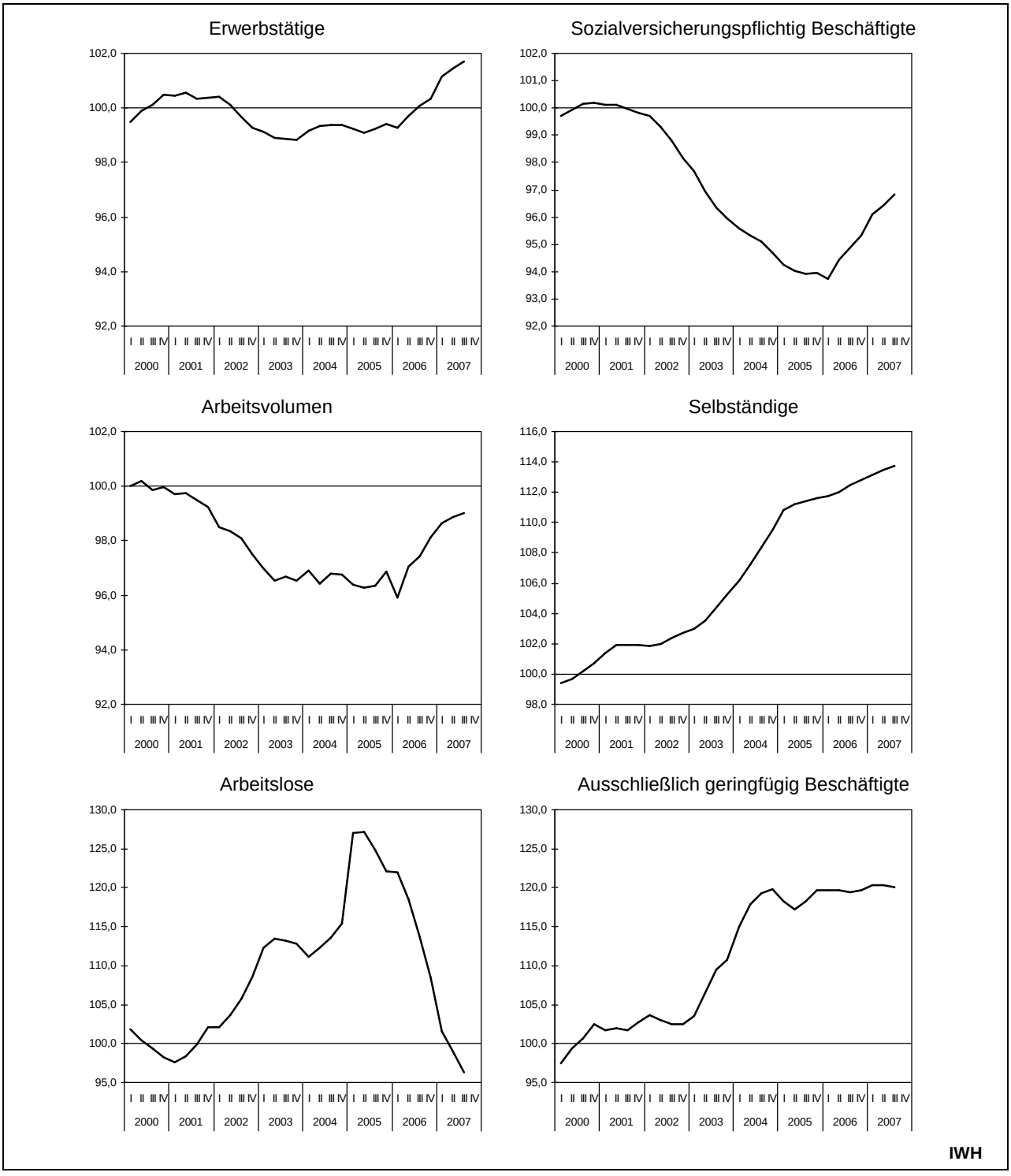
Die registrierte Arbeitslosigkeit nahm im Jahr 2007 um 693 000 Personen ab. Dies ist in erster Linie auf die Besserung der Beschäftigungssituation zurückzuführen. Auch der Rückgang des Arbeitsangebots hat Einfluß auf den – gemessen am Beschäftigungsaufbau – überproportionalen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Im Jahresdurchschnitt ist das Arbeitsangebot nach Schätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung um 73 000 Personen gesunken.[9]

[7] Vgl. hierzu: BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT: Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland – November 2007. Nürnberg.

[8] Vgl. BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT: Arbeitmarkt in Zahlen, Beschäftigte Ende März 2007 in Deutschland. Nürnberg 2007.

[9] BACH, H.-U.; GARTNER, H.; KLINGER, S.; ROTHE, T.; SPITZNAGEL, E.: Arbeitsmarkt 2007/2008: Ein robuster Aufschwung mit freundlichem Gesicht, in: IAB-Kurzbericht, Nr. 15/2007, S.7.

Abbildung 5:
Arbeitsmarktentwicklung in Deutschland[a]
- Saisonbereinigte Werte; Jahresdurchschnitt 2000 = 100 -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Ein weiteres Indiz für die Besserung auf dem Arbeitsmarkt ist die Entwicklung der Zahl der offenen Stellen. Im dritten Quartal dieses Jahres – neue Daten liegen nicht vor – betrug deren Zahl 1,25 Mio.[10] Das waren ca. 70 000 Stellen mehr als im Vorjahreszeitraum.

[10] Presseinformationen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg vom 14. November 2007. Im

Im Jahr 2008 wird sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt infolge des schwächeren Produktionswachstums und bei steigenden Arbeitskosten infolge höherer Lohnzahlungen nur noch leicht bessern. Zwar werden die Lohnnebenkosten durch die Absenkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung zu Beginn des Jahres 2008 verringert.[11] Insgesamt ist aber mit einer Steigerung des Stundenlohns von 2,2% zu rechnen, die in etwa beschäftigungsneutral sein dürfte.

Insgesamt wird die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt um ca. 200 000 Personen gegenüber dem Vorjahr zunehmen, wobei der überwiegende Teil auf sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse entfallen wird. Die Zahl der staatlich subventionierten Jobs dürfte aus den gleichen Gründen wie in diesem Jahr weiter abnehmen.

Die registrierte Arbeitslosigkeit wird im Jahr 2008 um ca. 215 000 sinken. Alles in allem wird sich in der zweiten Jahreshälfte infolge der dann wieder kräftigeren konjunkturellen Entwicklung die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter bessern.

Konjunkturelle Entspannung der öffentlichen Finanzen

Die Lage der öffentlichen Haushalte stellt sich zur Zeit entspannt dar. Dies liegt vor allem an den bis zuletzt kräftig gestiegenen Steuereinnahmen. Insbesondere die gewinnabhängigen Steuern nahmen nun das dritte Jahr in Folge deutlich zu. Die indirekten Steuern haben – auch wegen der Erhöhungen des Regelsatzes der Mehrwertsteuer sowie der Versicherungsteuer im Jahr 2007 – ebenfalls merklich zugelegt und die Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt schlug sich in der Entwicklung der Lohnsteuer nieder.

Dieses Bild wird sich im Prognosezeitraum grundlegend ändern. Zwar wird die Lohnsteuer mit der hier vorhergesagten weiteren Expansion der Beschäftigung auch im Prognosezeitraum zunehmen. Die indirekten Steuern werden aber nicht mehr von Steuerrechtsänderungen dominiert und legen nunmehr lediglich mit der Nachfrage zu. Vor allem aber werden die gewinnabhängigen Steuereinnahmen nur noch wenig, um 0,9% zunehmen. Grund hierfür ist zum einen die Unternehmensteuerreform, die zum 1. Januar 2008 in Kraft tritt. Zum anderen sind weitere Zuwächse der gewinnabhängigen Steuern in gleicher Größenordnung wie zuvor unwahrscheinlich und selbst das erreichte, hohe Niveau wird auf Dauer kaum zu halten sein.[12]

Die Einnahmen aus Sozialbeiträgen sanken im Jahr 2007 und werden im kommenden Jahr nahezu stagnieren. Bei im Zeitablauf zunehmender Zahl von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten begründet sich diese verhaltene Entwicklung in der Reduktion des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 2,3 Prozentpunkte im Jahr 2007 und nochmalig um 0,9 Prozentpunkte zum 1. Januar 2008. Diese Senkungen überwiegen die Erhöhungen der Beitragssätze zur Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung.

Alles in allem werden die Einnahmen des Staates im Jahr 2008 insgesamt um 1,2% zulegen, nach 4,3% im Jahr 2007. Im Jahr 2009 werden sie um 2,7% steigen.

Auf der Ausgabenseite zeigen einige Positionen eine deutlich höhere Dynamik als in den Jahren zuvor. So nehmen beispielsweise die Ausgaben für Vorleistungskäufe merklich zu. Im Jahr 2007 war dies größtenteils Ausdruck der höheren Mehrwertsteuerbelastung.[13] Der auch weiterhin deutliche Anstieg scheint ein Indiz dafür, daß der Ausgabenkurs sich gelockert hat. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Sozialen Sachleistungen. Auch hier ist das Jahr 2007 durch die Mehrwertsteuererhöhung überzeichnet; die auch weiterhin deutliche Zunahme der Ausgaben in diesem Bereich legt jedoch vor allem nahe, daß den vielfältigen Maßnahmen zur Dämpfung der Gesundheitskosten nur ein geringer Erfolg beschieden war. Nach Jahren einer ausgesprochen schwachen Entwicklung nehmen die Arbeitnehmerentgelte seit dem Jahr 2007 wieder zu. Dahinter verbirgt sich

Unterschied zu den bei den Arbeitsagenturen gemeldeten Stellen werden bei der vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg neuerdings einmal im Quartal durchgeführten Befragung von rund 8 000 Betrieben und Verwaltungen alle offenen Stellen erfaßt.

[11] Dies wird allerdings teilweise kompensiert durch die für Mitte 2008 vorgesehene Erhöhung der Beitragssätze zur Pflegeversicherung.

[12] Dies liegt daran, daß Veranlagungssteuern nicht in der Periode gezahlt werden, in der sie entstehen. Bei diesen Steuern gibt es eine Lag-Struktur, die dazu führt, daß Steuereinnahmen erst Jahre später zu Einnahmen führen. Dieser zeitliche Zusammenhang ist zudem nicht konstant.

[13] Der Staat an sich ist nicht mehrwertsteuerpflichtig, damit aber auch nicht vorsteuerabzugsberechtigt. Daher lastet auf seinen Vorleistungskäufen, aber auch auf seinen Investitionsausgaben – also seiner Endnachfrage –, die volle Mehrwertsteuer. Darüber hinaus ist bei Gütern, deren Abnehmer vorrangig der Staat ist, davon auszugehen, daß die Marktkonstellation nicht durch vollständigen Wettbewerb gekennzeichnet ist. In einer solchen Situation können in der Regel höhere Anteile der Steuer auf den Endnachfrager, also den Staat, überwälzt werden.

Tabelle 8:
Änderung von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen[1,2]
- Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (-) in Mrd. Euro gegenüber 2006 -

	2007	2008	2009
Abgaben	**18,1**	**10,0**	**16,3**
Anhebung des Regelsatzes der Umsatzsteuer von 16 auf 19%[3]	22,5	24,6	26,5
Erhöhung des Regelsatzes der Versicherungsteuer von 16 auf 19%	1,7	1,7	1,8
Reform der Unternehmensbesteuerung 2008	-	-6,6	-7,1
Befristete Anhebung der degressiven Abschreibung für bewegliche Anlagegüter	-2,7	-3,8	-1,9
Erweiterte Absetzbarkeit von haushaltsnahen Renovierungs-, Erhaltungs- und Modernisierungsaufwendungen in Privathaushalten	-0,8	-0,8	-0,8
Absetzbarkeit von erwerbsbedingten Kinderbetreuungskosten sowie erwerbsbedingten Pflege- und Betreuungskosten	-0,4	-0,4	-0,4
Beschränkung der Verlustverrechnung von Steuerstundungsmodellen	1,1	1,6	1,6
Einstieg in ein steuerliches Sofortprogramm	0,6	1,0	1,1
Streichung der Pendlerpauschale für die ersten 20 km	1,3	2,5	2,5
Reduzierung des Sparerfreibetrags von 1 370 (2 740 für Verheiratete) auf 750/1 500 Euro	0,6	0,8	0,8
Einführung einer Biokraftstoffquote	1,1	0,9	1,4
Weitere Steuerrechtsänderungen[4]	2,0	3,6	5,1
Reduktion des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 2,3 Prozentpunkte zum 1.1.2007 und um weitere 0,9 Prozentpunkte zum 1.1.2008	-17,7	-25,6	-26,4
Anhebung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung[5] um 0,4 Prozentpunkte zum 1.1.2007	3,1	3,2	3,3
Erhöhung des durchschn. Krankenkassenbeitragssatzes[5] im Jahr 2007 um 0,6 Prozentpunkte[4]	5,6	5,9	6,2
Anhebung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung[5] um 0,25 Prozentpunkte zum 1.7.2008	-	1,2	2,5
Begrenzung der Sozialbeitragsfreiheit für Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschläge und Erhöhung der Pauschalabgabe für geringfügig Beschäftigte im gewerblichen Bereich	0,3	0,3	0,3
Ausgaben	**1,5**	**-3,7**	**-6,0**
Abschaffung der Eigenheimzulage	1,3	2,0	2,7
Subventionen und Finanzhilfen[6]	-	-0,4	-0,7
Aufstockung sozialer Leistungen[7]	-1,0	-2,9	-2,9
Erhöhung der BAFöG-Sätze	-	-0,0	-0,3
Änderungen der Anspruchsvoraussetzungen beim ALG II für 18 bis 25-Jährige	0,4	0,4	0,4
Aufstockung der Forschungsausgaben	-0,5	-1,5	-2,0
Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur und die Betreuungsinfrastruktur („Krippenplätze“)	-0,5	-1,5	-2,0
Zusätzliche Betriebsausgaben bei der Kinderbetreuung	-	-0,0	-0,1
Aufstockung der Entwicklungshilfe	-	-0,8	-0,8
Verbesserung der Wirtschaftlichkeit in der Arzneimittelversorgung	-	-1,0	-1,0
GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz	1,4	1,8	2,2
Aufstockung der Leistungen der Pflegeversicherung	-	-0,5	-1,0
Einführung einer Euro-Gebührenordnung für Ärzte zum 1.1.2009	-	-	-1,0
Insgesamt	**19,7**	**6,1**	**10,3**

[1] Ohne makroökonomische Rückwirkungen. – [2] Ohne Berücksichtigung der finanziellen Auswirkungen von Maßnahmen, die schon früher in Kraft getreten sind, wie z. B. die Kürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld, die Verringerung der Eigenheimzulage, die Wirkung des Altersvorsorgeanteils (Riester-Treppe) und des Nachhaltigkeitsfaktors bei der Rentenversicherung sowie ohne Berücksichtigung progressionsbedingter Mehreinnahmen. – [3] Entstehungsmäßig; in finanzstatistischer Abgrenzung beläuft sich das Mehraufkommen im Jahr 2007 auf 19,4 Mrd. Euro. – [4] Beispielsweise Eindämmung mißbräuchlicher Steuergestaltungsmöglichkeiten bei der Umsatzsteuer, sogenannte Reichensteuer, Einschränkung der Absetzbarkeit der Aufwendungen für das häusliche Arbeitszimmer, Neuregelung der Besteuerung von Energieerzeugnissen und Änderung der Stromsteuer, Erhöhung der Vorsteuerpauschale für land- und forstwirtschaftliche Umsätze u. a. – [5] Nach Abzug der Mehrausgaben des Staates für Beiträge von Empfängern sozialer Leistungen an den jeweiligen Sozialversicherungszweig. – [6] Kürzung von Subventionen, einmalige Anhebung der Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsförderung im Jahr 2008, Förderprogramm für Klimaschutz und Energieeffizienz. – [7] Anhebung des Arbeitslosengelds II in den Neuen Bundesländern auf Westniveau, Einführung eines einkommensabhängigen Elterngelds – saldiert mit Erziehungsgeld, Erhöhung der Ausbildungsbeihilfen und Einführung von Eingliederungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose sowie für ältere Menschen.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

allerdings nicht nur eine Erhöhung der Entgelte – im Jahr 2007 vor allem in Form von Einmalzahlungen –; Länder und Kommunen planen auch wieder eine Ausweitung des Personalbestands. Die monetären Sozialleistungen hingegen entwickeln sich über den Prognosezeitraum eher verhalten. Im Jahr 2007 san-

ken sie um 1,7%, was vor allem dem Rückgang der Zahl der Arbeitslosen zu verdanken war. Die Leistungen der Rentenversicherung entwickelten sich außerdem moderat, denn erst zur Jahresmitte gab es eine Rentenerhöhung von 0,54%. Die mit der Einführung des Elterngelds verbundenen Mehrausgaben wirkten dem Rückgang der geldlichen Sozialleistungen allerdings entgegen. Im kommenden Jahr werden die monetären Sozialleistungen geringfügig, um 0,3%, zunehmen. Dies begründet sich vor allem in den Ausgaben für Arbeitslosigkeit, die trotz einer weiter sinkenden Zahl von Personen steigen werden. Dies liegt an einer Lockerung des Ausgabenkurses. So wird die Bezugsdauer von ALG für ältere Arbeitslose wieder verlängert. Auch die Ausgaben der Rentenversicherung tragen zu dem Anstieg bei, denn die Renten werden zur Jahresmitte abermals erhöht, um 1,0% pro Kopf.

Erfreulich erscheint auf den ersten Blick die Entwicklung der Investitionsausgaben; hier scheint der negative Trend der vergangenen Jahre endlich umgekehrt worden zu sein. Die Ausgaben für staatliche Investitionen haben im Jahr 2007 um 10% zugelegt. Allerdings ist das Jahr 2007 von zwei Sonderfaktoren geprägt. Zum einen ermöglichte der milde Winter zu Beginn des Jahres eine hohe Bauproduktion, zum anderen trifft die Anhebung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer die öffentlichen Investitionen in voller Höhe, denn wie bei privaten Investitionen stellt die Steuer auch hier eine endgültige Belastung dar. Im kommenden Jahr werden die Investitionsausgaben dann noch mit 3,2% zulegen. Dies kann als Bestätigung dafür aufgefaßt werden, daß der negative Trend der Vorjahre durchbrochen ist. Allerdings ist diese, gemessen am Nachholbedarf nach wie vor geringe Zunahme bereits durch den Ausbau der Krippenplätze bis zum Jahr 2013, der vor allem in der Anfangsphase zusätzliche Investitionen bewirken wird, mitbestimmt.

Alles in allem werden die Ausgaben im Jahr 2008 um 1,5% und im Jahr 2009 um 1,3% zunehmen. Bereits im laufenden Jahr liegen sie mit einem Anstieg von 0,8% deutlich über dem restriktiven Ausgabenkurs der vergangenen Jahre.

Im Jahr 2007 ist der öffentliche Gesamthaushalt nahezu ausgeglichen, in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt liegt das Defizit bei 0%. Im kommenden Jahr führen der gelockerte Ausgabenkurs sowie die Reduktion des Beitragssatzes in der Arbeitslosenversicherung, aber auch die Unternehmensteuerreform erneut zu einem Defizit; die Quote liegt bei 0,2%. Unter der Annahme, daß keine weiteren Vergünstigungen beschlossen werden, wird sich im Jahr 2009 dank der wieder anziehenden Konjunktur ein Überschuß ergeben; in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt liegt er bei 0,4%.

Zur Wirtschaftspolitik

Arbeitsmarktpolitik

Knappheiten am Arbeitsmarkt lassen höhere Tarifabschlüsse erwarten

Der wirtschaftliche Aufschwung ging mit einem kräftigen Beschäftigungsaufbau einher. Unterstützt wurde er von der Lohnzurückhaltung, die in der Schwächephase der wirtschaftlichen Entwicklung nach dem Jahr 2000 durch die Tarifparteien geübt wurde. Die moderate Lohnentwicklung hat zwar den Aufschwung nicht verursacht, aber doch wesentlich dazu beigetragen, daß die Auftriebskräfte bald auf den Arbeitsmarkt übergegriffen haben. Auslöser des Aufschwungs in Deutschland war letztlich in dem günstigen monetären Umfeld der Nachfrageschub aus dem Ausland, der nach und nach zu Produktionsengpässen führte und die Unternehmen nach Jahren der Rationalisierungen wieder zu Erweiterungsinvestitionen veranlaßte, die letztlich mit entsprechenden Neueinstellungen an Personal verbunden waren. Das Produktionswachstum ist in dieser Phase bis zuletzt beschäftigungsintensiver geworden.

In der Summe brachte das Plus an Arbeitsplätzen einen hohen ökonomischen und gesellschaftlichen Gewinn, auch wenn die Reallöhne, für einen Aufschwung ungewöhnlich, bis zuletzt nicht gestiegen sind.

Im Jahr 2008 stehen neue Lohnverhandlungen an. In einigen Branchen ist infolge des kräftigen Beschäftigungsschubs das Angebot an zusätzlichen Arbeitskräften bestimmter Qualifikationen knapper geworden. Außerdem hat sich vor dem Hintergrund der konjunkturell guten Lage und der gestiegenen Produktivität der Unternehmen der Verteilungsspielraum erhöht. Die Tarifparteien dürften deshalb höhere Lohnabschlüsse vereinbaren als zuletzt. Die Lohnzurückhaltung dürfte in jenen Branchen und für die Beschäftigtengruppen schwinden, die den Aufschwung prägen. Angesichts der immer noch hohen Arbeitslosigkeit ist es jedoch weiterhin unabdingbar, daß die Lohnpolitik höchstens beschäftigungsneutral bleibt. Geht man von einem um die Entlassungsproduktivität bereinigten Wachstumstrend der Arbeitsproduktivität je Beschäftig-

tenstunde von 1¼% aus und veranschlagt die inländische Preissteigerung im Jahr 2008 mit 1¼%,[14] können die Tariflöhne im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt um etwa 2½ % steigen. Dabei sollte differenziert werden zwischen dauerhaften und einmaligen Zahlungen. Letztere sollten in Abhängigkeit von der Ertragslage der Branchen festgelegt werden.

Tabelle 9:
Entwicklung der Löhne und Lohnstückkosten in Deutschland
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -

	2005	2006	2007	2008
Tariflöhne[a]	0,9	1,1	1,5	1,8
Effektivlöhne[a]	0,9	0,5	1,6	2,2
Arbeitskosten[b]	0,5	0,7	1,2	1,9
Lohnstückkosten[c]	-0,8	-1,7	0,0	0,9
Nachrichtlich:				
Produktivität[d]	1,3	2,4	1,2	0,9

[a] Angaben je bezahlter Arbeitsstunde (Inland). – [b] Arbeitnehmerentgelt je bezahlter Arbeitsstunde (Inland). – [c] Arbeitnehmerentgelt je bezahlter Arbeitsstunde (Inland) in Relation zur realen Bruttowertschöpfung je geleisteter Arbeitsstunde. – [d] Reale Bruttowertschöpfung je bezahlter Arbeitsstunde.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2007: Prognose des IWH.

Erreichte Flexibilität am Arbeitsmarkt nicht untergraben

Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung wurde die Arbeitslosigkeit deutlich reduziert. Spielten in der Anfangsphase verschiedene Fördermaßnahmen zur Aktivierung Arbeitsloser eine nicht unbedeutende Rolle beim Einstieg in das Erwerbsleben, so wurden von den Unternehmen bald Normalarbeitsverhältnisse geschaffen. Hier griffen einige der Arbeitsmarktreformen. Spürbare Effekte hatten Deregulierungsmaßnahmen bei der Leiharbeit, die Senkung der Zumutbarkeitsschwelle für eine Arbeitsaufnahme sowie der Umbau der Bundesanstalt für Arbeit zu einem Vermittlungszentrum für Arbeitsuchende.[15] Im Ergebnis ist der Reservationslohn gesunken, und die Wahrscheinlichkeit der Arbeitsaufnahme im ersten Arbeitsmarkt ist gestiegen.

Die erhöhte Flexibilität am Arbeitsmarkt ist unverkennbar, auch wenn sich der Anteil der Arbeitsmarktreformen im einzelnen nicht beziffern läßt. Dies liegt unter anderem an der Datenlage. Zwar scheint beispielsweise der überproportionale Zuwachs der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer[16] ein deutliches Indiz für die Wirkung des gesunkenen Reservationslohns, der Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I und der geänderten Bedingungen der Frühverrentung zu sein. Letztere beeinträchtigt jedoch den Vergleich mit früheren Aufschwüngen.

Trotz solcher Informationslücken dürften jedoch Versuche, die erfolgsträchtigen Arbeitsmarktreformen aufzuweichen oder neue Regulierungen am Arbeitsmarkt einzuführen, in die falsche Richtung gehen. So wird die beschlossene erneute Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I für ältere Arbeitnehmer, vor allem für die chancenreichen jüngeren Kohorten unter ihnen, die Anreize zur Arbeitsplatzsuche schwächen.

Die von der Politik praktizierte Ausdehnung der Allgemeinverbindlichkeitsregel von Mindestlöhnen wird nicht wenige vorhandene Arbeitsplätze in Gefahr bringen sowie potentielle neue verhindern. Auch Mindestlöhne müssen am Markt erwirtschaftet werden. Zwar ist es wünschenswert, daß jede Vollzeiterwerbstätigkeit den Lebensunterhalt sichert. In offenen Volkswirtschaften stehen jedoch alle Arbeitsplätze im nationalen und im internationalen Wettbewerb. Die Setzung von Mindestgrenzen beim Lohn behindert den Marktzutritt, beschränkt den Preiswettbewerb und schadet damit dem Wohlstand aller.

Ist ein Mindestlohn politisch gewollt, fällt der gesamtwirtschaftliche Schaden je nach Art und Weise der Findung unterschiedlich hoch aus. Von der derzeitigen Bundesregierung sind bereits Mindestlöhne für eine Reihe von Branchen als allgemeinverbindlich erklärt worden. Bei der Wahl des Wegs fiel die Entscheidung gegen einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn und für branchenspezifische Lohnvereinbarungen. Die zuletzt geübte Praxis im Postsektor hat dazu das Gefahrenpotential offengelegt. Die Marktmacht besitzenden Tarifpartner haben sich dort auf Mindestlöhne in einer Höhe geeinigt, die mit der Abwehr von „Hungerlöhnen“ absolut nichts gemein haben, sondern einzig und allein dem Ziel dienen, unliebsame, preiswertere Anbieter aus dem Markt zu drängen.

[14] Bei diesem Konzept wird nicht der Verbraucherpreisindex, sondern der Deflator des Bruttoinlandsprodukts verwendet, um importierte Preissteigerungen auszuschalten. Denn diese erhöhen den Verteilungsspielraum im Inland nicht.

[15] Vgl. dazu RWI Essen; ISG: Evaluation der Umsetzung der Vorschläge der Hartz-Kommission – Arbeitspaket 1, Modul 1f. RWI-Projektberichte. Juni 2006. – BRINKMANN, C.; HUJER, R.; KOCH, S. (Hrsg.): Evaluation aktiver Arbeitsmarktpolitik in Deutschland. Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung 3 und 4/2006. Stuttgart 2006.

[16] Vgl. Abschnitt *Beschäftigungsaufbau setzt sich abgeschwächt fort*, da besonders S. 20.

Einige Länder zeigen, daß die negativen Auswüchse von Mindestlöhnen in Grenzen gehalten werden können.[17] Allerdings scheint die branchenspezifische Festlegung und deren anschließende Allgemeinverbindlichkeitserklärung der denkbar schlechteste Weg. Weniger schädlich wäre die Orientierung an einem branchenübergreifend einheitlichen Mindestlohn. Aber auch hier hängt die Gefährdung von Arbeitsplätzen von der Höhe der Lohnsetzung maßgeblich ab. So wären bei einer Festlegung von fünf Euro je Stunde im Westen Deutschlands reichlich 1,3 Mio. Stellen und im Osten ¾ Mio. Stellen von Arbeitnehmern betroffen und damit gefährdet. Für Ostdeutschland sind das 12% aller abhängigen Beschäftigungsverhältnisse.[18]

Finanzpolitik

Haushaltskonsolidierung von Dauer?

Die Lage der öffentlichen Haushalte stellt sich zur Zeit positiv dar. Dabei entsteht allerdings eine entscheidende Frage. Haben dies die strukturellen Reformen der vergangenen Jahre bewirkt oder ist die Entspannung lediglich eine Folge der konjunkturellen Entwicklung? Anders ausgedrückt: Wird die Entwarnung bei den öffentlichen Finanzen von Dauer sein oder nicht?

Zu Beginn des Jahres 2007 erhöhte der Staat massiv die Steuern. Der Regelsatz der Mehrwertsteuer und der Versicherungsteuersatz wurden angehoben, eine Vielzahl steuerlicher Ausnahmetatbestände abgeschafft und so die Bemessungsgrundlage erweitert.[19] Zudem tragen die strukturellen Reformen der jüngsten Vergangenheit zunehmend zu einer Entlastung der öffentlichen Finanzen bei. Hier ist beispielsweise an die effizienzsteigernden Bestandteile der Arbeitsmarktreformen zu denken. All dies mündete in einen Abbau der strukturellen Komponente des Defizits.

Zu einem großen Teil ist die deutliche Rückführung des Defizits aber weiteren Faktoren geschuldet. So ging die Zunahme der Steuerquote nicht allein auf die genannten Steuererhöhungen zurück. Bereits seit dem Jahr 2004 stieg sie und nahm bis zum Jahr 2007 insgesamt um zwei Prozentpunkte zu. Ein großer Teil dieses Zuwachses ist durch den starken Anstieg der gewinnabhängigen Steuern begründet.

Deren Behandlung ist bei der Bestimmung der konjunkturellen und strukturellen Komponente des Haushaltsdefizits problematisch, denn es ist schwer, ihre Entwicklung einem der beiden Bestimmungsgründe eindeutig zuzuschreiben. So ist die Gewinnentwicklung in den vergangenen Jahren einerseits Ausfluß des Konsolidierungsprozesses der Unternehmen in Deutschland und somit eindeutig strukturell bedingt. Andererseits sind aber gerade die Gewinne konjunkturabhängig, auch wenn sie sich nicht unbedingt zeitnah im Steueraufkommen niederschlagen. Aufgrund der steuertechnischen Ausgestaltung der sogenannten Veranlagungssteuern beruhen Gewinnsteuern, die heute entrichtet werden, auf wirtschaftlichen Vorgängen in Vorjahren.[20] Eine genaue Zuordnung der Steuereinnahmen zu ihrem Entstehungsgrund ist nicht möglich. Der konjunkturell bedingte Teil dieser Steuereinnahmen ist somit nur schwerlich zu bestimmen.

In den gängigen Verfahren bei der Berechnung des strukturellen Defizits[21] fließt die Entwicklung der gewinnabhängigen Steuern in die strukturelle Defizitkomponente. Dies hat zur Folge, daß aufgrund der starken Zunahme der Gewinnsteuern in Deutschland die strukturelle Defizitquote deutlich gesunken ist. In einem möglichen Abschwung, wenn diese Steuereinnahmen deutlich zurückgehen werden, wird das strukturelle Defizit dann zunehmen.

---

[17] Vgl. NEUMARK, D.; WASCHER, W.: Minimum Wages and Employment: A Review of Evidence from the New Minimum Wage Research. NBER Working Paper 12663. Cambridge 2006. – CARD, D.; KRUEGER, A. B.: Minimum Wages and Employment: A Case Study of the Fast-Food Industry in New Jersey and Pennsylvania. American Economic Review, Vol. 84 (4), 1994, pp. 772-793.

[18] Für so viele Stellen wurde im Jahr 2006 gemäß SOEP ein Bruttolohn je vertraglich vereinbarter Arbeitsstunde bis 4,99 Euro bezahlt.

[19] Auch wenn eine über Steuererhöhungen erreichte Konsolidierung öffentlicher Haushalte allenfalls suboptimal ist, ist es generell als wünschenswert anzusehen, steuerliche Ausnahmetatbestände abzuschaffen, denn so wird die Effizienz und Transparenz des Steuersystems erhöht.

[20] Die der Steuerentrichtung zugrundeliegende Lag-Struktur ist dabei schwer zu bestimmen; sie ist für die Unternehmen nicht einheitlich und bezieht sich immer auf mehrere Jahre. Zudem bleibt die Struktur der zeitlichen Verschiebung über die Jahre nicht konstant.

[21] Die hier genannten Konzepte liegen den Berechnungen der Europäischen Kommission zugrunde. Auch die Bundesregierung basiert ihre Schätzungen auf diese Methode. Der Sachverständigenrat geht differenzierter vor und berücksichtigt die ertragsabhängigen Steuern in seinem disaggregierten Ansatz. Aber auch hier muß letztlich eine schematische Zuordnung genügen. Vgl. SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG: Jahresgutachten, diverse Jahrgänge, Anhang, Methodische Erläuterungen.

Tabelle 10:
Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren[1]
- in Relation zum nominalen BIP -

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungssaldo	*Nachrichtlich:* Zinssteuerquote[2]
	Insgesamt	darunter:		Insgesamt	darunter:			
		Steuern	Sozialbeiträge		Zinsausgaben	Bruttoinvestitionen		
1991	43,4	22,0	16,8	46,3	2,7	2,6	-2,9	12,2
1992	44,8	22,4	17,2	47,2	3,1	2,8	-2,5	14,1
1993	45,2	22,4	17,7	48,2	3,2	2,7	-3,0	14,3
1994	45,6	22,3	18,2	47,9	3,2	2,5	-2,3	14,2
1995[3]	44,9	21,9	18,3	48,1	3,5	2,2	-3,2	15,9
1996	46,0	22,4	19,0	49,3	3,5	2,1	-3,3	15,5
1997	45,7	22,2	19,2	48,4	3,4	1,8	-2,6	15,3
1998	45,9	22,7	18,9	48,0	3,4	1,8	-2,2	14,8
1999	46,6	23,8	18,7	48,1	3,1	1,9	-1,5	13,2
2000[4]	46,4	24,2	18,3	47,6	3,2	1,8	-1,2	13,0
2001	44,7	22,6	18,2	47,6	3,1	1,7	-2,8	13,5
2002	44,4	22,3	18,2	48,1	2,9	1,7	-3,7	13,1
2003	44,5	22,3	18,3	48,5	3,0	1,6	-4,0	13,3
2004	43,3	21,8	17,9	47,1	2,8	1,4	-3,8	13,0
2005	43,5	22,0	17,7	46,9	2,8	1,4	-3,4	12,7
2006	43,8	22,8	17,3	45,4	2,8	1,4	-1,6	12,2
2007	43,8	23,7	16,4	43,8	2,8	1,5	0,0	11,7
2008	43,0	23,4	16,0	43,2	2,7	1,5	-0,2	11,5
2009	42,8	23,5	15,8	42,4	2,6	1,5	0,4	11,2

[1] In der Abgrenzung der VGR. – [2] Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen. – [3] Ohne Vermögenstransfers im Zusammenhang mit der Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt und der Wohnungswirtschaft der ehemaligen DDR (per saldo 119,6 Mrd. Euro). – [4] Ohne Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen (50,8 Mrd. Euro).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; 2007 und 2008: Prognose des IWH.

Diese Schwankungen des – gewinnabhängigen – Steueraufkommens verändern die Höhe des strukturellen Defizits, ohne daß damit eine ökonomisch andere Beurteilung der Situation verbunden wäre. Hier zeigen sich eindeutig die Grenzen der genannten Bereinigungsverfahren. Werden sie verwendet, ist es unerläßlich, bei der Interpretation der mit ihnen gewonnenen Daten vorsichtig vorzugehen.[22] Dies gilt umso mehr, als die Entwicklung der strukturellen Defizitkomponente die entscheidende Rolle im europäischen Haushaltsüberwachungsverfahren spielt und gerade auf europäischer Ebene lediglich die nackten Zahlen berücksichtigt werden.[23]

Demgegenüber ist die Entwicklung der Lohnsteuereinnahmen größtenteils konjunkturell bedingt. Hier schlägt sich die nun bessere Lage am Arbeitsmarkt nieder.[24] Seit dem Jahr 2006 wird auch wieder sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufgebaut. Ihr Rückgang in den Vorjahren hatte die Einnahmebasis der Sozialversicherungssysteme ausgehöhlt.[25]

[22] Das Bundesministerium der Finanzen konstatiert im jüngsten Stabilitätsprogramm für Deutschland auf Basis des beschriebenen Verfahrens einen strukturell ausgeglichenen Haushalt. Dabei geht es gleichzeitig davon aus, daß die Wirtschaft zur Zeit über Potential wächst. Der Grund liegt in eben diesen sogenannten transitorischen Steuereinnahmen. Es wird denn auch darauf hingewiesen, daß dieser sogenannte strukturelle Ausgleich „mit Vorsicht zu interpretieren sei“. Vgl. BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN: Deutsches Stabilitätsprogramm, Aktualisierung Dezember 2007.

[23] Die Europäische Kommission hat die Mitgliedstaaten nach einheitlichen Kriterien zu beurteilen. Ausgeprägte Sonderentwicklungen – wie die hier für Deutschland aufgezeigte – lassen aber stark an der Aussagekraft dieser einheitlichen Kriterien zweifeln. Dies gewänne insbesondere dann an Bedeutung, wenn ein Land aufgrund solcher Sonderfaktoren sein strukturelles Defizit nicht entsprechend den Brüsseler Anforderungen vermindern kann und daraus Konsequenzen erwüchsen.

[24] Die Entwicklung der Mehrwertsteuer ist prinzipiell ebenfalls stark konjunkturabhängig. Dies wird aber zur Zeit durch die Steuererhöhung überlagert.

[25] Die verhaltenere Entwicklung der Beitragseinnahmen im Prognosezeitraum ist nicht länger der Erosion der Bemes-

Letztlich zeigt sich, daß die positive Entwicklung der öffentlichen Haushalte zu einem großen Teil konjunkturell gestützt oder von Sonderfaktoren – wie der Entwicklung der gewinnabhängigen Steuereinnahmen – bestimmt wird. In einem Abschwung werden diese Einflüsse entfallen oder sich gar umkehren. Vor einer euphorischen Beurteilung der Staatsfinanzen sei somit gewarnt. Ohne weitere Maßnahmen werden die öffentlichen Haushalte schnell wieder rote Zahlen schreiben – wenn auch die Drei-Prozent-Marke in absehbarer Zeit nicht in Gefahr geraten dürfte.

Ausgabenkurs bereits gelockert!

Vor diesem Hintergrund erscheint es bedenklich, daß die bisherige Dividende des Reformkurses in der aktuellen Haushaltsrunde bereits verteilt wird. Dies zeigt sich vor allem im Hinblick auf die Bundesagentur für Arbeit (BA). Ihre Haushaltslage gestaltet sich in jüngster Zeit positiv. Hier wirkt die Situation auf dem Arbeitsmarkt nicht nur auf die Beitragseinnahmen, sondern auch die Ausgaben sinken. Zudem zeigen bei der BA die effizienzsteigernden Umstrukturierungsmaßnahmen im Rahmen der Arbeitsmarktreformen eine deutliche Wirkung auf der Ausgabenseite.

Die Überschüsse der BA ließen verschiedenste politische Forderungen aufkommen. Nachdem der Staat in den vergangenen Jahren seinen Bürgern einen harten Sparkurs verordnet hatte, regte sich nun schnell das Begehren, die Ausgaben zu erhöhen. Dem stand die Auffassung entgegen, der Beitragssatz solle so schnell wie möglich reduziert werden. Dies würde dazu beitragen, die Lohnnebenkosten zu senken und so positiv auf die Arbeitsnachfrage der Unternehmen zu wirken. Gleichzeitig würde so auch dem Entstehen von potentiellen Überschüssen quasi vorgebeugt und damit von vornherein dem Zugriff des Staates entzogen. Da eine politische Entscheidung für das eine und gegen das andere schwierig war, entschied sich die Politik für beides.

Es wurden höhere Ausgaben beschlossen, unter anderem die Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I für Ältere, was neben einer Belastung der öffentlichen Finanzen auch mit strukturellen Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt einhergehen dürfte (vgl. Arbeitsmarktpolitik). Ferner wird die Bundesagentur in Zukunft an der Finanzierung der Eingliederungsmaßnahmen und der Verwaltungsausgaben für die Bezieher von Arbeitslosengeld II beteiligt. Langzeitarbeitslosigkeit ist aber kein Risiko, gegen das die BA versichert. Sobald ehemals Beschäftigte aus der Versicherungsleistung der BA herausfallen, ist es Aufgabe des Bundes – nach erfolgter Bedürftigkeitsprüfung – mit Transfers einzuspringen. Werden nun die zwangsversicherten Beitragszahler in der Arbeitslosenversicherung – und nur sie, nicht auch Rentner, Beamte, Hausfrauen, Selbständige usw. – zur Finanzierung dieser gesellschaftlichen Aufgabe herangezogen, ist dies verfehlt. Der Bund entlastet sich selbst zu Lasten einer Sozialversicherung. Um zukünftigen Zugriffen des Bundes entgegenzuwirken, denkt die BA nun über Zweckbindungen ihrer Rücklagen nach. Somit wird die Versicherung durch die vorhandenen Fehlanreize zu einem aus ihrer Sicht zwar sinnvollen, gesamtwirtschaftlich gesehen aber intransparenten und mit Kosten verbundenen Verhalten gezwungen.

Auf der Einnahmenseite wird zum 1. Januar 2008 der Beitragssatz von 4,5 auf 3,3% gesenkt. Alles in allem haben diese Eingriffe zur Folge, daß die BA im Prognosezeitraum trotz des anhaltenden Aufbaus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung mit Defiziten abschließen wird.[26]

Gerade eine entspannte Haushaltslage darf nicht dazu führen, daß die bisherigen Anstrengungen nun nicht nur nachlassen, sondern sogar in ihr Gegenteil verkehrt werden. In vielen Bereichen besteht auch weiterhin Reformbedarf. Dieser sollte nach wie vor von einem konsequenten Konsolidierungskurs – vorrangig mittels einer Begrenzung des Ausgabenanstiegs[27] – begleitet werden. Denn letztlich geht es nicht darum, die Defizite abzubauen; Ziel ist es, der Finanzpolitik die notwendige Bewegungsfreiheit zu verschaffen, um auf

sungsgrundlage geschuldet, sondern dem Rückgang des Beitragssatzes.

[26] Die Regierung selbst geht in ihren Schätzungen davon aus, daß die BA – bei einem jahresdurchschnittlichen Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,5% in den Jahren nach 2009 – im Jahr 2011 wieder einen Überschuß aufweisen kann. Sollten die Wachstumsannahmen in mittlerer Frist tatsächlich erreicht werden, ist der Haushalt somit rechtzeitig für den beginnenden Abschwung zumindest ausgeglichen.

[27] Zur Überlegenheit einer ausgabenseitigen Konsolidierung vgl. VAN DEUVERDEN, K.: Stabilitäts- und Wachstumspakt: kein geeigneter Weg zur Haushaltskonsolidierung – Ein Plädoyer für die Implementierung eines Ausgabenpfades –, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 2/2005. – PROJEKTGRUPPE GEMEINSCHAFTSDIAGNOSE: Aufschwung legt eine Pause ein, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2007, in: IWH, Wirtschaft im Wandel, 2. Sonderausgabe 2007.

Kasten 3:
Budgetüberschüsse der Bundesagentur für Arbeit verschwinden

Die jüngsten Beschlüsse der Regierungskoalition führen zu neuen finanziellen Belastungen der Bundesagentur für Arbeit (BA). Diese bestehen aus der Senkung des Beitragssatzes von 4,2 auf 3,3 Prozent des Bruttolohns, der Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengelds I für ältere Arbeitslose und den neuen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (z. B. dem neuen Eingliederungsgutschein für ältere Arbeitslose). Der Bund nutzt die aktuell günstige Finanzlage der Arbeitslosenversicherung, um vermehrt auf Mittel der BA zuzugreifen und sich so selbst finanziell zu entlasten: Der neue Eingliederungsbeitrag, den die BA an den Bund zu zahlen hat, übersteigt den bisherigen Aussteuerungsbetrag um drei Mrd. Euro. Der derzeitige hohe Budgetüberschuß der BA verwandelt sich dadurch in den nächsten Jahren in leichte Defizite.

Um den kurzfristigen Zugriff der Politik auf Rücklagen der Bundesagentur in Zukunft zu erschweren, sollen Teile der in den Jahren 2006 und 2007 gebildeten Rücklagen mit einer expliziten Zweckbindung versehen werden. So wird 2008 eine Rücklage für Beamtenpensionen der BA eingerichtet, die aus einer einmaligen Zuführung von 2,5 Mrd. Euro und regelmäßigen Zahlungen der BA gespeist werden soll. Ferner sieht der Haushaltsentwurf der BA die Umwandlung vorhandener Rücklagen in Höhe von neun Mrd. Euro in eine zweckgebundene Liquiditätsrücklage für schlechte Zeiten vor. Auf diese könnte dann nur unter strengeren Bedingungen – in einem wirtschaftlichen Abschwung zur Dämpfung von Beitragssatzerhöhungen – zugegriffen werden.

Einnahmen und Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) in Mrd. Euro

	2006	2007	2008	2009
Einnahmen	**55,38**	**43,17**	**38,07**	**38,72**
Beiträge	51,18	32,51	26,31	26,74
Verwaltungskostenerstattung für SGB II	2,17	2,20	2,20	2,20
Bundeszuschuß aus der Mehrwertsteuer	-	6,47	7,58	7,78
Sonstige	2,04	2,00	1,98	2,00
Ausgaben	**44,17**	**36,32**	**39,15**	**39,13**
Arbeitslosengeld I	22,90	17,06	15,12	14,93
Ermessensleistungen der aktiven Arbeitsförderung (Eingliederungstitel)	2,48	2,46	3,30	3,30
Weitere Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung	8,64	7,80	8,50	8,50
Aussteuerungsbetrag bzw. Eingliederungsbeitrag an den Bund	3,28	1,95	5,00	5,00
Sonstige Ausgaben[a]	6,87	7,06	7,23	7,40
Budgetsaldo	**11,21**	**6,85**	**- 1,08**	**- 0,41**
Nachrichtlich:				
Einmalige Einzahlung in die Versorgungsrücklage der BA	-	-	2,50	-
Regelmäßige Netto-Zuführung in die Versorgungsrücklage der BA[b]	-	-	0,20	0,20
Höhe der Rücklage der BA am Jahresende[c]	11,21	18,06	14,28	13,67

[a] Einschließlich Pensionszahlungen, die ab 2008 aus der Versorgungsrücklage der BA gezahlt werden sollen. – [b] Zuführungen in die Versorgungsrücklage abzüglich Pensionszahlungen. – [c] Einschließlich der ab 2008 geplanten Liquiditätsrücklage in Höhe von 9 Mrd. Euro.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; ab 2007: Berechnungen und Prognose des IWH.

Herausforderungen angemessen reagieren zu können. Eine Umstrukturierung auf der Ausgabenseite erzeugt die Möglichkeit, vor dem Hintergrund knapper öffentlicher Mittel neue Prioritäten zu setzen.

So wird auch der Spielraum geschaffen, die Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand zu erhöhen. Die Investitionsquote hat sich seit Beginn der neunziger Jahre nahezu halbiert – nicht zuletzt, weil Investitionsausgaben im Gegensatz zu anderen Ausgaben relativ flexibel sind; der aufgestaute Nachholbedarf ist groß. Eine Erhöhung der Investitionsausgaben – nicht nur im herkömmlichen

Sinn der Sachinvestitionen, sondern auch der Investitionen in Humankapital – ist im Hinblick auf zukünftige Entwicklungschancen notwendig.

Zur Zeit steht die Finanzpolitik vor allem vor der Herausforderung, die richtigen Weichenstellungen vorzunehmen und zu verhindern, daß es zu einem Stillstand kommt. Umso bedenklicher erscheint, daß zur Zeit wohl eher der Rückwärtsgang eingelegt wird.

Geldpolitik

Im Spannungsfeld zwischen Preis- und Finanzstabilität

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat im Dezember 2007 den maßgeblichen Leitzins unverändert bei 4% gelassen. Unter dieser Voraussetzung wäre in Zeiten ruhiger Finanzmärkte die kurzfristige Refinanzierung der Banken um 0,5 Prozentpunkte teurer als ein Jahr zuvor. Gemessen am Euribor-Zinssatz für unbesicherte Interbankeneinlagen mit einer Laufzeit von drei Monaten liegen die Finanzierungskosten der Banken jedoch um etwas mehr als 1,2 Prozentpunkte höher als vor einem Jahr; die kurzfristigen Realzinsen sind damit um gut ½ Prozentpunkt auf etwa 2,7% gestiegen. Nominale und reale Kapitalmarktzinsen hingegen sind im Vorjahresvergleich lediglich um 0,15 Prozentpunkte auf 4,25% bzw. 2,35% angestiegen und daher weiterhin sehr niedrig.[28] Die zeitliche Zinsstruktur hat sich somit abgeflacht, ist aber nicht invers.

Die außergewöhnliche Entwicklung der kurzfristigen Zinssätze reflektiert die nicht nachlassenden Verspannungen auf dem Geldmarkt, die geprägt sind vom mangelnden Vertrauen zwischen den Banken einerseits sowie von deren hohem Liquiditätssicherungsbedarf andererseits. Die Vertrauensprobleme äußern sich darin, daß die Zinsen für unbesicherte Interbankeneinlagen mit einer Laufzeit von drei Monaten wieder zunehmend diejenigen für besicherte Transaktionen gleicher Fristigkeit übersteigen. Der 3-Monats-Eurepo (Zinssatz auf Wertpapierpensionsgeschäfte zwischen Banken) beträgt nur 4,0%. Der hohe Liquiditätsbedarf führt dazu, daß die Umlaufrenditen für kurzfristige Staatspapiere nur bei etwa 3,8% liegen und damit nahezu auf ihrem Niveau von vor einem Jahr.

Der hohe Bedarf der Banken an liquiden Anlagewerten – sei es in Form von Forderungen gegenüber dem Eurosystem oder in Form leicht liquidierbarer Anleihen erstklassiger Bonität – stellt die Geldpolitik vor ein Abwägungsproblem. Einerseits sind die Inflationsaussichten angesichts der Dynamik bei den monetären Aggregaten beunruhigend, zumal auch Zweitrundeneffekte die Preisstabilität gefährden können. Andererseits dämpfen jedoch unveränderte Leitzinsen mittelfristig bereits jetzt die Inflation aus, wenn die Probleme des Bankensektors mit in das Kalkül gezogen werden. So sind die effektiven Refinanzierungskosten der Banken gestiegen.[29] Zudem dürfte deren hoher Liquiditätsbedarf angesichts der anhaltenden Unsicherheiten an den Finanzmärkten auch noch bis weit in das Jahr 2008 hinein fortbestehen und somit ebenfalls das Kreditvergabepotential beeinträchtigen. Der weitgehende Zusammenbruch der Märkte für Kreditderivate mindert überdies erheblich die Möglichkeiten der Banken zur Diversifikation von Risiken. Die Eigenkapitalanforderungen für Banken werden sich durch die Hinzurechnung von bislang außerhalb der Bilanz geführten Geschäften mit dem Jahreswechsel verschärfen, während zugleich Wertberichtigungen und Abschreibungen auf deren anrechenbares Eigenkapital wirken.

Obwohl diese Effekte in den jüngsten statistischen Veröffentlichungen noch keinen Niederschlag gefunden haben, deuten die angekündigten Verschärfungen bei den Kreditkonditionen vieler Banken bereits darauf hin, daß deren Kreditneuzusagen, und mit einiger zeitlicher Verzögerung auch die Ausleihungen, ihre derzeitig kräftige Entwicklung keinesfalls werden halten können. Zudem wird der Liquiditätsbedarf auch außerhalb des Bankensektors für einige Zeit außergewöhnlich hoch sein, so daß von vergleichsweise hohen Zuwachsraten bei den Geldmengenaggregaten sowie von niedrigen Kapitalmarktzinsen nicht die sonst üblichen konjunkturellen Anregungen für die Gesamtwirtschaft ausgehen werden.

[28] Der kurzfristige Realzins wird hier anhand der Differenz zwischen Dreimonatszinssatz und Kernrate des HVPI (ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) gemessen. Der langfristige Realzins hingegen wird bestimmt, indem von den Renditen öffentlicher Anleihen von Staaten des Euroraums mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren die erwartete langfristige Inflationsrate abgezogen wird. Letztere ergibt sich aus den Expertenbefragungen der EZB.

[29] Nicht nur Interbankenkredite, sondern auch die längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte des Eurosystems haben sich im vergangenen Vierteljahr verteuert. Trotz der Notwendigkeit, diese Transaktionen zu besichern, ist der entsprechende marginale Zuteilungszins auf fast 4,7% gestiegen.

Alles in allem sollte die EZB weiter abwarten, welche zusätzlichen Risiken sich im Bankensektor realisieren. Die hier vorgelegte Prognose geht dementsprechend davon aus, daß die Leitzinsen unverändert bei 4% liegen werden. Käme es hingegen zu einer Verschärfung der Situation, dann sollte die EZB zwar weiter ihrem auf Preisniveaustabilität ausgerichteten Kurs folgen, jedoch ihre Zinsen unter besonderer Berücksichtigung der mittelfristigen Folgen einer solchen Krise für Inflation und Inflationserwartungen anpassen.

Arbeitskreis Konjunktur
(Udo.Ludwig@iwh-halle.de)

Marian Berneburg, Hans-Ulrich Brautzsch, Diemo Dietrich, Kristina van Deuverden, Martina Kämpfe, Ingmar Kumpmann, Axel Lindner, Brigitte Loose, Rolf Scheufele, Birgit Schultz, Götz Zeddies

Anhangstabellen

Tabelle:
Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2007
- Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts -

	Jahresausblick 2007		Sommerprognose 2007		Jahresausblick 2008		Prognosekorrektur für 2007			
	Veränderung in % gg. Vorjahr	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten[1]	Veränderung in % gg. Vorjahr	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten[1]	Veränderung in % gg. Vorjahr	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten[1]	Spalte (5) abzüglich Spalte (1)	Spalte (6) abzüglich Spalte (2)	Spalte (5) abzüglich Spalte (3)	Spalte (6) abzüglich Spalte (4)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)
Inlandsnachfrage	0,5	0,5	2,2	2,1	1,4	1,3	0,9	0,8	-0,8	-0,8
Privater Verbrauch	0,3	0,2	0,6	0,4	-0,2	-0,1	-0,5	-0,3	-0,8	-0,5
Staatlicher Konsum	0,8	0,1	2,1	0,4	2,3	0,4	1,5	0,3	0,2	0
Ausrüstungen	5	0,4	8	0,6	8	0,6	3	0,2	0	0
Bauten	0,7	0,1	3	0,3	2,6	0,2	1,9	0,1	-0,4	-0,1
Sonstige Anlageinvestitionen	3,5	0	6	0,1	5,2	0,1	1,7	0,1	-0,8	0
Vorratsveränderung	-	-0,4	-	0,4	-	0,1	-	0,5	-	-0,3
Außenbeitrag	-	0,9	-	0,5	-	1,1	-	0,2	-	0,6
Ausfuhr	7,1	3,1	8	3,6	8	3,6	0,9	0,5	0	0
Einfuhr	5,5	-2,2	7,9	-3,1	6,2	-2,5	0,7	-0,3	-1,7	0,6
Bruttoinlandsprodukt	1,4	1,4	2,6	2,6	2,5	2,5	1,1	1,1	-0,1	-0,1
Nachrichtlich										
Bruttoinlandsprodukt USA	2,4	-	1,9	-	2,2	-	-0,2	-	0,3	-
Bruttoinlandsprodukt Euroraum	2,2	-	2,6	-	2,6	-	0,4	-	0	-
Welthandel	6,5	-	7,2	-	5,7	-	-0,8	-	-1,5	-
Verbraucherpreise	2,2	-	1,9	-	2,2	-	0	-	0,3	-

[1] Beiträge der Nachfragekomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (Lundberg-Komponente). Der Wachstumsbeitrag einer Nachfragekomponente ergibt sich aus der Wachstumsrate gewichtet mit dem nominalen Anteil des Aggregats am Bruttoinlandsprodukt aus dem Vorjahr. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. Angaben für das Bruttoinlandsprodukt: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2007, 2008 und 2009

	2006	2007	2008	2009	2007		2008	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts								
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Erwerbstätige	0,6	1,7	0,5	0,5	1,8	1,6	0,6	0,4
Arbeitszeit, arbeitstäglich	0,5	-0,1	-0,6	0,1	0,6	-0,8	0,9	-2,1
Arbeitstage	-0,7	-0,3	0,9	-0,1	-0,4	-0,1	0,8	1,0
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	0,5	1,3	0,8	0,4	2,0	0,6	2,3	-0,6
Produktivität [1]	2,4	1,2	0,9	1,6	0,8	1,5	-0,4	2,3
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	2,9	2,5	1,7	2,0	2,9	2,1	1,9	1,6
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen								
a) Mrd. EUR								
Konsumausgaben	1 783,4	1 816,3	1 871,3	1 922,3	880,6	935,7	909,6	961,7
Private Haushalte [2]	1 357,5	1 379,2	1 423,0	1 466,1	669,7	709,5	693,5	729,6
Staat	425,9	437,1	448,2	456,1	210,9	226,2	216,1	232,1
Anlageinvestitionen	417,1	449,8	459,6	471,8	214,3	235,5	218,6	241,1
Ausrüstungen	173,7	186,4	190,5	196,6	88,8	97,6	91,1	99,4
Bauten	217,2	236,5	241,8	247,4	112,7	123,8	114,3	127,5
Sonstige Anlageinvestitionen	26,3	26,8	27,3	27,9	12,8	14,0	13,2	14,1
Vorratsveränderung [3]	- 4,7	- 3,3	0,7	5,9	5,6	- 9,0	6,7	- 6,0
Inländische Verwendung	2 195,8	2 262,7	2 331,6	2 400,0	1 100,5	1 162,3	1 134,8	1 196,7
Außenbeitrag	126,4	161,3	166,2	176,3	83,9	77,3	87,6	78,7
Exporte	1 046,5	1 136,5	1 216,4	1 311,0	554,0	582,5	595,4	621,0
Importe	920,1	975,3	1 050,2	1 134,8	470,1	505,2	507,8	542,3
Bruttoinlandsprodukt	2 322,2	2 424,0	2 497,8	2 576,2	1 184,4	1 239,6	1 222,4	1 275,4
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	2,0	1,8	3,0	2,7	1,7	2,0	3,3	2,8
Private Haushalte [2]	2,3	1,6	3,2	3,0	1,3	1,8	3,6	2,8
Staat	1,0	2,6	2,5	1,8	2,8	2,5	2,5	2,6
Anlageinvestitionen	6,7	7,8	2,2	2,6	10,8	5,3	2,0	2,4
Ausrüstungen	7,1	7,3	2,2	3,2	8,1	6,6	2,6	1,9
Bauten	6,8	8,9	2,3	2,3	14,1	4,6	1,5	3,0
Sonstige Anlageinvestitionen	3,7	2,2	1,7	2,3	1,9	2,4	3,1	0,4
Inländische Verwendung	3,0	3,0	3,0	2,9	2,9	3,2	3,1	3,0
Exporte	14,0	8,6	7,0	7,8	10,2	7,1	7,5	6,6
Importe	14,3	6,0	7,7	8,1	6,3	5,7	8,0	7,3
Bruttoinlandsprodukt	3,5	4,4	3,0	3,1	4,8	4,0	3,2	2,9
3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2000)								
a) Mrd. EUR								
Konsumausgaben	1 642,8	1 649,1	1 674,6	1 701,8	805,2	843,9	819,5	855,2
Private Haushalte [2]	1 242,1	1 239,4	1 255,9	1 275,0	604,3	635,1	614,0	641,9
Staat	400,7	409,9	419,0	427,1	201,0	208,9	205,6	213,4
Anlageinvestitionen	427,2	448,5	455,8	465,8	213,6	234,9	216,7	239,1
Ausrüstungen	191,2	206,4	212,7	221,2	97,9	108,6	101,2	111,5
Bauten	207,8	213,2	213,7	215,0	102,1	111,1	101,4	112,3
Sonstige Anlageinvestitionen	30,1	31,7	32,9	34,1	14,8	16,8	15,8	17,1
Inländische Verwendung	2 054,4	2 083,2	2 119,3	2 161,0	1 021,1	1 062,1	1 039,4	1 079,9
Exporte	1 038,4	1 121,9	1 194,1	1 276,4	547,6	574,3	584,9	609,2
Importe	911,0	967,8	1 037,1	1 115,2	466,4	501,4	501,1	536,0
Bruttoinlandsprodukt	2 183,0	2 236,9	2 276,0	2 322,2	1 101,9	1 135,0	1 122,6	1 153,3
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	0,9	0,4	1,5	1,6	0,3	0,4	1,8	1,3
Private Haushalte [2]	1,0	-0,2	1,3	1,5	-0,3	-0,1	1,6	1,1
Staat	0,9	2,3	2,2	1,9	2,3	2,3	2,3	2,2
Anlageinvestitionen	6,1	5,0	1,6	2,2	7,5	2,8	1,4	1,8
Ausrüstungen	8,3	8,0	3,0	4,0	9,0	7,1	3,4	2,7
Bauten	4,3	2,6	0,3	0,6	6,7	-1,0	-0,7	1,1
Sonstige Anlageinvestitionen	6,7	5,2	4,0	3,5	4,6	5,8	6,6	1,8
Inländische Verwendung	1,9	1,4	1,7	2,0	1,3	1,5	1,8	1,7
Exporte	12,5	8,0	6,4	6,9	9,6	6,6	6,8	6,1
Importe	11,2	6,2	7,2	7,5	6,6	5,9	7,4	6,9
Bruttoinlandsprodukt	2,9	2,5	1,7	2,0	2,9	2,1	1,9	1,6

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland
Vorausschätzung für die Jahre 2007, 2008 und 2009

	2006	2007	2008	2009	2007		2008	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2000 = 100)								
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Private Konsumausgaben [2]	1,4	1,8	1,8	1,5	1,6	2,0	1,9	1,7
Konsumausgaben des Staates	0,2	0,3	0,3	-0,2	0,5	0,2	0,2	0,4
Anlageinvestitionen	0,6	2,7	0,6	0,4	3,0	2,4	0,6	0,5
Ausrüstungen	-1,1	-0,6	-0,8	-0,8	-0,8	-0,4	-0,8	-0,8
Bauten	2,4	6,2	2,0	1,6	6,9	5,6	2,2	1,8
Exporte	1,3	0,5	0,6	0,8	0,5	0,5	0,6	0,5
Importe	2,8	-0,2	0,5	0,5	-0,3	-0,2	0,6	0,4
Bruttoinlandsprodukt	0,6	1,9	1,3	1,1	1,9	1,9	1,3	1,3
5. Einkommensentstehung und -verteilung								
a) Mrd. EUR								
Primäreinkommen der privaten Haushalte [2]	1 708,4	1 766,7	1 819,9	1 872,0	863,7	903,1	894,8	925,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	223,4	225,3	226,4	231,0	108,8	116,5	109,8	116,6
Bruttolöhne und -gehälter	926,0	954,3	972,6	991,2	453,6	500,7	465,8	506,7
Übrige Primäreinkommen [4]	559,0	587,1	621,0	649,9	301,2	285,9	319,2	301,8
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	296,5	330,3	344,0	362,9	150,7	179,6	155,0	189,0
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 004,9	2 097,1	2 163,9	2 234,9	1 014,4	1 082,7	1 049,8	1 114,1
Abschreibungen	339,5	345,9	352,8	360,2	172,8	173,0	175,4	177,4
Bruttonationaleinkommen	2 344,4	2 443,0	2 516,7	2 595,2	1 187,2	1 255,7	1 225,2	1 291,5
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	1 751,2	1 817,6	1 876,2	1 940,0	874,4	943,2	904,8	971,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	601,9	638,0	677,2	717,8	312,0	326,0	329,2	348,1
Arbeitnehmerentgelt	1 149,4	1 179,6	1 199,0	1 222,2	562,5	617,2	575,6	623,3
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Primäreinkommen der privaten Haushalte [2]	3,3	3,4	3,0	2,9	3,6	3,2	3,6	2,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,5	0,9	0,5	2,0	1,1	0,6	0,9	0,1
Bruttolöhne und -gehälter	1,5	3,1	1,9	1,9	3,6	2,6	2,7	1,2
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	0,9	1,3	1,4	1,5	1,7	0,9	2,1	0,9
Übrige Primäreinkommen [4]	6,6	5,0	5,8	4,7	4,6	5,5	6,0	5,6
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	7,8	11,4	4,1	5,5	13,6	9,6	2,8	5,2
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,9	4,6	3,2	3,3	5,0	4,2	3,5	2,9
Abschreibungen	1,2	1,9	2,0	2,1	1,8	2,0	1,5	2,5
Bruttonationaleinkommen	3,5	4,2	3,0	3,1	4,5	3,9	3,2	2,8
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	3,6	3,8	3,2	3,4	3,9	3,7	3,5	3,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	7,2	6,0	6,2	6,0	5,4	6,6	5,5	6,8
Arbeitnehmerentgelt	1,7	2,6	1,6	1,9	3,1	2,2	2,3	1,0
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte 2								
a) Mrd. EUR								
Masseneinkommen	984,6	996,0	1 009,0	1 022,4	480,6	515,3	489,0	520,1
Nettolöhne und -gehälter	605,4	620,7	630,9	639,9	292,9	327,8	300,7	330,2
Monetäre Sozialleistungen	458,8	450,3	452,2	456,7	226,3	224,0	225,8	226,4
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	79,7	75,0	74,1	74,2	38,6	36,4	37,5	36,6
Übrige Primäreinkommen [4]	559,0	587,1	621,0	649,9	301,2	285,9	319,2	301,8
Sonstige Transfers (Saldo) [5]	- 49,9	- 61,2	- 59,9	- 56,1	- 28,8	- 32,4	- 28,7	- 31,2
Verfügbares Einkommen	1 493,7	1 521,9	1 570,1	1 616,1	753,1	768,8	779,4	790,6
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	22,2	24,7	26,7	27,5	11,8	13,0	12,7	14,0
Konsumausgaben	1 357,5	1 379,2	1 423,0	1 466,1	669,7	709,5	693,5	729,6
Sparen	158,4	167,5	173,7	177,5	95,2	72,3	98,7	75,1
Sparquote (%) [6]	10,5	10,8	10,9	10,8	12,5	9,2	12,5	9,3
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Masseneinkommen	0,3	1,2	1,3	1,3	1,1	1,2	1,7	0,9
Nettolöhne und -gehälter	0,4	2,5	1,6	1,4	3,1	2,0	2,7	0,7
Monetäre Sozialleistungen	-0,2	-1,9	0,4	1,0	-2,5	-1,2	-0,3	1,1
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	-1,5	-5,8	-1,3	0,2	-5,4	-6,2	-2,8	0,4
Übrige Primäreinkommen [4]	6,6	5,0	5,8	4,7	4,6	5,5	6,0	5,6
Verfügbares Einkommen	1,9	1,9	3,2	2,9	1,8	2,0	3,5	2,8
Konsumausgaben	2,3	1,6	3,2	3,0	1,3	1,8	3,6	2,8
Sparen	1,5	5,7	3,7	2,2	6,1	5,2	3,6	3,9

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland
Vorausschätzung für die Jahre 2007, 2008 und 2009

	2006	2007	2008	2009	2007		2008	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates [9]								
a) Mrd. EUR								
Einnahmen								
Steuern	530,5	574,5	585,6	604,5	285,8	288,7	292,5	293,1
Sozialbeiträge	401,1	398,7	399,2	407,8	194,4	204,3	194,5	204,7
Vermögenseinkommen	17,4	17,7	17,6	17,8	10,7	7,0	10,6	7,0
Sonstige Transfers	14,3	14,1	14,4	14,7	6,7	7,4	6,9	7,5
Vermögenstransfers	9,2	10,1	10,3	10,8	5,1	5,0	5,0	5,3
Verkäufe	44,4	45,9	46,8	47,4	21,9	24,0	22,3	24,5
Sonstige Subventionen	0,4	0,4	0,4	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2
Insgesamt	1 017,2	1 061,2	1 074,3	1 103,3	524,7	536,5	532,0	542,3
Ausgaben								
Vorleistungen [8]	269,3	279,2	287,2	294,4	134,3	144,9	138,2	149,0
Arbeitnehmerentgelt	167,7	169,5	173,4	174,5	81,3	88,1	83,1	90,3
Vermögenseinkommen (Zinsen)	64,9	67,1	67,6	67,7	33,4	33,8	33,5	34,1
Subventionen	26,8	26,2	26,8	26,8	12,2	14,0	12,6	14,2
Monetäre Sozialleistungen	428,5	420,8	422,2	426,7	211,8	209,0	210,8	211,5
Sonstige laufende Transfers	35,2	35,7	38,2	40,4	18,0	17,7	19,5	18,7
Vermögenstransfers	30,8	29,2	27,9	26,9	15,7	13,5	14,2	13,7
Bruttoinvestitionen	32,8	36,0	37,2	37,5	16,0	20,0	14,4	22,9
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,4	- 1,3	- 1,5	- 1,5	- 0,6	- 0,8	- 0,7	- 0,8
Insgesamt	1 054,5	1 062,4	1 078,9	1 093,3	522,3	540,1	525,4	553,6
Finanzierungssaldo	-37,3	-1,2	-4,7	10,0	2,4	-3,6	6,6	-11,3
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Einnahmen								
Steuern	7,6	8,3	1,9	3,2	10,6	6,1	2,3	1,5
Sozialbeiträge	1,1	-0,6	0,1	2,2	-0,2	-1,0	0,1	0,2
Vermögenseinkommen	23,0	1,9	-0,4	0,7	7,4	-5,5	-1,0	0,6
Sonstige Transfers	-21,4	-1,4	2,1	2,4	-1,9	-0,9	3,3	0,9
Vermögenstransfers	-7,1	9,8	2,0	4,6	8,3	11,4	-2,5	6,6
Verkäufe	0,0	3,3	2,0	1,3	3,3	3,4	2,0	2,0
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	4,1	4,3	1,2	2,7	5,8	3,0	1,4	1,1
Ausgaben								
Vorleistungen [8]	1,8	3,7	2,9	2,5	3,6	3,7	2,9	2,9
Arbeitnehmerentgelt	-0,4	1,0	2,3	0,7	1,5	0,5	2,1	2,5
Vermögenseinkommen (Zinsen)	3,7	3,5	0,6	0,2	4,1	3,0	0,4	0,8
Subventionen	-1,7	-2,1	2,2	0,0	-4,4	0,1	2,7	1,8
Monetäre Sozialleistungen	-0,5	-1,8	0,3	1,1	-2,4	-1,2	-0,5	1,2
Sonstige laufende Transfers	-0,5	1,5	7,0	5,8	0,6	2,4	8,3	5,6
Vermögenstransfers	-11,5	-5,1	-4,6	-3,5	-6,6	-3,2	-10,1	1,9
Bruttoinvestitionen	6,9	10,0	3,3	0,6	19,3	3,5	-10,5	14,4
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	0,2	0,8	1,6	1,3	0,6	0,9	0,6	2,5

[1] Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

[2] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

[3] Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

[4] Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuß sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

[5] Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.

[6] Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).

[7] Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

[8] Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des IWH; 2007, 2008 und 2009: Prognose des IWH.

Ostdeutsches Innovationssystem attraktiv für ausländische Investoren

In Ostdeutschland verbinden sich mit ausländischen Direktinvestitionen Hoffnungen auf neue Arbeitsplätze, Folgeinvestitionen durch Zulieferer und nicht zuletzt eine Belebung der noch immer schwach ausgeprägten industriellen Forschung und Entwicklung (FuE). Das IWH hat sich bereits in mehreren empirischen Arbeiten mit der Bedeutung ausländischer Investoren für die technologische Entwicklung in Ostdeutschland befaßt. Die bisherigen Untersuchungen zum ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe zeigen, daß ausländische Investoren in den Bereichen FuE sowie Innovation eine höhere Beteiligung aufweisen, als dies bei westdeutschen Investoren und einheimischen Betrieben der Fall ist.[30] Werden jedoch Brancheneffekte und unternehmensspezifische Charakteristika berücksichtigt, dann zeigt sich, daß die Neigung zu Produktinnovation auf betrieblicher Ebene bei Betrieben mit ausländischer Mehrheitsbeteiligung abnimmt.[31] Eine weitere Untersuchung zeigt, daß von der Gruppe westdeutscher und ausländischer Investoren gemeinsam keine Spillover-Effekte zugunsten einheimischer Betriebe in Ostdeutschland nachzuweisen sind.[32]

Aus diesen Ergebnissen läßt sich schlußfolgern, daß zum einen ausländische Investoren nicht in jedem Fall technologisch leistungsfähiger sind. Zum anderen legen die Resultate nahe, daß möglicherweise ein Zusammenhang zwischen der technologischen Leistungsfähigkeit ausländischer Investoren und technologischen Spillovers besteht.

In der vorliegenden Untersuchung wird daher die These geprüft, ob ausländische Investoren technologische Spillover-Effekte nur dann entfalten, wenn die Tochtergesellschaften an technologischen Prozessen innerhalb ihres Konzerns partizipieren und diese Prozesse gleichzeitig in das ostdeutsche Innovationssystem eingebettet sind. Diesbezüglich besteht bisher die Vermutung, daß ausländische Investoren für die Ansiedlung technologischer Aktivitäten Ansprüche an ein regionales Innovationssystem stellen, die Ostdeutschland innerhalb des globalen Standortwettbewerbs nur selten erfüllen kann.[33] Wenn sich dieser Verdacht erhärtet, könnte weitreichender Handlungsbedarf im Hinblick auf Standort- und Innovationspolitik bestehen. Diese in der Wirtschaftspolitik intensiv diskutierte Problematik war auf Basis existierender Unternehmensdaten bisher nicht umfassend analysierbar. Um qualifizierte Antworten auf diese Fragen geben zu können – und an die genannten empirischen Forschungsarbeiten anzuknüpfen –, hat das IWH eine Befragung ausländischer Investoren in Ostdeutschland durchgeführt, die neben Indikatoren zur technologischen Leistungsfähigkeit auch detaillierte Informationen zur Einbettung in das ostdeutsche Innovationssystem erfaßt. Die hieraus entwickelte FDI-Datenbank erlaubt es, zum einen die technologische Leistungsfähigkeit ausländischer Tochtergesellschaften in Ostdeutschland darzustellen und zum anderen die Einbettung dieser technologischen Prozesse in das ostdeutsche Innovationssystem zu untersuchen.

Theoretischer Bezugsrahmen

John Cantwell liefert in seiner Theorie der technologischen Akkumulation[34] einen dynamischen Erklärungsansatz für ausländische Direktinvestitionen. Demnach verschafft die technologische Leistungsfähigkeit einem Unternehmen firmenspezifische Vorteile, welche die Voraussetzung zu einer Internationalisierung darstellen. Die Stärke der technologischen Leistungsfähigkeit des Gesamtkonzerns ist nicht nur abhängig vom Heimatstandort, sondern auch von den Standortvorteilen der Tochtergesellschaften im Ausland. Lokale Bedingungen sind nicht exogen gegeben, sondern werden durch gezielte Ansiedlungs- und Investitionsentscheidungen des Unternehmens gebildet sowie durch Spillover-Effekte zwischen Unternehmen zusätzlich verstärkt. Das internationalisierte Unternehmen trans-

[30] GÜNTHER, J.; GEBHARDT, O.: Eastern Germany in the Process of Catching-up – The Role of Foreign and West German Investors for Technological Renewal, in: Eastern European Economics, Vol. 43, Nr. 3, 2005, pp. 78-102. – BELITZ, H. et al.: Ausländische Investoren in den Neuen Bundesländern: Potential noch nicht ausgeschöpft, in: DIW-Wochenbericht 5/2007, S. 67-69.

[31] GÜNTHER, J.; PEGLOW, F.: Forschung und Entwicklung wichtige Quelle für Produktinnovationen in Ostdeutschland, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 9/2007, S. 337-343.

[32] GÜNTHER, J.; LEHMANN, H.: Technology Spillovers from External Investors in East Germany: No Overall Effects in Favor of Domestic Firms, in: IWH-Diskussionspapiere, Nr. 198/2004.

[33] KOSCHATZKY, K. et al.: Innovationsbedingungen und Innovationspotenziale in Ostdeutschland – Exemplarische Analyse von drei Grenzregionen. Fraunhofer IRB Verlag: Stuttgart 2006.

[34] CANTWELL, J: Technological Innovations in Multinational Corporations. Blackwell: Oxford 1989.

feriert Innovation und Technologie durch interne Netzwerke, um interne Skalenerträge zu steigern. Des weiteren wird erwartet, daß die Präsenz oder Ansiedlung weiterer Unternehmen an den ausländischen Standorten die Entstehung externer Effekte befördert.

Cantwell unterstellt sowohl interne Skalenerträge als auch einen kumulativen Mechanismus zwischen Investitionsentscheidungen internationaler Unternehmen und technologischen Spillover-Effekten am Investitionsstandort. Diese evolutionstheoretischen Annahmen finden sich auch in der Literatur zu regionalen Innovationssystemen. Diese werden als Netzwerke von regionalen Akteuren und Institutionen aus dem privaten und öffentlichen Sektor definiert, deren Aktivität und Interaktion neue Technologien generiert, modifiziert und verbreitet.[35] Dabei ist auch die Anziehung externer Ressourcen ein wichtiges Element in der regionalen Wissensakkumulation. Der Zugang zu externem Wissen kann sowohl durch die Internationalisierung einheimischer Unternehmen als auch durch die Ansiedlung ausländischer Investoren erreicht werden.[36] Die Kapazität einer Region, externes Wissen zu adaptieren und anzuwenden, bestimmt sowohl ihre Attraktivität als Investitionsstandort als auch ihr Potential für technologische Spillover.[37]

Aus strategischer Perspektive ist die Vernetzung von ausländischen Tochtergesellschaften mit lokalen Partnern wie Zulieferern, Kunden, Wettbewerbern und Wissenschaftseinrichtungen auf dem Gebiet technologischer Aktivitäten gerade dann zu erwarten, wenn multinationale Unternehmen eine Strategie der *technologischen Diversifizierung* verfolgen. Das heißt, einzelne Tochtergesellschaften besetzen an verschiedenen geographischen Standorten eigene technologische Kompetenzen. Sie sind darauf ausgerichtet, den technologischen Vorteil des Mutterunternehmens insgesamt zu mehren.[38] Man kann dabei auch von einer explorativen Innovationsstrategie sprechen, die es den Tochtergesellschaften ermöglicht, die Suche nach relevantem Wissen auf externe Netzwerkpartner auszudehnen.[39] Derartige Tochtergesellschaften werden auch als Exzellenzzentren im Bereich FuE und Innovation beschrieben.[40] Im Gegensatz dazu steht die Strategie der technologischen Duplikation in multinationalen Unternehmen. Hierbei sind die technologischen Prozesse am Heimatstandort des ausländischen Investors konzentriert. Tochtergesellschaften nutzen lediglich existierendes Wissen und führen maximal Adaptionen an lokale Marktbedingungen durch. In diesem Fall ist eine Einbettung in externe Netzwerke aus strategischer Sicht kaum zu erwarten.

Zur Datenlage

Zur Untersuchung ausländischer Direktinvestitionen in Ostdeutschland stehen bisher grundsätzlich drei Quellen zur Verfügung. Die Deutsche Bundesbank erfaßt ausländische Kapitalbeteiligungen für Unternehmen mit einer Bilanzsumme von über drei Mio. Euro. Allerdings werden Direktinvestitionen ausschließlich am Unternehmenshauptsitz des ausländischen Investors in Deutschland erfaßt, was für Ostdeutschland zu einer systematischen Unterschätzung der tatsächlich ansässigen Unternehmen mit ausländischer Beteiligung führt.[41] Des weiteren stellen das Mannheimer Innovationspanel (MIP) und das IAB-Betriebspanel Unternehmensdaten zur Verfügung, welche Informationen über die Eigentümerstruktur enthalten und eine regionale Differenzierung zulassen. Allerdings ist bei beiden Quellen die Repräsentativität der Untergruppe der Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung für Ostdeutschland nicht gewährleistet, da die Kriterien für die Erstellung der Stichprobe die Eigentümerstruktur nicht berücksichtigen. Um einen Datensatz zur Verfügung zu stellen, der Indikatoren zur technologischen Leistungsfähigkeit und Einbettung in das lokale Innovationssystem bietet so-

35 COOKE, P. et al.: Regional Innovation Systems: Institutional and Organisational Dimensions. Research Policy, 28, 1997, pp. 475-91.

36 CANTWELL, J.; IAMMARINO, S.: Multinational Corporations and European Regional Systems of Innovation. Routledge: London 2003.

37 FAGERBERG, J. et al.: The Dynamics of Technology Trade and Growth. Edward Elgar: Aldershot 1994.

38 KUEMMERLE, W.: Building Effective R&D Capabilities Abroad. Harvard Business Review, 03-04, 1997, pp. 61-70.

39 FROST, T.: The Geographic Sources of Foreign Subsidiaries' Innovation. Strategic Management Journal, Vol. 22, 2001, pp. 101-123.

40 CHIESA, V.: Globalizing R&D Around Centres of Excellence. Long Range Planning, Vol. 28, Iss. 6, 1995, pp. 19-28. – PEARCE, R. D.: The Internationalization of Research and Development by Multinational Enterprises. London: MacMillan 1989.

41 GÜNTHER, J.: Investitionen auswärtiger Unternehmen in Ostdeutschland deutlich höher als in Mittelosteuropa, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 2/2005, S. 44-50. – VOTTELER, M.: Messung der Position von Regionen bei ausländischen Direktinvestitionen, in: W. Gerstenberger (Hrsg.), Wirtschaftliche Problemstellungen im Vorfeld des EU-Beitritts. Dresden 2001, S. 141-151.

wie Repräsentativität für die Gruppe der ausländischen Investoren gewährleistet, führte das IWH im Rahmen eines EU-Projekts[42] eine Primärerhebung für das Verarbeitende Gewerbe in Ostdeutschland durch. Diese erfolgte in Kooperation mit dem Industrial Investment Council (IIC)[43] und ist Teil der vom IHW geführten „FDI-Datenbank“ (vgl. Kasten).[44]

Kasten:
Die FDI-Datenbank des IWH

Die „FDI-Datenbank“ des IWH basiert auf Primärerhebungen durch die standardisierte Befragung ausländischer Tochtergesellschaften in Post-Transformationsländern und fokussiert auf Indikatoren zur technologischen Leistungsfähigkeit, Unternehmensfunktionen und konzerninterne Governancestrukturen. Die Datenerhebung zur technologischen Leistungsfähigkeit richtet sich nach den internationalen Standards des Frascati- bzw. Oslo-Manuals. Daneben werden eine Reihe allgemeiner Unternehmenskennzahlen der ausländischen Tochtergesellschaften wie Branchenzugehörigkeit, Umsatz, Vorleistungen, Beschäftigte etc. erfaßt. Die erste Erhebung wurde 2001/02 in Polen, Ungarn, Tschechien, Slowenien und Estland mit dem Schwerpunkt Technologietransfer durchgeführt. Die im Jahr 2007 abgeschlossene zweite Erhebung widmet sich dem Thema technologischer Leistungsfähigkeit und Einbettung in Innovationssysteme in Ostdeutschland, Polen, Kroatien, Rumänien sowie Slowenien.

Die Grundgesamtheit der Befragung ist definiert als alle Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes mit einer mindestens 10prozentigen ausländischen Kapitalbeteiligung und Sitz in den Neuen Bundesländern (einschließlich Berlin) im Jahr 2006. Bei den Anteilseignern kann es sich um Einzelpersonen, ausländische Unternehmen,[45] Stiftungen oder reine Finanzinvestoren handeln. Die Grundgesamtheit wurde unter Verwendung der Unternehmensdatenbanken Markus, European Investment Monitor, R&D Scoreboard und der Investorenliste des IIC generiert. Markus und European Investment Monitor sind kommerzielle Datenbanken, die jedoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. R&D Scoreboard ist eine von der Europäischen Kommission herausgegebene Datenbank der weltweit führenden FuE-Unternehmen.[46] Die Investorenliste des IIC wurde auf Basis von Daten der Treuhandanstalt als interne Liste ausländischer Investitionsprojekte in den Neuen Ländern weitergeführt. Aus diesen Quellen wurden 1 090 Unternehmen als Grundgesamtheit identifiziert. Im Vergleich dazu identifiziert die Deutsche Bundesbank in den Neuen Bundesländern (einschließlich Berlin) aus den eingangs erwähnten Gründen nur 360 Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung. Laut IAB-Betriebspanel gab es im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe hochgerechnet 828 Betriebe mit einer mehrheitlich ausländischen Kapitalbeteiligung.[47]

Von den ermittelten 1 090 Unternehmen haben sich 222 an der Befragung beteiligt, was einer Rücklaufquote von 20,4% entspricht. Die sektorale Verteilung in der Stichprobe entspricht der Verteilung in der Grundgesamtheit. Dies zeigt ein Chi-Quadrat-Test der jeweiligen Anteile der Branchen (auf Ebene der WZ2003 2-Steller). Der Umfang der Stichprobe ist, bezogen auf die Größen- und Bundesländerverteilung, in Tabelle 1 dargestellt. Die Verteilung der Unternehmen in der Stichprobe nach Größenklassen weicht nicht signifikant von der Grundmenge ab. Die befragten Unternehmen haben eine durchschnittliche Größe von 190 Mitarbeitern in der Grundgesamtheit bzw. 144 in der

[42] Understanding the Relationship of Knowledge and Competitiveness in an Enlarging European Union, FP6-2004-CITIZENS-5. Siehe auch: http://www.iwh-halle.de/projects/uknow/index.html.

[43] IIC und Invest in Germany (IIG) haben sich im Mai 2007 zur offiziellen Standortmarketinggesellschaft der Bundesrepublik Deutschland, Invest in Germany, zusammengeschlossen.

[44] Die Durchführung der Befragung oblag dem Zentrum für Sozialforschung Halle (ZSH) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und erfolgte durch computerunterstützte Telefoninterviews (CATI).

[45] Bei den „ausländischen Unternehmen“ wird zusätzlich unterschieden zwischen solchen, die neben ihrem Stammland nur in Ostdeutschland präsent sind, und solchen, die neben einer Investition in Ostdeutschland auch noch in mindestens einem weiteren Land präsent sind (= multinationale Unternehmensgruppe).

[46] EUROPEAN COMMUNITIES: Monitoring Industrial Research: Analysis of the 2005 EU Industrial R&D Investment Scoreboard. Sevilla 2006. Für die gelisteten Unternehmen wurde durch recherchiert, ob sie Tochtergesellschaften in den Neuen Bundesländern unterhalten.

[47] Ostdeutschland umfaßt hier die fünf Neuen Bundesländer und Ost-Berlin. Im IAB-Betriebspanel wird nach der Mehrheitskapitalbeteiligung gefragt (nicht 10%-Grenze). Für Ostdeutschland umfaßt die IAB-Stichprobe (2005) 127 Betriebe in mehrheitlich ausländischen Besitz.

Stichprobe. Die Verteilung der Unternehmen in der Stichprobe nach Anzahl der Beschäftigten weicht dabei nicht signifikant von der Grundgesamtheit ab.[48] Aus regionaler Sicht ist die Stichprobe signifikant unterrepräsentiert für das Land Berlin. Die Verteilung nach Bundesländern ist repräsentativ für alle anderen Bundesländer.[49]

Tabelle 1:
Verteilung in Grundgesamtheit (GG) und Stichprobe (SP) nach Größenklassen und Bundesländern
- Anteil der Unternehmen in % -

Größenklassen (Anzahl der Beschäftigten)	GG (%)	SP (%)
1 bis 9	17,8	14,4
10 bis 49	28,7	32,9
50 bis 249	37,2	40,0
über 249	16,3	12,6
Bundesländer		
Berlin	17,8	9,0
Brandenburg	12,5	14,0
Mecklenburg-Vorpommern	7,4	7,7
Sachsen-Anhalt	15,0	17,1
Sachsen	28,7	31,1
Thüringen	18,6	21,2

Quelle: FDI-Datenbank des IWH.

Sektorale Konzentration und Technologieintensität ausländischer Investoren in Ostdeutschland

Die Auswertung der sektoralen Zusammensetzung der Grundgesamtheit (gemessen an Beschäftigungsanteilen) zeigt, daß ausländische Investoren vor allem in der Chemischen Industrie (15%), in der Elektrotechnik (10%) und im Ernährungsgewerbe (10%) konzentriert sind. Dies entspricht einem Konzentrationsmaß über die drei stärksten Sektoren (CR3) von 35% (vgl. Tabelle 2). Damit weisen die ausländischen Investoren eine niedrigere sektorale Konzentration auf als die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes in Ostdeutschland insgesamt (CR3 von 40%). Anders verhält es sich hingegen auf Ebene der Bundesländer, wo die ausländischen Investoren stärker sektoral konzentriert sind, jedoch mit stark unterschiedlichen Spezialisierungen in den einzelnen Ländern.

Dies kann als Hinweis gewertet werden, daß die Bundesländer ausländische Investoren nicht nur in verschiedenem Ausmaß, sondern auch in unterschiedlicher sektoraler Zusammensetzung anziehen. Dies entspricht Ergebnissen aus Untersuchungen für andere Europäische Regionen.[50] Darüber hinaus weicht die Spezialisierung der ausländischen Investitionen in Ostdeutschland auch innerhalb der Bundesländer von der des gesamten ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes ab. Ausländische Firmen investieren somit in regional unterschiedliche Schlüsseltechnologien, die nicht zwingend mit den regional beschäftigungsstärksten Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes insgesamt gleichzusetzen sind.

Hinsichtlich der Technologieintensität zeigt sich, daß die ausländischen Tochtergesellschaften vor allem in Branchen der Kategorie High-Tech (Chemie, Rundfunk- und Nachrichtentechnik) und Medium-High-Tech (Elektroindustrie, sonstiger Fahrzeugbau) präsent sind. Dagegen spielen im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe insgesamt das Ernährungsgewerbe (Low-Tech) und die Branche der Metallerzeugnisse (Medium-Low-Tech) eine dominante Rolle.[51] In Anlehnung an den theoretischen Bezugsrahmen ist nunmehr davon auszugehen, daß ausländische Tochtergesellschaften in den genannten Medium-High- und High-Tech-Branchen als Unternehmen agieren, die die eigenen technologischen Vorteile ausnutzen (*technology exploiting*) oder versuchen, diese aktiv zu mehren (*technology seeking*).

Technologische Leistungsfähigkeit der ausländischen Tochtergesellschaften

Im folgenden werden auf Basis der Befragungsergebnisse Indikatoren zur technologischen Leistungsfähigkeit vorgestellt, die Aufschluß geben hinsichtlich der Frage, ob und inwiefern ausländische Tochtergesellschaften an den konzerninternen technologischen Aktivitäten partizipieren.

Es zeigt sich, daß von den befragten Unternehmen im Jahr 2005 55% FuE am ostdeutschen Standort betrieben. Dies ist im Vergleich zum ge-

[48] Dieses Ergebnis beruht auf dem Mann-Whitney-Test.

[49] Alle Ergebnisse in Bezug auf regionale und Größenklassenverteilung beruhen auf Chi-Quadrat-Tests.

[50] Siehe oben CANTWELL, J.; IAMMARINO, S., a. a. O.

[51] Die OECD-Klassifikation der Branchen nach Technologieintensität unterscheidet High-Tech, Medium-High-Tech, Medium-Low-Tech und Low-Tech. Siehe HATZICHRONOGLOU, T.: Revision of the High-technology Sector and Product Classification. OECD 1997.

Tabelle 2:
Konzentrationsmaße der ausländischen Tochtergesellschaften im Vergleich zum gesamten Verarbeitenden Gewerbe in Ostdeutschland 2005
- Anteil der Beschäftigten in % aller Beschäftigten in den drei wichtigsten Branchen (CR3) -

	CR3 Ausländische Tochtergesellschaften in Ostdeutschland[a]	Top3-Sektoren (WZ 2-Steller)	CR3 Alle Betriebe in Ostdeutschland[b]	Top3-Sektoren (WZ 2-Steller)
Ins-gesamt	35	Chemieindustrie (24) Elektroindustrie (31) Ernährungsgewerbe (15)	40	Ernährungsgewerbe (15) Metallerzeugnisse (28) Maschinenbau (29)
B	59	Chemieindustrie (24) Ernährungsgewerbe (15) Sonstiger Fahrzeugbau (35)	38	Elektroindustrie (31) Druck- u. Verlagsgewerbe (22) Chemieindustrie (24)
BB	55	Sonstiger Fahrzeugbau (35) Metallerzeugung u. -bearb. (27) Papiergewerbe (21)	39	Ernährungsgewerbe (15) Metallerzeugnisse (28) Maschinenbau (29)
MV	57	Sonstiger Fahrzeugbau (35) Ernährungsgewerbe (15) Gummi- u. Kunststoffgew. (25)	49	Ernährungsgewerbe (15) Metallerzeugnisse (28) Maschinenbau (29)
ST	51	Chemieindustrie (24) Maschinenbau (29) Ernährungsgewerbe (15)	41	Metallerzeugnisse (28) Maschinenbau (29) Ernährungsgewerbe (15)
SN	48	Elektroindustrie (31) Rundfunk- u. Nachr.techn. (32) Chemieindustrie (24)	46	Ernährungsgewerbe (15) Metallerzeugnisse (28) Maschinenbau (29)
TH	44	Kraftwagen- u. -teile Rundfunk- u. Nachr.techn. (32) Metallerzeugnisse (28)	38	Metallerzeugnisse (28) Ernährungsgewerbe (15) Maschinenbau (29)

B = Berlin; BB = Brandenburg; MV = Mecklenburg-Vorpommern; ST = Sachsen-Anhalt; SN = Sachsen; TH = Thüringen. – [a] Datenquelle: Für die Befragung generierte Grundgesamtheit der ausländischen Tochtergesellschaften. – [b] Datenquelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit. CR3 ist der Anteil der drei stärksten Sektoren gemessen an der Gesamtbeschäftigung.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; FDI-Datenbank des IWH.

samten ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe ein hoher Anteil, denn laut IAB-Betriebspanel verzeichneten im Jahr 2004 nur 12% der ostdeutschen Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes eine eigene FuE-Tätigkeit.[52] Die FuE-Intensität, das heißt die Gesamtausgaben für FuE in Prozent des Gesamtumsatzes der forschenden Unternehmen, liegt bei den befragten ausländischen Investoren hingegen mit 3% deutlich unter dem für das ostdeutsche Verarbeitende Gewerbe insgesamt zu beobachtenden Wert von 8% (bei einer Berechnung der FuE-Intensität auf Basis des Anteils von FuE-Beschäftigten: 7% versus 13%).[53] Dieser Unterschied dürfte in den unterschiedlichen Größenstrukturen begründet liegen. Große Unternehmen weisen im Vergleich zu KMU regelmäßig eine niedrigere FuE-Intensität auf.[54] Die in Ostdeutschland vergleichsweise wenigen ausländischen Investoren sind aber deutlich größer als der Durchschnitt der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands (vgl. Tabelle 3).

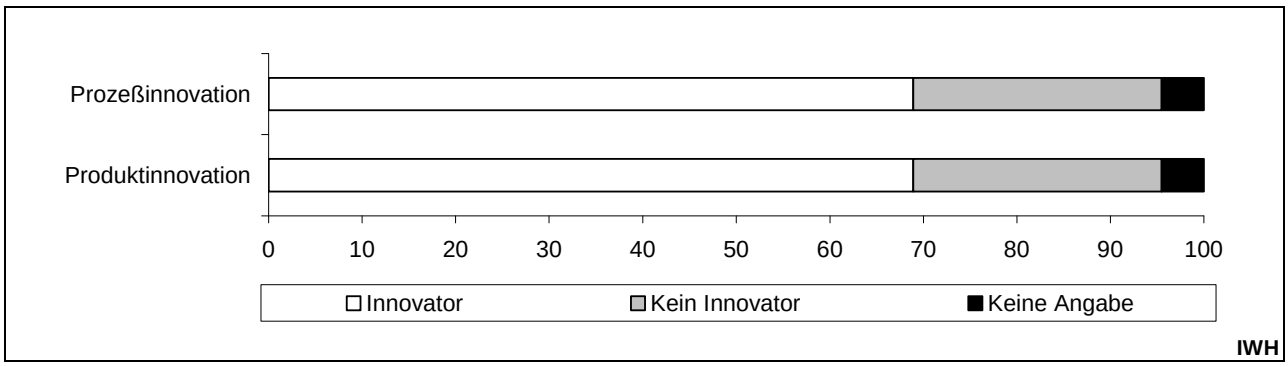
Als weiteren Indikator der technologischen Leistungsfähigkeit liefert die Befragung Daten zur Innovationstätigkeit. Üblicherweise wird hier zwischen Produkt- und Prozeßinnovationen unterschieden. Die befragten Unternehmen geben in beiden Kategorien eine Beteiligung von jeweils 69% an (vgl. Abbildung 1). Damit liegen die ausländischen Tochterunternehmen deutlich über dem Durchschnitt des gesamten Verarbeitenden Gewerbes in Ostdeutsch-

[52] Alle in diesem Beitrag verwendeten Angaben aus dem IAB-Betriebspanel sind auf die Grundgesamtheit hochgerechnete Werte für die fünf Neuen Bundesländer und Berlin-Ost.

[53] EURONORM: Wachstumsdynamik und strukturelle Veränderungen der FuE-Potentiale im Wirtschaftssektor der Neuen Bundesländer. Berlin 2007, S. 9-11.

[54] Siehe z. B. JANZ, N. et al.: Innovationsforschung heute. Nomos-Verlagsgesellschaft: Baden-Baden 2003, S. 25 f. – EURONORM, a. a. O. – KLEINKNECHT, A.: Firm Size and Innovation. Observations in Dutch Manufacturing Industries, in: Small Business Economics, Nr. 1, 1989, pp. 215-222.

Abbildung 1:
Prozeß- und Produktinnovationstätigkeit der ausländischen Tochtergesellschaften im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands 2005
- Anteil der innovativen Unternehmen in % -



Quellen: FDI-Datenbank und Berechnungen des IWH.

land. Laut Mannheimer Innovationspanel beträgt in Ostdeutschland der Anteil der Produkt- bzw. Prozeßinnovatoren im Verarbeitenden Gewerbe 47% bzw. 31%. Betrachtet man den Innovationsoutput, gemessen als Umsatzanteil mit neuen Produkten, ist der Unterschied jedoch weniger ausgeprägt. Die befragten ausländischen Tochtergesellschaften erwirtschaften 26% ihres Umsatzes mit Produktneuheiten im Vergleich zu 22% im gesamten Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands.[55]

Tabelle 3:
Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes in Ostdeutschland nach Eigentümerstatus 2005
- Anteil Betriebe (%) und durchschnittliche Betriebsgröße (Anzahl der Beschäftigten) -

Mehrheitsbeteiligung	Anteil Betriebe (%)	Durchschnittliche Größe (Beschäftigte)
Ausländisch	2	125
Westdeutsch	12	61
Ostdeutsch	83	12
Sonstige[a]	3	38
Insgesamt	100	21

[a] Sonstige = kein Mehrheitseigentümer, öffentlicher Mehrheitseigentümer oder Mehrheitseigentümer nicht bekannt.

Quellen: IAB-Betriebspanel; Berechnungen des IWH.

Vor dem Hintergrund dieser Befunde läßt sich die technologische Leistungsfähigkeit der ausländischen Investoren wie folgt skizzieren: Sie weisen auf Ebene der Bundesländer eine stärker konzentrierte und andere sektorale Spezialisierung im Vergleich zum gesamten Verarbeitenden Gewerbe auf. Dabei sind sie vor allem in technologieintensiven Branchen präsent. Ihre Forschungs- und Innovationsbeteiligung ist im Vergleich zum gesamten Verarbeitenden Gewerbe höher, wobei dies (zumindest teilweise) Ausdruck ihrer Branchenstruktur ist. Dagegen ist die FuE-Intensität aufgrund der Größenstruktur unterdurchschnittlich. Insofern kann man in Übereinstimmung mit bereits vorliegenden Untersuchungen[56] davon sprechen, daß die ausländischen Tochtergesellschaften im Vergleich zum gesamten Verarbeitenden Gewerbe bedingt technologisch leistungsfähiger sind und an den technologischen Aktivitäten (FuE und Innovation) des Gesamtkonzerns durchaus partizipieren.

Einbettung ausländischer Tochtergesellschaften in das ostdeutsche Innovationssystem

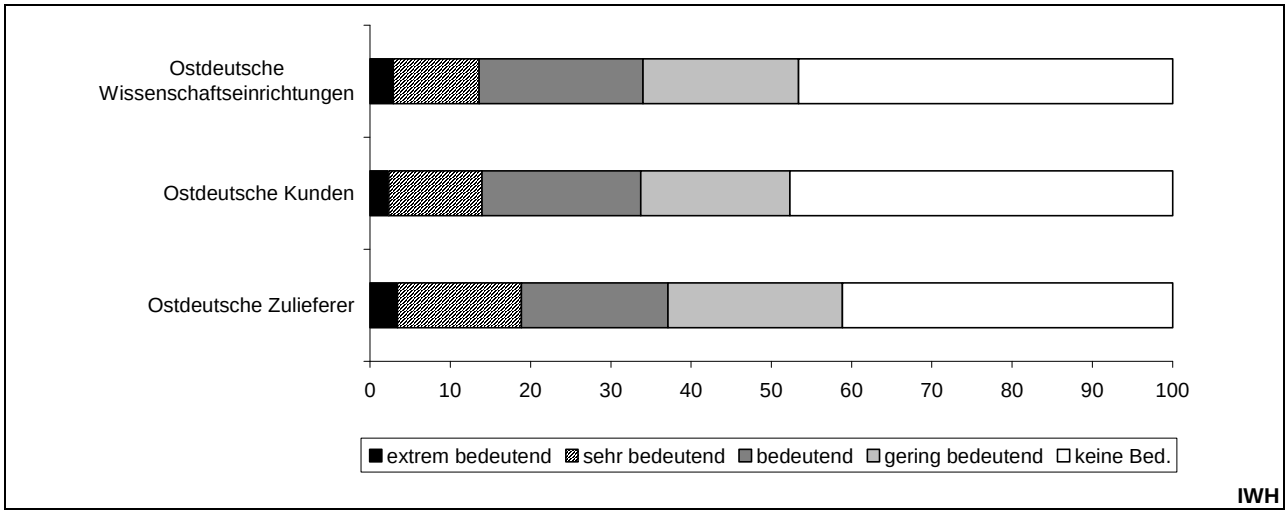
Wichtige unternehmensexterne Netzwerkpartner, von denen Beiträge zur FuE und Innovation in ausländischen Tochtergesellschaften ausgehen können, sind vor allem Kunden, Zulieferer und Wissenschaftsorganisationen. Sie gehören gleichzeitig zu den Akteuren des ostdeutschen Innovationssystems aus dem privaten und öffentlichen Sektor.[57] In der Befragung zeigt sich, daß insgesamt 59% der ausländischen Tochtergesellschaften den ostdeutschen Zulieferern eine Bedeutung für ihre eigene technologische Entwicklung beimessen (vgl. Abbil-

[55] ZEW: Innovationsverhalten der deutschen Wirtschaft. Indikatorenbericht zur Innovationserhebung 2006. 2007, S. 16.

[56] Siehe GÜNTHER, J.; GEBHARDT, O., a. a. O.

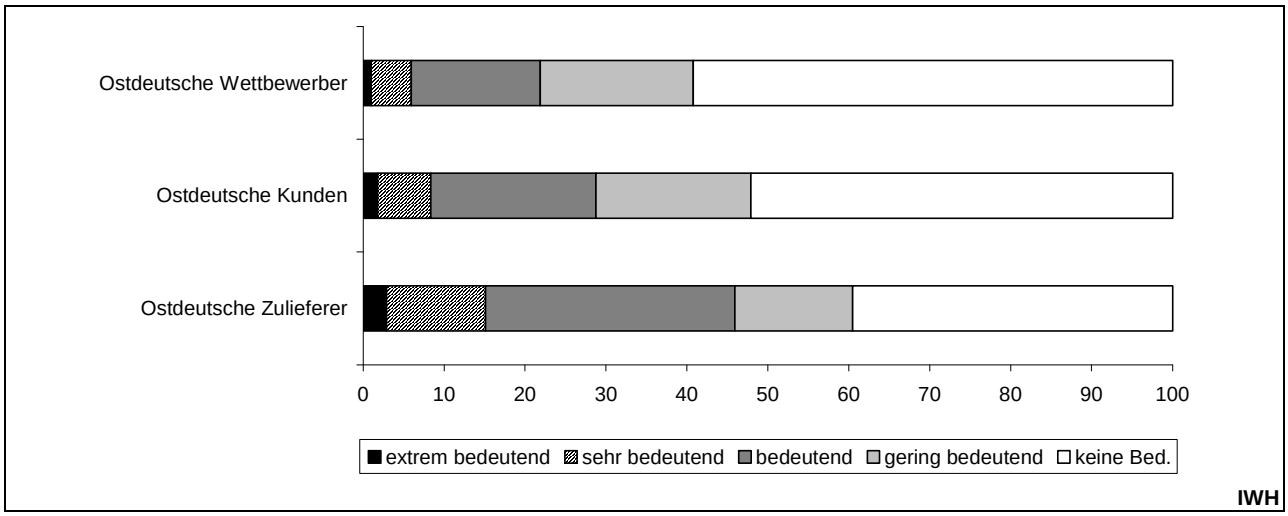
[57] POWELL, W.; KOPUT, K.; SMITH-DOERR, L.: Interorganizational Collaboration and the Locus of Innovation: Networks of Learning in Biotechnology. Administrative Science Quarterly, Vol. 41 (1), 1996, pp. 116-145.

Abbildung 2:
Bedeutung der Akteure des ostdeutschen Innovationssystems für technologische Aktivitäten (FuE und Innovation) der ausländischen Investoren (*technology seeking*) 2005
- Häufigkeiten der Antworten in % -



Quellen: FDI-Datenbank und Berechungen des IWH.

Abbildung 3:
Bedeutung der ausländischen Investoren für die technologischen Aktivitäten (FuE und Innovation) bei Akteuren des ostdeutschen Innovationssystems (Spillover-Potential) 2005
- Häufigkeiten der Antworten in % -



Quellen: FDI-Datenbank und Berechungen des IWH.

dung 2). Aber auch für ostdeutsche Kunden und Wissenschaftseinrichtungen geben 52% bzw. 53% der ausländischen Investoren an, daß diese eine Bedeutung für ihre FuE und Innovation haben.

Die ausländischen Tochtergesellschaften wurden auch danach befragt, welche Bedeutung sie sich selbst für FuE- und Innovationsaktivitäten anderer Akteure des ostdeutschen Innovationssystems beimessen. Damit wird das Potential der von ausländischen Investoren ausgehenden Spillover-Effekte abgebildet. Es wird zwischen ostdeutschen Kunden- und Zulieferbetrieben (vertikale Spillovers) und ostdeutschen Wettbewerbern (horizontale Spillovers) differenziert. Die Auswertung zeigt, daß 60% der ausländischen Tochtergesellschaften sich selbst eine Bedeutung für FuE und Innovation bei Zulieferbetrieben beimessen, 48% schätzen dies auch in Bezug auf ostdeutsche Kundenbetriebe ein, aber nur 41% treffen diese Aussage für ostdeutsche Wettbewerber (vgl. Abbildung 3).

Diese Befunde zeigen einerseits, daß ausländische Tochtergesellschaften mehrheitlich ihre eige-

nen technologischen Prozesse (FuE und Innovation) in das ostdeutsche Innovationssystem einbetten. Externe Netzwerkpartner sind Akteure des ostdeutschen Innovationssystems, sowohl aus dem industriellen als auch dem öffentlichen Sektor. Zum anderen wird deutlich, daß Spillover-Effekte für ostdeutsche Unternehmen eher in vertikaler als in horizontaler Richtung zu erwarten sind. Letzteres Ergebnis stimmt auch mit der empirischen Ergebnislage für ostmitteleuropäische Länder überein.[58]

Einbettung in das ostdeutsche Innovationssystem in Abhängigkeit von der technologischen Leistungsfähigkeit

Bisher wurden die Investoren, in Bezug auf ihre Einbettung in das ostdeutsche Innovationssystem, als homogene Gruppe betrachtet. Die aus den theoretischen Überlegungen gewonnene zentrale These ist aber, daß ausländische Investoren technologische Spillover-Effekte nur dann entfalten, wenn die Tochtergesellschaften sowohl an technologischen Prozessen innerhalb des Konzerns beteiligt sind als auch diese Prozesse gleichzeitig in das ostdeutsche Innovationssystem eingebettet sind. Daher wird im folgenden die Einbettung in das ostdeutsche Innovationssystem (und damit das Spillover-Potential) in Abhängigkeit von der technologischen Leistungsfähigkeit der ausländischen Tochtergesellschaften untersucht. Als Indikatoren der technologischen Leistungsfähigkeit betrachten wir die FuE-Intensität (Anteil der FuE-Beschäftigten an den Gesamtbeschäftigten bzw. Anteil der FuE-Ausgaben am Umsatz) und die Innovationsbeteiligung (Produkt- und Prozeßinnovation) der ausländischen Investoren. Analog der vorangegangenen Analyse wird zunächst die Bedeutung der Akteure des ostdeutschen Innovationssystems für technologische Aktivitäten innerhalb der ausländischen Tochterunternehmen betrachtet (*technology seeking*). Anschließend wird die Bedeutung der ausländischen Investoren für technologische Aktivitäten der Akteure des ostdeutschen Innovationssystems (Spillover-Potential) in den Blick genommen.

Die Analyse zeigt einen positiven Zusammenhang zwischen FuE-Intensität und der Bedeutung ostdeutscher Innovationsakteure für FuE sowie Innovation in den ausländischen Tochtergesellschaften. Die Korrelationskoeffizienten sind für alle drei Akteure des ostdeutschen Innovationssystems positiv und signifikant, allerdings scheint der Zusammenhang am deutlichsten für ostdeutsche Wissenschaftseinrichtungen (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4:
Bedeutung der Akteure des ostdeutschen Innovationssystems für technologische Aktivitäten in ausländischen Tochtergesellschaften (*technology seeking*) in Abhängigkeit von der FuE-Intensität 2005
- Korrelationskoeffizienten nach Spearman-Rho -

	Ostdeutsche Kunden	Ostdeutsche Zulieferer	Ostdeutsche Wissenschaftsorganisationen
FuE-Beschäftigte	0,159**	0,144*	0,387***
FuE-Ausgaben	0,186**	0,213**	0,155*

* signifikant auf 10%-Niveau. – ** signifikant auf 5%-Niveau. – *** signifikant auf 1%-Niveau.

Quellen: FDI-Datenbank und Berechungen des IWH.

Unterscheidet man die ausländischen Tochtergesellschaften anhand ihrer Produkt- und Prozeßinnovationsaktivität und testet auf Unterschiede hinsichtlich der Bedeutung von ostdeutschen Innovationsakteuren, zeichnet sich ein ähnliches Bild ab (vgl. Tabelle 5). Das heißt, ausländische Tochtergesellschaften, welche Produkt- bzw. Prozeßinnovationen durchführen, messen allen drei ostdeutschen Netzwerkpartnern eine signifikant höhere Bedeutung zu als Nicht-Innovatoren. Der Unterschied in der Bedeutung ist erneut am stärksten für die Bedeutung ostdeutscher Wissenschaftseinrichtungen.

Hinsichtlich der Spillover-Potentiale, also der Bedeutung ausländischer Tochtergesellschaften für technologische Aktivitäten (FuE und Innovation) der Akteure des ostdeutschen Innovationssystems, zeigt sich folgendes Bild: Nur für ostdeutsche Zulieferbetriebe ergibt sich ein konsistenter positiver Zusammenhang über alle vier Indikatoren (FuE-Intensität i. S. v. Beschäftigten, FuE-Intensität i. S. v. Ausgaben, Produktinnovator, Prozeßinnovator) (vgl. Tabellen 6 und 7). Auch den ostdeutschen Kunden messen ausländische Investoren mit zunehmender FuE-Intensität (Beschäftigte) eine zunehmende Bedeutung als Empfänger von Spillovers zu.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß es die technologisch leistungsfähigeren ausländischen Investoren sind, welche sich besonders stark in das ostdeutsche Innovationssystem integrieren, um, wie eingangs beschrieben, explorativ neues Wissen zu

[58] STEPHAN, J. et al.: Technology Transfer via Foreign Direct Investment in Central and Eastern Europe – Theory, Method of Research and Empirical Evidence. Macmillan: Basingstoke and New York 2006.

Tabelle 5:
Bedeutung der Akteure des ostdeutschen Innovationssystems für technologische Aktivitäten in ausländischen Tochtergesellschaften (*technology seeking*) in Abhängigkeit von der Innovationsaktivität
- Einseiter t-Test auf Abweichungen der Mittelwerte -

	Ostdeutsche Kunden			Ostdeutsche Zulieferer			Ostdeutsche Wissenschaftsorganisationen		
	Mittelwert	σ	Signifikanz	Mittelwert	σ	Signifikanz	Mittelwert	σ	Signifikanz
Produktinnovator	2,15	1,18	0,018**	2,32	1,24	0,012**	2,20	1,17	0,001***
Kein Produktinnovator	1,71	1,09		1,86	1,14		1,61	1,07	
Prozeßinnovator	2,12	1,15	0,070*	2,33	1,22	0,009***	2,19	1,18	0,002***
Kein Prozeßinnovator	1,82	1,19		1,83	1,17		1,65	1,07	

Anmerkungen: * signifikant auf 10%-Niveau; ** signifikant auf 5%-Niveau; *** signifikant auf 1%-Niveau.

Quellen: FDI-Datenbank und Berechungen des IWH.

erschließen und ihre unternehmensspezifischen Vorteile aktiv zu mehren. Im Gegensatz dazu scheinen Tochterunternehmen, welche wenig oder gar nicht an technologischen Prozessen des Konzerns beteiligt sind, eine geringere Neigung aufzuweisen, mit Akteuren des ostdeutschen Innovationssystems Netzwerkbeziehungen einzugehen. Diese Beobachtungen stehen im Einklang mit der eingangs angeführten Theorie aus strategischer Perspektive.[59]

Tabelle 6:
Bedeutung der ausländischen Investoren für technologische Aktivitäten der Akteure des ostdeutschen Innovationssystems (Spillover-Potential) in Abhängigkeit von der FuE-Intensität 2005
- Korrelationskoeffizienten nach Spearman-Rho -

	Ostdeutsche Kunden	Ostdeutsche Zulieferer	Ostdeutsche Wettbewerber
FuE-Beschäftigte	0,219***	0,137*	-0,012
FuE-Ausgaben	0,111	0,193**	0,029

Anmerkungen: * signifikant auf 10%-Niveau; ** signifikant auf 5%-Niveau; *** signifikant auf 1%-Niveau.

Quellen: FDI-Datenbank und Berechungen des IWH.

Im Hinblick auf mögliche Spillovers zeigt sich jedoch, daß ein Potential für diese nur eingeschränkt zu beobachten ist. Ein signifikant positiver Zusammenhang zwischen dem Spillover-Potential in Abhängigkeit von der technologischen Leistungsfähigkeit ausländischer Tochtergesellschaften ist nur für ostdeutsche Zulieferbetriebe zu erkennen. Unterschiede in Spillover-Potentialen für ostdeutsche Kundenbetriebe sowie Wettbewerber lassen sich in der vorgelegten Studie jedoch nicht durch eine unterschiedliche technologische Leistungsfähigkeit der ausländischen Tochtergesellschaften erklären. Die Befunde hinsichtlich des eingeschränkten Spillover-Potentials stellen eine mögliche Erklärung für die eingangs erwähnten, bisher nicht nachweisbaren Spillover-Effekte durch ausländische und westdeutsche Investoren in Ostdeutschland dar. [60]

Die zentrale These der vorliegenden Untersuchung, das heißt ein positiver Zusammenhang zwischen technologischer Leistungsfähigkeit, Einbettung in das ostdeutsche Innovationssystem und möglichen Spillover-Effekten, kann für Ostdeutschland somit zumindest teilweise bestätigt werden.

Ein Grund für die schwachen Spillover-Potentiale in Bezug auf Kunden könnte in einer überregionalen Absatzstruktur ausländischer Tochtergesellschaften begründet sein. Möglich ist auch, daß bei ostdeutschen Kunden und Wettbewerbern die absorptive Kapazität, also die Fähigkeit, externes Wissen aufzunehmen, unzureichend ausgebildet ist. Ausländische Investoren können aber auch eine strategische Abschottung von FuE- und Innovationsprozessen vor allem gegenüber ihren Wettbe-

[59] Siehe FROST, T., a. a. O.

[60] In der Untersuchung von GÜNTHER, J.; LEHMANN, H., a. a. O. sind keine positiven Produktivitätseffekte zugunsten einheimischer Unternehmen nachweisbar, wobei hier nicht zwischen technologisch leistungsstarken und technologisch schwachen Investoren unterschieden wurde. Die vorliegenden Ergebnisse legen eine entsprechende Weiterentwicklung des Schätzansatzes nahe.

Tabelle 7:
Bedeutung der ausländischen Investoren für technologische Aktivitäten der Akteure des ostdeutschen Innovationssystems (Spillover-Potential) in Abhängigkeit von der Innovationsaktivität 2005
- Einseiter t-Test auf Abweichungen der Mittelwerte -

	Ostdeutsche Kunden			Ostdeutsche Zulieferer			Ostdeutsche Wettbewerber		
	Mittelwert	σ	Signifikanz	Mittelwert	σ	Signifikanz	Mittelwert	σ	Signifikanz
Produktinnovator	1,88	1,07	0,409	2,40	1,19	0,007***	1,67	0,98	0,240
Kein Produktinnovator	1,84	1,09		1,89	1,08		1,78	0,98	
Prozeßinnovator	1,88	1,04	0,428	2,38	1,16	0,015**	1,67	0,94	0,248
Kein Prozeßinnovator	1,85	1,16		1,93	1,20		1,78	1,08	

Anmerkungen: * signifikant auf 10%-Niveau; ** signifikant auf 5%-Niveau; *** signifikant auf 1%-Niveau.

Quellen: FDI-Datenbank und Berechungen des IWH.

werbern betreiben, welche horizontale Spillover bewußt verhindert.

Schlußfolgerungen

Die Ergebnisse aus der vorliegenden Untersuchung bestätigen, daß im Vergleich zum gesamten Verarbeitenden Gewerbe die Forschungs- und Innovationsbeteiligung ausländischer Investoren höher ist, was zumindest teilweise mit der Branchenstruktur begründet werden kann. Die Studie zeigt, daß insbesondere die technologisch leistungsfähigeren ausländischen Tochtergesellschaften dem ostdeutschen Innovationssystem eine hohe Bedeutung beimessen. Im Gegensatz zu bisher existierenden Vermutungen scheint das ostdeutsche Innovationssystem durchaus attraktiv für die Ansiedlung von Forschung und Innovationsaktivitäten technologisch leistungsfähiger ausländischer Investoren. Es kann davon ausgegangen werden, daß die vorteilhafte Ausstattung mit Wissenschaftseinrichtungen, das heißt Universitäten und vor allem außeruniversitären Forschungseinrichtungen, in den Neuen Ländern hier einen wesentlichen Beitrag leistet.[61] Das ostdeutsche Innovationssystem ist somit als strategischer Standortfaktor für multinationale Investoren nicht zu unterschätzen. Dies gilt vor allem im Vergleich zu diesbezüglichen Defiziten in Mittel- und Osteuropa und gegenwärtig stattfindenden Aufholprozessen an asiatischen Standorten.[62] Im Hinblick auf innovationspolitische Schlußfolgerungen scheint es daher sinnvoll, das Instrumentarium der Verbundprojektförderung explizit weiter zu nutzen, um die verschiedenen Akteure (Kunden, Zulieferer, Wettbewerber, Wissenschaftseinrichtungen etc.) des ostdeutschen Innovationssystems noch stärker an technologische Prozesse ausländischer Investoren zu koppeln. Die vorliegenden Ergebnisse deuten jedoch auch darauf hin, daß die technologisch leistungsfähigen ausländischen Investoren nur bedingt, daß heißt in vertikaler Richtung zu Zulieferbetrieben, signifikante Spillover-Potentiale generieren. Ein weiterer möglicher Ansatzpunkt der Innovationspolitik ist die Förderung absorptiver Kapazität in ostdeutschen Betrieben. Hier bieten sich ebenfalls Verbundprojekte im Bereich der FuE- und Innovationsförderung an. Aus der Sicht regionaler Innovationssysteme kann dabei ein besonderes Augenmerk auf einheimische Unternehmen gelegt werden, die sich durch Exporte oder eigene Tochtergesellschaften in internationalen Märkten etablieren.

Jutta Günther (Jutta.Guenther@iwh-halle.de)
Björn Jindra (Bjoern.Jindra@iwh-halle.de)
Johannes Stephan (Johannes.Stephan@iwh-halle.de)

61 PASTERNACK, P.: Forschungslandkarte Ostdeutschland, Sonderband "die hochschule" 2007. Institut für Hochschulforschung, Wittenberg. – ROTH, D.: Wissenschaftseinrichtungen als Standortfaktor, in: IWH-Sonderheft 4/2006. Halle 2006.

62 McGOWAN, S.; RADOSEVIC, N.; VON TUNZELMANN, N. (eds): The Emerging Structure of the Wider Europe, Routledge: London and New York 2004. – LEGLER, H. et al.: Die Bedeutung von Aufhol-Ländern im globalen Technologiewettbewerb, Studien zum deutschen Innovationssystem, 21/2007.

Was bringt eine Zentralisierung gemeindlicher Verwaltungsstrukturen? – Befunde aus Fallstudien in sachsen-anhaltischen Kommunen

Die „richtige" gemeindliche Organisationsform – ein Faktor im Wettbewerb der Städte und Gemeinden

Städte und Gemeinden stehen untereinander im Wettbewerb um Unternehmen und Einwohner. Um in diesem Wettbewerb bestehen zu können, müssen die Kommunen bei der Gestaltung ihrer Leistungsangebote den Anforderungen der Effizienz und der Effektivität Rechnung tragen. Effizienz bedeutet, daß die Leistungen zu möglichst geringen Kosten angeboten werden. Effektivität ist gegeben, wenn die kommunalen Leistungsangebote bestmöglich den Präferenzen der Bürger und Unternehmen entsprechen.

Effizienz und Effektivität der kommunalen Leistungserbringung hängen von den siedlungsstrukturellen, wirtschaftlichen sowie demographischen Bedingungen und auch von der jeweils gewählten *gemeindlichen Organisationsform* ab.

Der vorliegende Beitrag soll zur Klärung der Frage beitragen, welche Vor- und Nachteile verschiedene gemeindliche Organisationsformen jeweils aufweisen, und zwar am Beispiel des Landes Sachsen-Anhalt.[63] Für dieses Bundesland ist die Frage nach der „richtigen" Aufstellung der kommunalen Ebene derzeit besonders relevant, weil die Landesregierung plant, eine grundlegende Reform der Gemeindeebene in nächster Zeit in die Wege zu leiten.[64]

Gemeindeorganisation aus Sicht der Föderalismusökonomik

Die Föderalismusökonomik verfolgt das Anliegen, die Kosten und Nutzen von staatlichen Einheiten mit jeweils unterschiedlichem Grad an Föderalismus bzw. Unitarismus zu ermitteln, um auf dieser Basis Hinweise für eine optimale staatliche Struktur zu geben.[65] Diese Frage wird zumeist auf unterschiedliche Organisationsformen von Nationalstaaten angewandt, sie läßt sich jedoch auch auf den Vergleich zwischen unterschiedlichen Organisationsformen auf der Gemeindeebene übertragen. Auch Städte und Gemeinden können entweder föderativ oder unitarisch organisiert sein. Eine föderativ verfaßte Gemeinde verfügt über zwei Ebenen: eine mehr oder weniger starke Zentralgewalt, die für bestimmte Aufgaben zuständig ist, die für das gesamte Gemeindegebiet zu erledigen sind („Zentralgemeinde"), und sogenannte „Mitgliedsgemeinden" mit Zuständigkeit für alle übrigen Gemeindeaufgaben. Die unitarisch verfaßte Gemeinde besitzt demgegenüber keine weitere Untergliederung. Alle Gemeindeaufgaben werden ausschließlich von der sogenannten „Einheitsgemeinde", die für das gesamte Gemeindegebiet zuständig ist, erfüllt.[66]

---

[63] Die hier vorgestellten Befunde basieren auf einer gemeinsam vom IWH und vom Lehrstuhl für Öffentliches Recht an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg im Auftrag der sachsen-anhaltischen Landesregierung durchgeführten Untersuchung. Vgl. ROSENFELD, M. T. W.; KLUTH, W. et al.: Zur Wirtschaftlichkeit gemeindlicher Verwaltungsstrukturen in Sachsen-Anhalt. Gutachten im Auftrag des Ministeriums des Innern des Landes Sachsen-Anhalt. – Endversion des Abschlußberichts (19. Juni 2007). Institut für Wirtschaftsforschung Halle und Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, in: http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/fileadmin/Elementbibliothek/Bibliothek_Politik_und_Verwaltung/Bibliothek_Ministerium_des_Innern/PDF_Dokumente/Referat_35/GR_Studie_Endversion_Abschlu__bericht_19_Juni_2007.pdf, Zugriff am 02.10.2007. Das Gutachten wird in Kürze auch in der Sonderheft-Reihe des IWH publiziert.

[64] Vgl. LANDTAG VON SACHSEN-ANHALT: Fünfte Wahlperiode. Gesetzentwurf. Landesregierung. Entwurf eines Begleitgesetzes zur Gemeindegebietsreform, Drucksache 5/902, 02.10.2007, in: http://www.landtag.sachsen-anhalt.de/intra/landtag3/ltpapier/drs/5/d0902lge_5.pdf, Zugriff am 22.11.2007.

[65] Grundlegend hierzu und zu den folgenden Ausführungen: TIEBOUT, C. M.: A Pure Theory of Local Expenditures, in: Journal of Political Economy, Vol. 64, No. 5, 1956, pp. 416-424. – OATES, W. E.: Fiscal Federalism. New York u. a. 1972. – OLSON, M.: The Principle of „Fiscal Equivalence": The Division of Responsibilities among Different Levels of Government, in: American Economic Review, Vol. 59, No. 2, 1967, pp. 479-487. – Vgl. zusammenfassend auch ZIMMERMANN, H.: Kommunalfinanzen. Eine Einführung in die finanzwissenschaftliche Analyse der kommunalen Finanzwirtschaft, Schriften zur öffentlichen Verwaltung und öffentlichen Wirtschaft, 163. Baden-Baden 1999, S. 25-58 sowie FREY, R.: Zwischen Föderalismus und Zentralismus. Ein volkswirtschaftliches Konzept des schweizerischen Bundesstaates. Bern und Frankfurt/M. 1977, hier insbesondere S. 26-39. Eine empirische Untersuchung, die am Beispiel Deutschlands unter anderem die Effekte einer Dezentralisierung im Rahmen des föderalen Aufbaus untersucht, findet sich in BLUM, U.; DUDLEY, L.: A Spatial Model of the State, in: Journal of Institutional and Theoretical Economics (JITE) Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 147 (1991), S. 312-336.

[66] In der Realität gibt es zahlreiche Abstufungen zwischen den beiden skizzierten idealtypischen und gleichsam „polaren" Modellen, vgl. hierzu weiter unten in diesem Beitrag.

Zumeist wird davon ausgegangen, daß aus einer stärkeren Bündelung oder Zentralisation Vorteile hinsichtlich der Kosten der staatlichen Produktion oder Verwaltungstätigkeit entstehen können, unter anderem aufgrund von Economies of Scale und Economies of Scope. Zentralisation kann auch zur Begrenzung räumlicher Externalitäten und zur Ballung von Finanzkraft beitragen. Demgegenüber können die föderativ verfaßten staatlichen Organisationen Vorteile im Hinblick auf die Transaktionskosten[67], die präferenzgerechte Versorgung mit öffentlichen Leistungen, das freiwillige bürgerschaftliche Engagement für öffentliche Aufgaben (als Ressource zur Senkung der Produktionskosten) sowie die bürgerschaftliche Partizipation aufweisen.

Bei einer Übertragung dieser Gedanken auf die beiden zuvor erläuterten Grundtypen der Gemeindeorganisation ergeben sich die folgenden Vermutungen:

Hinsichtlich der Effizienz der kommunalen Aufgabenerfüllung kommt es in Einheitsgemeinden im Vergleich zu föderativ organisierten Gemeinden in vielen Bereichen zu niedrigeren Produktionskosten, weil die Nutzung von Größenvorteilen in Einheitsgemeinden eher möglich wird, unter anderem auch durch einen flexibleren Einsatz von Arbeitskräften. Grundsätzlich könnte auch in einer föderativ organisierten Gemeinde eine räumliche Konzentration von Einrichtungen und/oder eine gemeinsame Nutzung von Arbeitskräften erfolgen. Dies hat aber aufwendige Verhandlungen zwischen den Mitgliedsgemeinden zur Folge. Bei der Verwaltung i. e. S. ergeben sich Kostenvorteile der Einheitsgemeinden gegenüber den föderativ organisierten Gemeinden durch den Umstand, daß für eine Einheitsgemeinde je Aufgabengebiet nur noch eine kommunale Satzung erforderlich wird, während in einer föderativ organisierten Gemeinde für jedes Aufgabengebiet und jede Mitgliedsgemeinde jeweils eine Satzung vorhanden sein muß. Eine grundsätzlich mögliche Vereinheitlichung von Satzungen innerhalb der föderativ organisierten Gemeinden wäre wiederum mit Abstimmungskosten verbunden.

Effizienzvorteile der föderativ organisierten Gemeinden im Vergleich zu den Einheitsgemeinden ergeben sich demgegenüber bei der Möglichkeit, bürgerschaftliches Engagement und freiwillige Inputs der Bürger als Ressourcen zur Kostensenkung zu nutzen. In Einheitsgemeinden wird es vermutlich häufiger erforderlich sein, die gemeindlichen Leistungen durch hauptamtliches kommunales Personal zu erbringen. Aufgrund des Wettbewerbs zwischen den Mitgliedsgemeinden (um Einwohner und Unternehmen) könnte man grundsätzlich annehmen, daß die Entscheidungsträger der Mitgliedsgemeinden höhere Anreize als die Entscheidungsträger von Einheitsgemeinden haben, für eine effiziente Leistungserbringung zu sorgen. Allerdings hängt das Ausmaß dieser Anreize davon ab, in welchem Umfang die Mitgliedsgemeinden bzw. die Ebene der „Zentralgemeinde“ für bestimmte Leistungen jeweils zuständig sind.

Vorteile bei der Effektivität der kommunalen Aufgabenerfüllung ergeben sich für die Einheitsgemeinden aufgrund der Möglichkeiten der Ballung von Finanzkraft und der damit verbundenen Realisierung von Großprojekten. In den föderativ organisierten Gemeinden wäre dies mit hohen Abstimmungskosten verbunden. Bei Infrastrukturprojekten kann es in den föderativ organisierten Gemeinden entweder zur Zersplitterung der Angebote, zu einem Überangebot aufgrund der Konkurrenz zwischen den Mitgliedsgemeinden oder zu gar keinem Angebot (infolge der mit einer Einrichtung verbundenen räumlichen externen Effekte und der Möglichkeit jeder Mitgliedsgemeinde zum Trittbrettfahrerverhalten) kommen.

Aber auch die föderativ verfaßten Gemeinden haben Vorteile bei der Effektivität der Leistungserstellung. Diese können sich aufgrund der Möglichkeit der Mitgliedsgemeinden ergeben, rasch und ortsnah (ohne lange Verwaltungswege) auf örtliche Veränderungen zu reagieren. Ebenso ist zu vermuten, daß die Entscheidungsträger der Mitgliedsgemeinden stärker für die wirtschaftliche Entwicklung ihres jeweiligen Ortes engagiert sind als die Entscheidungsträger einer Einheitsgemeinde, die sich in erster Linie für das Gesamtgebiet der Einheitsgemeinde einsetzen. Diese Vermutung basiert auf der örtlichen Verwurzelung und den geringeren Kontrollkosten für die Bürger. Auch der Wettbewerb zwischen den Mitgliedsgemeinden kann dieses Engagement befördern. Schließlich ist zu erwarten, daß in den föderativ verfaßten Gemeinden aufgrund ihrer Untergliederung in Mitgliedsgemeinden oder „Teilkollektive“ den Wünschen der Bürger stärker als in Einheitsgemeinden entsprochen wird und die Frustrationskosten in föde-

[67] Solche Transaktionskosten können z. B. Kosten der Information über örtliche Problemlagen und politische Programme, Kosten der Abwanderung als Mittel zur negativen Sanktionierung politischer Entscheidungen betreffen.

Tabelle:
Merkmale der im Bundesland Sachsen-Anhalt praktizierten Formen gemeindlicher Organisation – Einheitsgemeinden und Verwaltungsgemeinschaften

	Einheitsgemeinde	Verwaltungsgemeinschaft
Zahl und Selbstverwaltungsstatus der Gemeinden	eine einzige selbstständige Gemeinde; Ortsteile, die räumlich getrennt voneinander gelegen sind, können Ortschaften bilden und über eine Ortschaftsverfassung verfügen	mehrere selbständige Gemeinden innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft
Zuständigkeitsverteilung	alle Aufgaben werden von der Einheitsgemeinde erfüllt; unter Umständen Delegation einzelner Aufgaben (z. B. Verschönerung des Ortsbilds oder Bewahrung des Brauchtums) an die Ortsteile	die Gestaltung der meisten Aufgaben obliegt den Mitgliedsgemeinden (die verwaltungsseitige Ausführung liegt zumeist bei der Verwaltungsgemeinschaftsebene); *einzelne* Aufgaben können auf freiwilliger Basis der Verwaltungsgemeinschaftsebene übertragen werden
Gemeindevertretung	ein Gemeinderat	Gemeinderäte in allen Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft
Bürgermeister	ein gewählter hauptamtlicher Bürgermeister	gewählte ehrenamtliche Bürgermeister in allen Mitgliedsgemeinden
Verwaltung	eine Verwaltung	eine Verwaltung auf der Verwaltungsgemeinschaftsebene, keine Verwaltungen in den Mitgliedsgemeinden; ein „Verwaltungsgemeinschaftsausschuß“, der für Entscheidungen der Verwaltungsgemeinschaft zuständig ist
Satzungen	einheitliche Satzung	Recht der einzelnen Mitgliedsgemeinden, Satzungen für ihren räumlichen Zuständigkeitsbereich zu erlassen.

Quelle: Darstellung des IWH.

rativ verfaßten Gemeinden demgemäß niedriger als in Einheitsgemeinden ausfallen.[68]

Die vorgestellten Vor- und Nachteile der föderativen wie der unitarischen Organisation von Gemeinden sind *mögliche* Effekte, die sich aus der Theorie ableiten lassen. In der föderalismustheoretischen Debatte wird aber seit langem auch darauf verwiesen, daß das zentralistische Modell ebenso wie der föderative Wettbewerb in der Realität Effizienzmängel aufweisen können. Mithin fallen womöglich die empirischen Befunde zu Effizienz- und Effektivitätsunterschieden zwischen zentralisierten und föderativ organisierten Gemeindeformen nicht so scharf aus, wie im ersten Moment vermutet werden könnte. Um so dringlicher ist es, durch empirische Untersuchungen mehr Licht in diese Debatte zu bringen.

Sachsen-Anhalt: Einheitsgemeinden als zentralisierte und Verwaltungsgemeinschaften als „föderative“ Organisationsform

Im Land Sachsen-Anhalt, auf das sich die hier vorgestellten Untersuchungsergebnisse beziehen, existieren bislang (Stand Januar 2008) zwei Organisationsformen: die Einheitsgemeinden und die Verwaltungsgemeinschaften (vgl. zu deren Merkmalen die Tabelle). Einheitsgemeinden verkörpern tendenziell das zentralistische, Verwaltungsgemeinschaften das föderative Modell gemeindlicher Organisation.

Alle in der kommunalen Praxis existierenden Organisationsformen, mithin auch jene in Sachsen-Anhalt, stellen Mischformen dar, die von den zuvor diskutierten „idealtypischen“ Modellen abweichen: So verfügen in den Verwaltungsgemeinschaften nicht die einzelnen selbständigen Mitgliedsgemeinden, sondern nur die Verwaltungsgemeinschaftsebene über eine hauptamtliche Verwaltung. Umgekehrt ist es bei den Einheitsgemeinden in vielen Fällen üblich, daß räumlich getrennte Ortsteile über eine sogenannte Ortschaftsverfassung, einen

[68] Vgl. hierzu den grundlegenden Artikel von PENNOCK, J. R.: Federal and Unitary Government–Disharmony and Frustration, in: Behavioural Sciences, IV (1959), pp. 147-157.

Ortsbürgermeister und Ortschaftsräte verfügen. Die Aufgaben letzterer sind jedoch eng begrenzt.

Den Reformvorstellungen der Regierung des Landes Sachsen-Anhalt zufolge soll für jene Gemeinden, die bislang zu Verwaltungsgemeinschaften zusammengeschlossen sind, eine Zentralisation dergestalt realisiert werden, daß sie größtenteils zu Einheitsgemeinden transformiert werden.

Das Design der empirischen Untersuchung

Zur Frage der Effizienz von zentralistischen und föderativen Formen gemeindlicher Organisation in Sachsen-Anhalt hat das IWH vor kurzem bereits Untersuchungsergebnisse veröffentlicht, die auf der quantitativen Analyse kommunaler Finanz- und Personalstatistiken basierten.[69] Diese Untersuchungen haben gezeigt, daß im Vergleich von zentralisierter und föderativer Gemeindeform signifikante Kostenvorteile der ersteren Organisationsform nicht belegt werden konnten. Dieser Befund wirft die Frage nach den Ursachen hierfür auf. Außerdem lassen sich nicht alle Aspekte der Effizienz mit Hilfe der statistischen Daten untersuchen. Weiterhin stellt sich die Frage, ob sich die Gemeindetypen, wenn nicht bei der Effizienz, so doch bei der Effektivität der Leistungserbringung unterscheiden.

Vertiefende Einsichten zur Effektivität sowie zur Effizienz und zu den sie beeinflussenden Faktoren verlangen, solche Aspekte wie die Finanzkraftballung sowie die Wahrnehmung von Möglichkeiten zur Konzentration von Infrastruktureinrichtungen und zur Nutzung bürgerschaftlichen Engagements in den Blick zu nehmen. Befunde zu diesen beispielhaft genannten Fragen lassen sich aber nur anhand von – über sekundärstatistisch basierte Analysen hinausgehende – vertiefenden Untersuchungen und eigene Erhebungen gewinnen. Eine umfassende Primärerhebung ist allerdings mit einem erheblichen Aufwand verbunden. Daher basiert der vorliegende Beitrag auf Fallstudien in ausgewählten Verwaltungsgemeinschaften und Einheitsgemeinden.[70] Für die Fallstudien[71] wurden Kommunen ausgewählt, deren grundlegende Organisationsform und territorialer Zuschnitt sich im Zeitraum der Jahre 1995 bis 2004 nicht wesentlich verändert haben. Ausnahmen bilden zwei Kommunen, die ursprünglich als Verwaltungsgemeinschaften firmierten und später (zu Beginn der 2000er Jahre) in Einheitsgemeinden umgewandelt wurden (sogenannte „Transformationsgemeinden“). Diese Konstellation war und ist angesichts der oben erwähnten Absicht der sachsen-anhaltischen Landesregierung, die Verwaltungsgemeinschaften überwiegend in Einheitsgemeinden umzuwandeln, von besonderem Interesse.

Effizienzvorteile von Einheitsgemeinden bei Haushaltsplanung und Aufstellung von Satzungen

Gemäß den oben vorgestellten theoretischen Überlegungen lassen sich Effizienzvorteile der Einheitsgemeinden bei der Aufstellung der *Haushaltspläne* sowie bei der Aufstellung und Anwendung von *Satzungen* erwarten.

Diese Hypothese konnte bereits mit den quantitativen Untersuchungen von *Haug* und *Michelsen* für die Bereiche der Finanz- und der Hauptverwaltung[72] tendenziell bestätigt werden. Die Fallstudienergebnisse zeigen in die gleiche Richtung und verdeutlichen zudem die Faktoren, die hinter der Kostensenkung stehen. Am Beispiel der Aufstellung der Haushaltpläne für das Jahr 2007 wurde in den Fallstudienkommunen erfragt, welcher Anteil der Jahresarbeitszeit 2006 hierfür aufgewendet

---

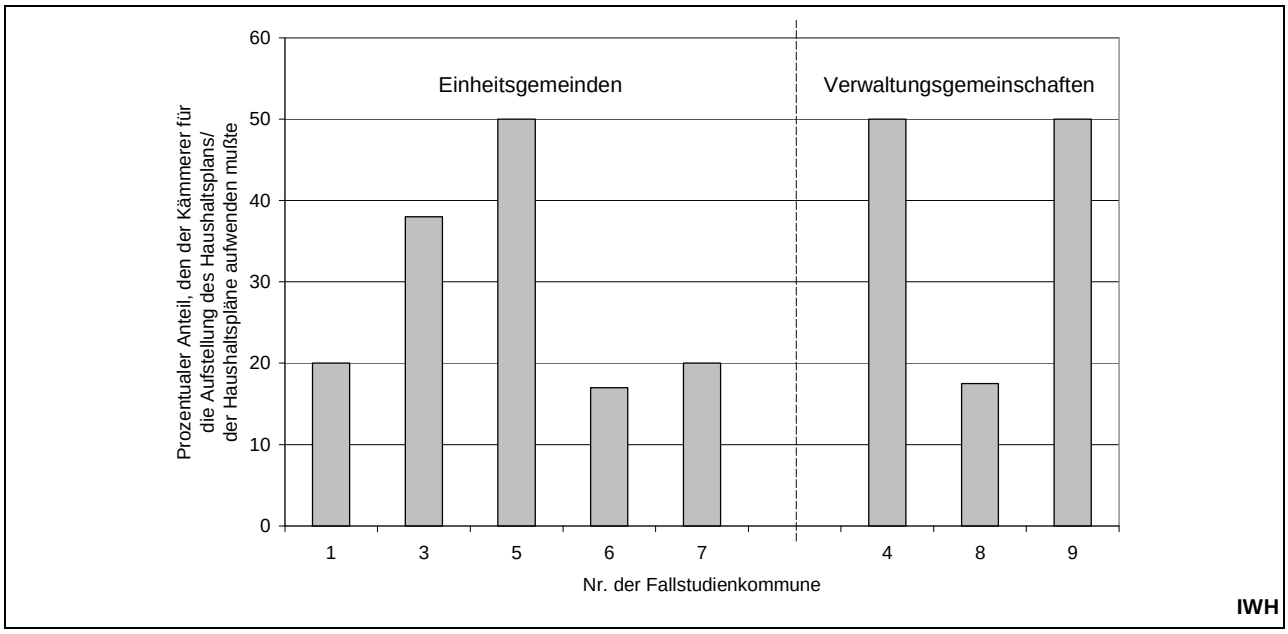
69 Vgl. HAUG, P.; MICHELSEN, C.: Reform kommunaler Verwaltungsstrukturen: Zentralisierung bringt nicht nur Effizienzvorteile, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 11/2007, S. 403-413.

70 An der Durchführung der Fallstudiengespräche waren, arbeitsteilig, folgende Mitglieder des Bearbeiterteams des Gutachtens beteiligt: Prof. Dr. Winfried Kluth und Dr. Jana Nuckelt (Lehrstuhl für Öffentliches Recht an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg); Dr. Peter Haug sowie die Autoren dieses Beitrags (Institut für Wirtschaftsforschung Halle, Abteilung Stadtökonomik). Die im vorliegenden Beitrag wiedergegebenen Befunde stellen eine analytische Aufbereitung auf der Grundlage der Gesprächsprotokolle dar, die von den genannten Mitgliedern des Bearbeiterteams erstellt worden waren. Eine ausführliche Darstellung der Befunde aus den Fallstudien ist in der Langfassung des Gutachtens enthalten.

71 Insgesamt wurden im Mai 2007 zehn Fallstudien durchgeführt, davon je fünf in Einheitsgemeinden und fünf in Verwaltungsgemeinschaften. Die zehn Fallstudien beinhalteten 19 leitfadengestützte Gespräche, an denen seitens der Kommunen 39 Personen teilnahmen. Zusätzlich wurden auch einzelne Daten primär erhoben. Den Gesprächspartnern in den Fallstudienkommunen gebührt ein sehr herzlicher Dank für die Bereitschaft zur Durchführung der Gespräche, für die hierfür aufgewandte Zeit sowie für die Bereitstellung einschlägiger Materialien.

72 Der Befund zur höheren Kosteneffizienz im Bereich der Hauptverwaltung betraf bei Haug und Michelsen die Verwaltungsgemeinschaften nach dem Modell „Gemeinsames Verwaltungsamt“, vgl. HAUG, P.; MICHELSEN, C., a. a. O., S. 409.

Abbildung:
Prozentualer Anteil der Jahresarbeitszeit 2006, den die Kämmerer von Fallstudienkommunen für die Aufstellung des Haushaltsplans/der Haushaltspläne für das Jahr 2007 aufwenden mußten



Anmerkungen: Die Angaben in der Fallstudienkommune 3 beziehen sich auf die Aufstellung des Haushaltsplans 2006. Der in der Erhebung in der Fallstudienkommune 8 angegebene Wert war in einer Spanne von 15-20% angegeben, für die Zwecke der graphischen Darstellung wurde der Mittelwert aus den beiden Werten gebildet. Angaben für die Fallstudienkommunen 2 und 10 waren nicht verfügbar.

Quellen: Erhebung im Rahmen der von IWH und MLU durchgeführten Fallstudien; Darstellung des IWH.

werden mußte. Die Abbildung gibt die Ergebnisse der Erhebung bezogen auf den Aufwand der Kämmerer wieder: In vier von fünf Einheitsgemeinden wurde der Zeitaufwand der Kämmerer, der für die Erstellung des Haushaltsplans 2007 aufgewandt werden mußte, auf Werte beziffert, die zwischen 17% und 38% der Jahresarbeitszeit liegen. In zwei der drei Verwaltungsgemeinschaften wurde der Aufwand demgegenüber auf 50% beziffert. Die Werte für die Fallstudienkommunen 5 und 8 weisen jedoch darauf hin, daß es deutliche Abweichungen vom (erwarteten) Muster geringer (hoher) Zeitanteile in Einheitsgemeinden (Verwaltungsgemeinschaften) geben kann.

Für eine der untersuchten Transformationsgemeinden läßt sich zeigen, daß unter den Bedingungen der Verwaltungsgemeinschaft der Leiter der Kämmerei noch 78% der Arbeitszeit im Zusammenhang mit der Aufstellung der Haushaltspläne aufwenden mußte, beim Haushalt 2006 waren es nur noch 38%, wobei die Reduzierung des Zeitaufwands nicht mit einer Verlagerung von Aufwand auf das übrige Kämmereipersonal verbunden war.

Die Fallstudien verdeutlichen auch die hinter den Effizienzvorteilen liegenden Mechanismen. In einer der untersuchten Verwaltungsgemeinschaften wurde darauf hingewiesen, daß es in den dortigen Mitgliedsgemeinden Probleme mit der Rechtmäßigkeit der Haushaltspläne gebe. Rechtliche Hinweise seitens der Verwaltung an die Mitgliedsgemeinden würden häufig nicht oder erst nach Hinweisen seitens der Kommunalaufsicht beachtet. Dies kann als ein Indiz für erhöhte Transaktionskosten und Ineffizienzen gesehen werden.

Auch bezüglich der Aufstellung von *Satzungen* außerhalb des Bereichs der Haushaltsplanung zeigten die Interviews mit Vertretern der Verwaltungsgemeinschaften, daß es dort diesbezüglich ungenutzte Effizienzreserven gibt, die die Vereinheitlichung der entsprechenden Regelungen betreffen.

Einheitsgemeinden können mehr Flexibilität und Verringerung der Transaktionskosten bei Leistungen der Daseinsvorsorge erreichen

Die Fallstudien deuten auch auf Vorteile der Einheitsgemeinden im Sinne einer höheren Flexibilität und mehr Möglichkeiten zur Senkung von Transaktionskosten im Zusammenhang mit der Erstellung von Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge hin. In den beiden Kommunen, die den Wechsel zur Organisationsform der Einheitsgemeinde vollzogen haben, wurde seit dem Modell-

wechsel eine Reduzierung des Personalbestands um jeweils rund ein Drittel realisiert. Diese Ergebnisse dürfen aber nicht vorschnell verallgemeinert werden, sondern deuten nur auf eine Tendenz hin.

Als Beispiel für Effizienzsteigerungen im Zuge des Übergangs zum Modell der Einheitsgemeinde wurde in beiden Transformationskommunen das *Management im Bereich Kindertagesstätten* genannt: die Einheitsgemeinde-Lösung ermögliche vereinheitlichte Entgelttarife für die Nutzer, ein Mehr an Flexibilität beim Personaleinsatz unter Vermeidung umständlicher Verrechnungen sowie die Gewährleistung von Vertretungen, etwa im Urlaubsfall. Als ein weiterer Bereich, in dem Effizienzvorteile erzielt werden können, wurde in einer der Transformationskommunen die Beschaffung von Ausrüstungen für die Feuerwehren genannt. Das Einheitsgemeindemodell ermögliche eine gewisse Spezialisierung der einzelnen Ortswehren bei der Ausrüstung und die Vermeidung einer Mehrfachbeschaffung gleichartiger Ausrüstungsgegenstände.

Die skizzierten Effizienzvorteile der Einheitsgemeinden können allerdings bei einer Umwandlung von Verwaltungsgemeinschaften in Einheitsgemeinden durch gegenläufige Effekte überlagert werden. So wurden in einer der Transformationskommunen von den Mitgliedsgemeinden der damaligen Verwaltungsgemeinschaft kurz vor dem Übergang zur Einheitsgemeinde in Erwartung des Modellwechsels hohe Investitionen getätigt, die Rücklagen verausgabt und mithin entsprechende Folgekosten erzeugt (sogenannte „Antizipationseffekte“ der Gemeindereform).

Fehlende Aufgabenübertragung an die Verwaltungsgemeinschaftsebene kann Effizienz mindern

In der Tabelle wurde gezeigt, daß Mitgliedsgemeinden von sachsen-anhaltischen Verwaltungsgemeinschaften *freiwillig* Selbstverwaltungsaufgaben an die Verwaltungsgemeinschaftsebene übertragen können. Dies würde eine Zentralisierung der Erstellung kommunaler Leistungen bedeuten, von der ähnliche effizienzsteigende Effekte im Sinne von mehr Flexibilität und geringeren Transaktionskosten erwartet werden könnten, wie sie gerade exemplarisch skizziert wurden. Die Gespräche in den Fallstudien-Verwaltungsgemeinschaften haben gezeigt, daß diese Möglichkeit zur Effizienzsteigerung bis zum Zeitpunkt der Untersuchung ganz überwiegend *nicht* genutzt worden ist.

Unausgeschöpfte Potentiale zur Konzentration von Infrastrukturen auch in Einheitsgemeinden

Ein bei Einheitsgemeinden (im Vergleich zu Verwaltungsgemeinschaften) vermutetes größeres Potential für eine Effizienzsteigerung durch räumliche Konzentration von Infrastruktureinrichtungen erschließt sich, wie die Fallstudien gezeigt haben, keineswegs im Selbstlauf. Beim Bestreben, Infrastrukturen räumlich zu konzentrieren, können Hindernisse auftreten: Eine – aus Wirtschaftlichkeitserfordernissen – für notwendig gehaltene räumliche Konzentration von Infrastruktureinrichtungen (z. B. von Kindertagesstätten) kann mit sozialpolitisch motivierten Erwägungen zur ortsnahen Bereitstellung dieser Einrichtungen konfligieren. Weil räumliche Konzentration stets bedeutet, daß einzelne Infrastruktureinrichtungen, also z. B. Kindertagesstätten, geschlossen werden müssen und dies auch mit Mehrkosten für die Bürger verbunden sein kann, werden in den Gemeindeparlamenten erhebliche Widerstände bemerkbar.

Die Fallstudien haben Hinweise darauf gegeben, daß auch in den Verwaltungsgemeinschaften ein Druck spürbar ist, Infrastruktureinrichtungen räumlich zu konzentrieren. Obwohl Effizienzpotentiale durch Aufgabenübertragung an die Verwaltungsgemeinschaftsebene überwiegend nicht genutzt werden, wird auch dort nach einer effizienteren Organisation der Daseinsvorsorge gesucht, etwa durch Übertragung von Aufgaben an freie Träger.

Kommunale Leistungen, an denen die Mitgliedsgemeinden von Verwaltungsgemeinschaften in besonderem Maß festhalten, betreffen die kommunalen Bauhöfe. Dies hängt vermutlich damit zusammen, daß das dort beschäftigte Personal sowie der jeweilige Maschinenpark relativ flexibel für die Erledigung von örtlichen Aufgaben im Bereich der Infrastruktur eingesetzt werden können. Zudem ist mit dem Bauhof auch Prestige für den jeweiligen Bürgermeister verbunden.

Ehrenamtliches Engagement kann Kosten senken

Was die Bereitschaft zur *Mandatsübernahme* (Bürgermeister, Mitglieder des Gemeinde- oder Ortschaftsrats) betrifft, ist diese laut Gesprächen sowohl in der zentralistisch als auch in den föderativ ausgestalteten Fallstudienkommunen im großen und ganzen gegeben. Problematisiert wurde aber mit Blick auf die Situation in Einheitsgemeinden der Umstand, daß ein Ortschaftsrat zwar kritisie-

ren, aber nichts entscheiden könne. Es sei frustrierend, wenn man als Ortsbürgermeister ein örtliches Anliegen nicht selbständig bewältigen dürfe.

Bezüglich des ehrenamtlichen Engagements in der *Freiwilligen Feuerwehr* wurde in den Fallstudiengesprächen auf Nachwuchssorgen hingewiesen, die ihre Ursachen aber nicht in den unterschiedlichen Verwaltungsformen, sondern vor allem in den demographischen Entwicklungen haben.

Was das Engagement der Bürger für die *Grünflächenpflege* betrifft, so gab es Hinweise, daß Bürger in den Verwaltungsgemeinschaften eher gewillt sind, mit freiwilliger Eigenarbeit Grünflächen zu pflegen, die der Gemeinde gehören, als in einer Einheitsgemeinde. Entsprechend wurde in einer Einheitsgemeinde berichtet, daß es ein Verhalten der Bewohner dergestalt gäbe, bei der Grünflächenpflege auf die Leistung der Gemeinde zu warten, anstelle selbst Hand anzulegen.

Es gibt also – bezogen auf die Fallstudienkommunen – Hinweise, daß dort die Mobilisierung ehrenamtlichen Engagements für die Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge (Beispiel der Grünflächenpflege) in Mitgliedsgemeinden von Verwaltungsgemeinschaften leichter fällt als in Einheitsgemeinden, in denen – teilweise – ein gewisses „Anspruchsdenken" gegenüber der Gemeindeverwaltung sichtbar wurde.

Ballung der Finanzkraft ist bei jeder Verwaltungsform schwierig

Die aufgrund der theoretischen Überlegungen erwarteten Vorzüge von Einheitsgemeinden bei der Durchführung großer Investitionsvorhaben qua *Finanzkraftballung* im Vergleich zu Verwaltungsgemeinschaften traten im Rahmen der Fallstudien nur teilweise zutage.

Gleichwohl gibt es gewisse Hinweise speziell für die beiden Transformationsgemeinden, daß mit dem Wechsel zum Modell der Einheitsgemeinde bestimmte Vorteile bei der Investitionsdurchführung verbunden sein können. In einem Fall wurde darauf verwiesen, daß die Einheitsgemeinde-Lösung auch in wirtschaftlich schwächeren Ortschaften Investitionen ermöglicht, die diese aus eigener Kraft unter den Bedingungen der Verwaltungsgemeinschaft nicht hätten verwirklichen können. In der zweiten Transformationskommune, die eine schwierige Haushaltssituation aufweist, ermöglicht nach Auskunft der lokalen Akteure das Einheitsgemeinde-Modell eine bessere Prioritätensetzung. Als Beispiel wurde der innerörtliche Straßenbau genannt.

Die Fallstudiengespräche in den fünf Verwaltungsgemeinschaften haben demgegenüber ergeben, daß dort gemeinsame Investitionsvorhaben bislang fast überwiegend nicht zustandegekommen sind, und daß eine Reihe von eigentlich notwendigen Investitionen an mangelnder Finanzkraft der Mitgliedsgemeinden scheitern.

Isoliertes Handeln und ungenutzte Synergieeffekte in Verwaltungsgemeinschaften

Die Fallstudiengespräche in Verwaltungsgemeinschaften haben exemplarisch gezeigt, daß Synergiepotentiale ungenutzt bleiben, weil die Kommunen isoliert agieren. Solche Beispiele betreffen insbesondere die touristische Infrastruktur, die Errichtung und Nutzung von Gewerbegebieten und anderen wirtschaftsnahen Infrastruktureinrichtungen sowie die Nutzung von technischem Gerät.

Die Nichtnutzung von Synergien bzw. das isolierte Handeln von Kommunen rühren allerdings nicht allein aus dem institutionellen Arrangement der Verwaltungsgemeinschaften her. Ein wenig kooperatives Verhalten kann, wie einzelne Gespräche zeigten, auch daran liegen, daß die „Chemie" zwischen einzelnen kommunalen Akteuren nicht stimmt. Schließlich kann der Umstand, daß gemeinsame Vorhaben scheitern, auch daran liegen, daß sich Gemeinden – trotz Kooperation – finanziell überfordert fühlen. Dies wäre ambivalent zu beurteilen. Einerseits würde es von der angespannten Finanzsituation in der betreffenden Kommune zeugen. Andererseits könnte man darin auch ein Indiz sehen, daß die dezentrale Haushaltswirtschaft die Kommunen stärker als eine zentralisierte Gemeindeorganisation dazu führt, „mit spitzem Bleistift" zu rechnen und gegebenenfalls auf große Vorhaben zu verzichten, an denen man sich verheben könnte.

Verwaltungsgemeinschaften: Potentiale für Engagement und flexibles Reagieren

Die föderativ organisierten Fallstudienkommunen lassen zwar, wie soeben dargestellt, gewisse Effektivitätsmängel im Sinne von unkoordiniertem Handeln erkennen. Es gab aber auch Hinweise auf Vorzüge dezentraler Gemeindestrukturen. So wurde darauf verwiesen, daß der Bürgermeister in Mitgliedsgemeinden eine wichtige Rolle spielt, wenn es darum geht, Bürger für ein ehrenamtliches En-

gagement zu gewinnen. Dies habe auch damit zu tun, daß sich die Bürger „ernstgenommen fühlen". Ferner gibt es Hinweise, daß sich Bürger am ehesten mit ihrer Ortschaft identifizieren und bereit sind, sich dort zu engagieren, wenn sie auf der dezentralen Ebene auch tatsächlich relevante Entscheidungen über die Entwicklung ihrer Gemeinde treffen können.

Fazit

Für die untersuchten Einheitsgemeinden läßt sich allgemein sagen, daß sich die dortige zentralistische Verwaltungsstruktur in besonderem Maß durch die Möglichkeit auszeichnet, Einrichtungen der Daseinsvorsorge räumlich zu konzentrieren (und damit Effizienzvorteile zu realisieren). Hinzu kommen Effizienzvorteile im Bereich der Daseinsvorsorge durch gemeinsamen Personaleinsatz und geringere Transaktionskosten sowie Vorteile aufgrund der Finanzkraftballung. Hinsichtlich der untersuchten Verwaltungsgemeinschaften deutet sich an, daß sie aufgrund ihrer föderativen Organisationsform dazu in der Lage sind, bürgerschaftliches Engagement als Ressource für die gemeindliche Aufgabenerfüllung zu rekrutieren und flexibel auf örtliche Veränderungen zu reagieren. Der Wettbewerb zwischen den Mitgliedsgemeinden scheint sich weniger im Bereich der Effizienz als vielmehr bei der Effektivität der kommunalen Leistungserbringung positiv niederzuschlagen. Allerdings hängt die Realisierung aller Vorteile sowohl der Einheitsgemeinden als auch der Verwaltungsgemeinschaften auch von den jeweiligen konkreten örtlichen Bedingungen ab, d. h., es gibt hier keinen gleichsam automatisch wirkenden Zusammenhang.

Die Entscheidung zwischen den beiden betrachteten sachsen-anhaltischen Gemeindestrukturmodellen hängt davon ab, wie die genannten Aspekte gewichtet werden sollen. In Anbetracht der vor allem für den ländlich-peripheren Raum des Landes Sachsen-Anhalt für die Zukunft erwarteten zunehmenden Erosion der Bevölkerung und der absehbaren Abnahme des finanziellen Handlungsspielraums der Kommunen spricht einiges dafür, die Aspekte der räumlichen Konzentration von kommunalen Einrichtungen sowie des gemeinsamen Ressourceneinsatzes mit einem hohen Gewicht zu versehen. Dies spräche dann für eine Entscheidung zugunsten der Einheitsgemeinden, wie sie auch von der sachsen-anhaltischen Landesregierung favorisiert wird. Damit würde dann auf die für die untersuchten Kommunen ermittelten Vorteile der heutigen Verwaltungsgemeinschaften verzichtet werden müssen.

Es ist zu bedenken, daß grundsätzlich auch die föderativ organisierten Kommunen in die Lage versetzt werden könnten, die angesprochenen zukünftigen Herausforderungen zu bewältigen. Gemeindliche Einrichtungen können auch innerhalb von Verwaltungsgemeinschaften räumlich konzentriert werden, indem die entsprechenden Kompetenzen auf die Ebene der Verwaltungsgemeinschaft übertragen werden. In den sachsen-anhaltischen Verwaltungsgemeinschaften wurde allerdings bislang nur sehr zögerlich von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Zudem stehen verfassungsrechtliche Schranken einer umfangreichen Zentralisation innerhalb von Verwaltungsgemeinschaften entgegen.[73] Vor diesem Hintergrund ist dem Gesetzgeber in Sachsen-Anhalt zu empfehlen, sich nicht ausschließlich auf die Einführung von Einheitsgemeinden zu konzentrieren, sondern sich auch nach Alternativen umzuschauen, welche die Vorteile der zentralistischen Gemeindeorganisation mit jenen der föderativen Modelle verknüpfen können.[74]

Gerhard Heimpold
(Gerhard.Heimpold@iwh-halle.de)
Martin T. W. Rosenfeld
(Martin.Rosenfeld@iwh-halle.de)

[73] Vgl. hierzu ROSENFELD, M. T. W.; KLUTH, W. et al., a. a. O, S. 81 und die dort angegebene Literatur. Auf der Ebene der Verwaltungsgemeinschaft gibt es in Sachsen-Anhalt lediglich einen sogenannten Verwaltungsgemeinschaftsausschuß, der nicht direkt von den Bewohnern der Verwaltungsgemeinschaft gewählt wird. Damit fehlt ihm die aus rechtlicher Sicht erforderliche Legitimation für Entscheidungen über wesentliche Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft.

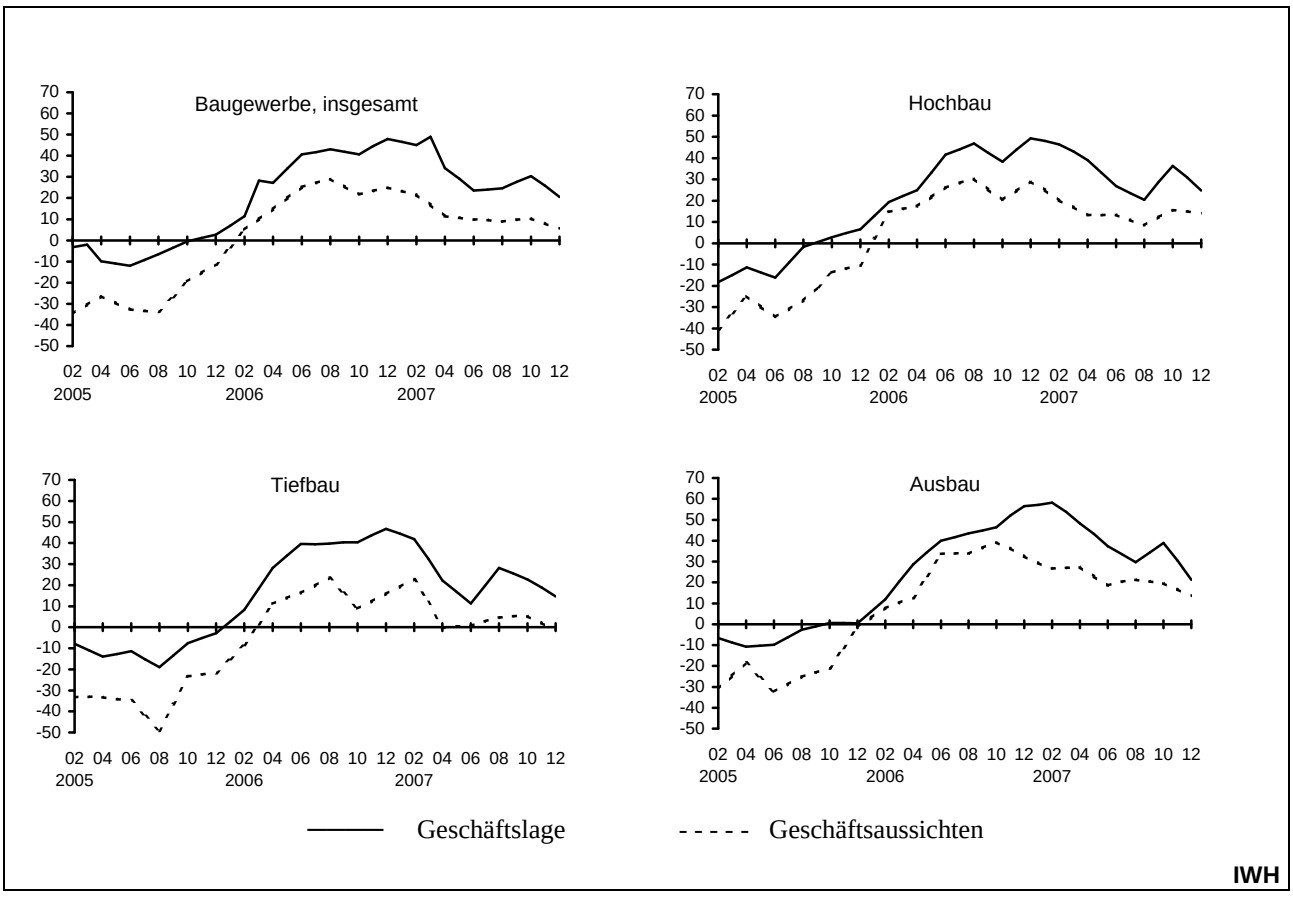
[74] Im Rahmen der aktuellen Gemeindereformbestrebungen in Sachsen-Anhalt wird als eine solche Alternative das Modell der sogenannten Verbandsgemeinde angesehen, das seit längerem in Rheinland-Pfalz praktiziert wird. Zu den möglichen Vorteilen dieses Modells gegenüber den heutigen sachsen-anhaltischen Verwaltungsgemeinschaften vgl. ROSENFELD, M. T. W.; KLUTH, W. et al., a. a. O., S. 221-224.

Ostdeutsches Baugewerbe im Dezember 2007: Geschäftsklima deutlich verschlechtert

Das Geschäftsklima im ostdeutschen Baugewerbe hat sich im Dezember deutlich verschlechtert. Sowohl die Geschäftslage als auch die Geschäftaussichten wurden von den knapp 300 befragten Bauunternehmen erheblich zurückhaltender beurteilt als noch vor einem Jahr (vgl. Tabelle). Für etwa ein Drittel der Unternehmen liefen die Baugeschäfte im Dezember „schlecht“ oder „eher schlecht“. Derartige Urteile gab im Vorjahreszeitraum nur etwa ein Fünftel der Unternehmen ab. Hinsichtlich der Geschäftsaussichten bis zum Frühsommer sind sogar drei von fünf Unternehmen skeptisch. Im Vorjahr betraf dies nur etwa die Hälfte. Die Eintrübung des Geschäftsklimas zieht sich durch alle Bausparten.

Auch unter Beachtung der saisonüblichen Schwankungen hat sich das Bauklima im Dezember nach der zwischenzeitlichen Aufhellung der Geschäfte im Herbst wieder eingetrübt (vgl. Abbildung). Diese Entwicklung erklärt sich vor allem aus einer ungünstigeren Bewertung der Geschäftslage. Aber auch der Indikator für die Aussichten ist etwas gesunken. Diese Tendenz zeigt sich mit graduellen Unterschieden in allen Bausparten: Bei den vorwiegend im *Hochbau* tätigen Unternehmen verschlechterte sich die (saisonbereinigte) Geschäftslage im Dezember gegenüber der vorangegangenen Befragung im Oktober um fünf Saldenpunkte, die Erwartungen gaben um einen Punkt nach. Der Niveaugewinn im Herbst war ausschließlich einem florierenden gewerblichen und öffentlichen Hochbau geschuldet. Der hohe Auftragsbestand konnte hier im Herbst größtenteils abgebaut werden und hinterließ bei wenig neuen Aufträgen eine Lücke zum Jahresende. Für die nächsten Monate erwarten die Unternehmen aber nur eine geringfügige Eintrü-

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Baugewerbe
- Salden[a], saisonbereinigte Monatswerte -



[a] Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven und negativen Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe „Periodische Informationen/Aktuelle Konjunkturdaten“ unter www.iwh-halle.de

Quelle: IWH-Bauumfragen.

bung der Baugeschäfte. Die Auftragseingänge im Oktober deuten insbesondere im gewerblichen Bereich auf neue Projekte hin. Die Wohnungsbaunachfrage dürfte dagegen tendenziell schwach bleiben. Dies scheint auch der Grund für die deutliche Stimmungseintrübung im *Ausbaugewerbe* zu sein. Die Lage gab hier um neun und die Aussicht um drei Saldenpunkte nach.

Im *Tiefbaubereich* hat sich das Geschäftsklima bereits das zweite Mal in Folge verschlechtert. Die Lage und die Aussichten gingen zuletzt um je vier Saldenpunkte zurück. Bei den Erwartungen halten sich die positiven und negativen Meldungen nur noch die Waage.

In allen Sparten erreichen die Urteile der Unternehmen inzwischen einen Stand wie etwa zu Beginn des Jahres 2006, als die Baukonjunktur deutlich an Fahrt gewann und die geplante Anhebung der Mehrwertsteuer bzw. der Wegfall der Eigenheimzulage bereits zu tragen begannen. Die Sondereffekte sind ausgelaufen. Hinzu kommt die für die nächsten Monate allgemein erwartete konjunkturelle Abschwächung, die zur verhaltenen Bewertung der zukünftigen Entwicklung am Bau beigetragen haben dürfte.

Brigitte Loose
(Brigitte.Loose@iwh-halle.de)

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Baugewerbe im Dezember 2007
- Ursprungswerte im Vergleich mit Vorjahreszeitraum und Vorperiode -

Gruppen/Wertungen	**gut (+)**			**eher gut (+)**			**eher schlecht (-)**			**schlecht (-)**			**Saldo**		
	Dez. 06	Okt. 07	Dez. 07	Dez. 06	Okt. 07	Dez. 07	Dez. 06	Okt. 07	Dez. 07	Dez. 06	Okt. 07	Dez. 07	Dez. 06	Okt. 07	Dez. 07
	- in % der Unternehmen der jeweiligen Gruppe[a] -														
Geschäftslage															
Baugewerbe insgesamt	***34***	***28***	***23***	***46***	***44***	***44***	***16***	***24***	***25***	***5***	***4***	***9***	***59***	***44***	***33***
Zweige/Sparten															
Bauhauptgewerbe	29	23	18	50	48	49	17	26	26	4	4	8	57	41	34
darunter[b]															
Hochbau	35	29	24	44	45	43	18	23	26	4	3	7	57	48	34
Tiefbau	22	17	14	60	52	53	15	28	26	4	3	7	64	38	34
Ausbaugewerbe	48	46	37	35	29	29	12	20	23	6	4	12	65	51	30
Größengruppen															
1 bis 19 Beschäftigte	42	33	20	40	37	38	11	25	29	7	6	13	64	39	16
20 bis 99 Beschäftigte	29	28	24	48	46	46	18	22	22	5	4	8	54	48	41
100 und mehr Beschäftigte	31	24	24	51	47	45	17	29	28	0	0	3	66	41	38
Geschäftsaussichten															
Baugewerbe insgesamt	***16***	***11***	***12***	***33***	***32***	***28***	***43***	***47***	***46***	***8***	***9***	***14***	***-2***	***-13***	***-21***
Zweige/Sparten															
Bauhauptgewerbe	12	9	10	34	30	27	46	52	48	8	10	15	-8	-23	-26
darunter[b]															
Hochbau	14	14	16	37	28	29	44	47	46	5	11	10	2	-16	-10
Tiefbau	10	5	5	30	33	26	52	55	49	9	7	20	-20	-25	-38
Ausbaugewerbe	30	20	18	28	39	30	34	34	41	8	8	11	16	17	-4
Größengruppen															
1 bis 19 Beschäftigte	18	15	8	27	32	23	46	39	53	10	14	15	-11	-7	-37
20 bis 99 Beschäftigte	15	11	13	33	31	28	45	47	45	8	11	15	-6	-16	-18
100 und mehr Beschäftigte	17	6	15	43	35	33	34	59	41	6	0	11	20	-18	-4

[a] Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 - Ergebnisse gerundet. – [b] Hoch- und Tiefbau werden als Darunterposition ausgewiesen, da ein Teil der an der Umfrage beteiligten Unternehmen keiner dieser Sparten eindeutig zugeordnet werden kann.

Quelle: IWH-Bauumfragen.

Vorankündigungen:

IWH-Workshop „Medienwirtschaft, Kreative Milieus und Stadtentwicklung – Welcher Weg führt zur ‚Medienstadt'?" am 14. Februar 2008 am IWH

In letzter Zeit haben verschiedene Städte versucht, ihre Position im Standortwettbewerb durch eine gezielte Förderung von wissensintensiven und kreativen Branchen zu verbessern. Eine dieser Branchen ist die Medienwirtschaft, die eng mit anderen Bereichen der Kreativwirtschaft verknüpft ist. Der Workshop hat die Aufgabe, die Potentiale und Strategien verschiedener Städte im Bereich der Medienwirtschaft zu vergleichen. Ein besonderer Fokus soll dabei auf die Möglichkeiten einer Abstimmung zwischen der Medien- und Kreativwirtschaft auf der einen Seite und der Stadtentwicklungspolitik auf der anderen Seite gelegt werden. Gezielt zu dieser Frage wird im zweiten Teil der Veranstaltung eine Podiumsdiskussion mit Vertretern aus Kulturwirtschaft, Medienwirtschaft, Stadtplanung und Politik stattfinden. Einen Hintergrund der Veranstaltung bildet auch die vom IWH vor kurzem vorgelegte Studie zum Medienstandort Sachsen-Anhalt (mit einem Fokus auf die Medienwirtschaft in der Stadt Halle an der Saale), die Teil des jüngsten Kulturwirtschaftsberichts des Landes Sachsen-Anhalt geworden ist (im Internet verfügbar unter http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/fileadmin/Elementbibliothek/ Bibliothek_Kultur_und_Medien/PDF/Kultur/dokumente/Kulturwirtschaftsbericht_S-A_2006.pdf).

Für weitere Informationen zu den Veranstaltungen siehe www.iwh-halle.de (Termine).

Durchgeführte Veranstaltungen:

8. IWH-CIREQ Makroökonometrie-Workshop zum Thema „Structural Empirical Modelling in Macroeconomics"

Am 6. und 7. Dezember 2007 fand am IWH der 8. IWH-CIREQ makroökonometrische Workshop zum Thema „Structural Empirical Modelling in Macroeconomics" statt. Schwerpunkte waren in diesem Jahr die optimale Geldpolitik und Bayesianische Methoden in der Makroökonometrie. Als Keynote Speaker konnten Jean Boivin (HEC Montreal) und Herman van Dijk (Erasmus Universität Rotterdam) gewonnen werden. Weitere Informationen sind der Seite http://iwhd:3129/d/start/News/workshop 061207/info.htm zu entnehmen.